

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 5361 F

spw

49

12. Jahrgang
Oktober 1989
9,50 DM



eins rechts eins links?
FORTSCHRITT '90

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Werbung: Michael Karnatz

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhart, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Oktober 1989.

Die spw erscheint 1989 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Abozahlungen ausschließlich auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt eine Klappkarte der DVZ bei.

| | |
|--|-----|
| Editorial | 387 |
| Bonner Tagebuch | 389 |
| Überlegungen zur »Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft | 392 |
| Nachdenken über Reinhold Walz | 393 |

Fortschritt '90

| | |
|--|-----|
| Uwe Kremer und Susi Möbbeck Ökologisches Strohfeuer oder Strukturreform? | 395 |
|--|-----|

Programmdebatte

| | |
|--|-----|
| Heide Pfarr »Die Arbeit ist weiblich« Neuer Arbeitsbegriff und gesellschaftliche Gleichheit im neuen Programmentwurf | 400 |
|--|-----|

Deutsche Sozialdemokratie

| | |
|---|-----|
| Norbert Mappes-Niediek Neun Thesen zum neuen »Vorwärts« | 407 |
| Richard Roth »Rentenreform '92« Angebotsorientierung statt soziale Sicherheit mit Zustimmung der SPD? | 414 |

Österreichische Sozialdemokratie

| | |
|--|-----|
| Josef Hindels Otto Bauer und die Sozialdemokratie | 422 |
| Peter Pelinka Umbruch statt Abbruch Zur Perspektive der SPÖ | 425 |

Linke Theorie

| | |
|--|-----|
| Sigurd v. Ingersleben Linke Zustände | 431 |
|--|-----|

DDR

| | |
|--|-----|
| Andreas Wehr Die Gefahr kommt aus dem Osten Acht Thesen zur Entwicklung der DDR und zu den Aufgaben von Marxisten in der SPD | 437 |
|--|-----|

Italienische Kommunisten

| | |
|---|-----|
| Achille Occhetto | |
| Der neue PCI in Italien und in Europa | |
| Die Zeit der Alternative | 443 |
| Sebastiano Ghisu | |
| Der PCI als Teil der europäischen Linken | |
| Partei und Programmatik seit dem 18. Parteitag | 460 |
| Sabine Kebir | |
| Antonio Gamscls Zivilgesellschaft | |
| Demokratietradition im PCI | 466 |

Besprechungen

| | |
|---|-----|
| <i>Maimann, Helene (Hrsg.): Die ersten hundert Jahre.</i> | |
| <i>Die österreichische Sozialdemokratie 1888-1988 (U.Schöler)</i> | 469 |
| <i>Jacoby, Edmund (Hrsg.): Lexikon Linker Leitfiguren (U.Schöler)</i> | 470 |
| <i>Lösche, Peter, Michael Schöling und Franz Walter (Hrsg.):</i> | |
| <i>Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer</i> | |
| <i>Sozialdemokraten (U.Schöler)</i> | 470 |
| <i>Teichler, Hans Joachim, und Gerhard Hauk (Hrsg.): Illustrierte</i> | |
| <i>Geschichte des Arbeitersports (Ch.Düntsch)</i> | 476 |
| <i>Pelinka, Peter, und Manfred Scheuch: 100 Jahre AZ.</i> | |
| <i>Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung (F.Heidenreich)</i> | 478 |
| Über die Autorinnen und Autoren | 480 |

Editorial

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht die westdeutschen Zeitungen mit Meldungen und Reportagen aus Ostberlin, Budapest, Warschau oder Leipzig gefüllt sind. Der Kopf schwirrt einem, klare Gedanken scheinen nicht mehr faßbar zu sein. Westliche *Ratsschläge* werden erteilt. Von Wiedervereinigung wird visioniert und selbst von Sozialdemokraten das Ende von Gesprächen mit der SED gefordert. Tagtäglich sprießt eine wahre Spekulations- und Vorschlagskultur.

Die täglichen Neuigkeiten über den Tag hinaus zu verarbeiten und Grundfragen der weiteren Entwicklung aufzuwerfen, versucht Andreas Wehr. Für die DDR scheinen ihm vor allem drei Veränderungen unabdingbar, um die akute Krise positiv zu bewältigen: Marktwirtschaftliche Elemente sind in das starre und bürokratisierte Planungssystem zu integrieren, die Meinungsbildung muß in aller Öffentlichkeit erfolgen, und es muß eine Konkurrenz unterschiedlicher politischer Strömungen möglich sein. Sich hingegen auf die Forderung nach freier Meinungsäußerung und freien Wahlen zu beschränken — wie dies auch Teile unserer Partei tun —, reicht nicht aus, da es in der DDR durchaus auch Erhaltenswertes gibt: »Ohne gesellschaftliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und der Banken wird es nirgendwo — auch bei uns nicht — einen demokratischen Sozialismus geben können.« Wehr beschränkt sich aber nicht nur auf Vorschläge für die DDR, sondern verlangt eine linke Politik in unserem Lande, die Mitvoraussetzungen für die Veränderungen in der DDR schaffen könne.

Gegen die neuerliche Wiedervereinigungsduselei sei die Zweistaatlichkeit als Notwendigkeit zu begreifen, damit Veränderungen in der DDR überhaupt denkbar sind. Die Gespräche mit der SED müssen fortgesetzt werden, da jede Veränderungsperspektive für die DDR nicht an dieser Partei vorbeikommt.

* * *

Drei große westliche Linksparteien und ihre Politik bilden das Schwerpunktinteresse dieses Heftes. Drei Parteien, die sich schon seit einiger Zeit unter dem Stichwort *Euro-Linke* um Verständigung bemühen, werden nach ihren Politikvorschlägen befragt. Deutsche und österreichische Sozialdemokratie sowie die italienischen Kommunisten. Wie ihre Lage, sind ihre Perspektiven verschieden.

Die SPD ist seit einiger Zeit mit der grundsätzlichen Aufarbeitung der letzten Jahrzehnte — von Oppositions- und Regierungszeit — und der darin gemachten Erfahrungen beschäftigt. Ein sinnvolles und notwendiges Unterfangen, das *spw* von Anfang kritisch unterstützt hat. Aber kaum zeigen die ersten Auguren wieder Land in Sicht, wollen einige die mühevollen Arbeit beiseite schieben und mit einem *Fortschritt '90* betitelten Regierungsprogramm — über dessen Notwendigkeit an sich und in dieser Funktion (als Regierungsprogramm!) kein Dissens besteht — die grundsätzlichere Aufarbeitung der Vergangenheit *ersetzen*. Susi Möbbeck und Uwe Kremer sehen das Problem weniger in den einzelnen Forderungen von *Fortschritt '90*, die sie — z.B. die

Ökosteuer — durchaus für sinnvoll halten. Ihre Kritik beginnt vielmehr bei der fehlenden Einbettung dieser in eine strategische Perspektive der Veränderung. So könnten z.B. die Energiesteuern nicht wirksam werden, wenn sie nicht durch eine Industrie- und Strukturpolitik flankiert werden, die eben auch für die rund 800000 in der Automobilindustrie Beschäftigten eine Perspektive aufzeigen. Aktive Beschäftigungspolitik benennt eine Hauptlücke von *F '90*, denn: »Die drastische Erhöhung von bestimmten Verbrauchssteuern und der zielgerichtete Umbau der Industrie werden nicht ohne soziale Blessuren vor sich gehen können, wenn man die ökologische Herausforderung in ihrer Dringlichkeit ernst nimmt.« Außerdem müsse der Demokratisierungsaspekt in das Programm eingeschrieben werden, solle es nicht bei bloßer ökologischer Marktwirtschaft bleiben. Während die *Fortschritt '90*-Vordenker Demokratisierung auf die Konsumentensouveränität reduzieren wollen, fordern Möbbeck/Kremer, diese auf allen Ebenen: im Betrieb (für Belegschaften und Gewerkschaften) und außerhalb (Verbraucher und Umweltgruppen). Es sei also eine strategische Verbindung von ökologischem Umbau und Wirtschaftsdemokratie vonnöten.

Die österreichische Sozialdemokratie wird 100 Jahre alt. Grund genug, die eigene Vergangenheit perspektivisch zu befragen. Josef Hindels beschäftigt sich mit der Zwischenkriegszeit. Im politischen Denken des Austromarxisten Otto Bauer findet er eine überraschende Aktualität, die sich angesichts der Demokratisierungsprozesse in Ländern des »realen Sozialismus« auch auf seine Konzeption des integralen Sozialismus erstreckt. Peter Pelinka geht es in seinem Artikel weniger um die jüngsten Skandälchen in unserem Nachbarland, als um ein grundsätzliches Aufarbeiten der letzten Jahre in der Perspektive einer Gewinnung gesellschaftlicher Hegemonie, die weiter und länger als die bloße Regierungsmacht reicht.

* * *

Für viele Linke in der BRD stellte in den siebziger Jahren — angesichts des marktwirtschaftlichen Tankers SPD und einer dogmatischen DKP — die KPI einen wichtigen Bezugspunkt dar. Nicht nur Wolf Biermann sah die sozialistische Demokratie »unter Italiens Sonnenschein reifen«. Nach dem Tode Enrico Berlinguers schien es stiller geworden zu sein. Hier und da munkelte man über die endgültige *Sozialdemokratisierung* der Partei und erwartete das *Godesberg* der PCI. Im März dieses Jahres beschloß die KPI auf ihrem Parteitag ein Dokument, das in wichtigen Punkten eine Neubestimmung kommunistischer Politik vornimmt: Gegen eine abstrakte Negationsperspektive und Marktwirtschaftsillusionen schlägt die KPI eine *andere* Steuerung der weiterhin notwendigen Akkumulation vor. Außerdem will sie die Öffnung der Partei für neue Bewegungen. Praktiziert wurde dies schon auf diesem Parteitag, auf dem Nichtparteimitglieder aus wichtigen Bewegungen (der Ökologen, der Frauen) Rederecht hatten. Wir bringen einen Bericht über diesen Parteitag von Sebastiano Ghisu und dokumentieren wichtige Passagen aus der Parteitagsrede des Generalsekretärs Achille Occhetto. Global denken, ohne auf Allgemeinplätzen zu verharren — von diesem Ansatz werden deutsche Sozialdemokraten einiges lernen können.

Jürgen Blume

Bonner Tagebuch

2. August 1989. PPP. Wie jedes Jahr wird das Bonner Sommerloch durch das Hochspielen belangloser Nachrichten zu Sensationen gestopft. Diesmal ist es das Plaudern von SPD- mit Grünen-AbrüstungspolitikerInnen am Schloßkamin, dazu noch in meinem früheren Heimatnachbarortsverein (was in der Presse skandalöserweise unterschlagen wurde). PPP berichtet nicht nur, wie Hans-Jochen Vogel die Gewichte wieder zurechtrückt, nämlich daß — rot-grünes Schreckgespenst hin oder her — die Entwicklung aus potentiellen aktuelle Mehrheiten entstehen lassen wird. (Aber welche?) Sondern der PPP-Kommentator macht sich auch eigene Gedanken, die wir mit Freude wiedergeben: »Vermutlich wäre der Ministerpräsident (Oskar) der richtige Kanzler in einem neuen sozialliberalen Bündnis. Sollten die Wähler aber für eine rot-grüne Mehrheit votieren, dann kann der Regierungschef nur Hans-Jochen Vogel heißen.« So weit, so zutreffend. Was will aber der Wähler und — wie der Kommentator vergaß — die Wählerin? Vielleicht möchte er/sie auch wissen, was die SPD will? *Mein* Ministerpräsident hat schon erklärt, daß er mit grün nicht will. Hätten wir also noch einen Kanzlerkandidaten: Johannes für schwarz-rot, falls die Reps allen Auguren einen Strich durch die Rechnung machen und mangels klarer Mehrheiten der »nationale« Ausnahmezustand erklärt wird. Und was will die SPD-Parteibasis?

4. August 1989. *Vorwärts*-Nachlese III. Rückwärtsorientiert und nachtragend wie ich nun mal bin, langweile ich nochmal mit diesem alten Kram. Aber vielleicht interessiert es doch einige, daß — wie jede Schreckensnachricht — auch die über die *Vorwärts*-Einstellung aus Moskau kam. Erstaunen? Nun, bis heute wußte ich das auch noch nicht. Schildern wir kurz den Ablauf, den ein erstaunlich gut informierter Rüdiger Schmitz (wer das wohl sein mag?!) in *Die Zeitung. Nachrichten und Meinungen zur Medienpolitik* Nr. 4/5 zum Besten gibt. Kurzfassung: Falin in Bonn, Gespräch mit Bahr, vertrauliche Mitteilung: *Vorwärts* wird in Kürze eingestellt; kurz darauf: ahnungslose Anfrage der Redaktion an Herausgeber Bahr über Zukunft des Blattes — Antwort: Einstellung kommt nicht in Frage; Falin (wieder in Moskau) plappert Mitteilung an Uwe Engelbrecht (Moskau-Korrespondent verschiedener Zeitungen, u.a. *Vorwärts*) weiter; kurz darauf, d.h. Anfang 89 Anruf Engelbrecht beim *Vorwärts*: was ist da dran?; Bombeneinschlag, Panik; Rest ist bekannt. Ob das »Kulturforum« der SPD eine Aufführung als sozialdemokratisches Lehrstück plant, ist nicht bekannt.

14. August 1989. *Vorwärts*-Nachlese IV. Was macht man nun mit dem Sack voll arbeitsloser JournalistInnen? Der Parteivorstand verspricht hoch und heilig, sich intensiv um eine berufliche Weitervermittlung bzw. Eigenverwendung zu kümmern. Das Ergebnis ist bisher eher mager: Im Ringtausch mit der Fraktion eine Stelle bei einer Landesvertretung und eine volle Stelle bei *SM*, wo Michael Scholing jetzt sein Betätigungsfeld hat. Ja, und da sollte es noch 'ne halbe Stelle geben (neben zwei, die

im technischen Bereich besetzt wurden): für den Chef vom Dienst, sprich, die Tätigkeit der Schlußredaktion. Der hieß beim *Vorwärts* Clemens Roloff und hatte eine gravierende Mangelerscheinung. Er besaß kein Parteibuch! In der Bonner Gerüchteküche wird jetzt verbreitet, der sei dem Baracken-Betriebsratsvorsitzenden einfach zu stark linksverdächtig gewesen, so daß die fehlende Parteimitgliedschaft ein willkommenes vorgeschobenes Argument hergab, ihn von weiterer schädlicher Tätigkeit fernzuhalten. Kommentar aus den Reihen des alten *Vorwärts*-Redaktionsausschusses: »eine Riesensauerei!« Pikanterie am Rande — so pingelig war man ansonsten nicht. Im Anzeigebereich wurde jemand übernommen, von dem es heißt, sein Ortsverein habe ihn rausgeschmissen, weil er seit längerem seine Parteibeiträge nicht mehr zahlte. Übrigens: Genannter Betriebsratsvorsitzender, von vielen als graue Eminenz der Baracke bezeichnet, ohne die in Personalfragen nichts laufe, ist einigen sicher schon durch seine segensreiche politische Tätigkeit im Juso-Verband bekannt geworden — richtig, er heißt Rudolf Hartung.

2. September 1989. PvOe. Wer ihn in seiner ganzen Vitalität in aktuellen politischen Auseinandersetzungen erlebt, wird sich verwundert die Augen reiben: Jawohl, Peter von Oertzen feiert seinen fünfundsechzigsten. Dazu von dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche und den Wunsch, daß er uns mit seiner kritischen Stimme in der Partei noch lange erhalten bleibe! Wer die Auseinandersetzungen der letzten Jahre um das neue Grundsatzprogramm einigermaßen mitverfolgt hat, wird unschwer erkennen, daß die kritischen MarxistInnen in der Sozialdemokratie auf ihn schwerlich verzichten können.

Es ist gut und wichtig, daß er nicht nur hier in diesen paar Zeilen, sondern insbesondere in einer Festschrift und auch vom jüngsten PV-Mitglied im Sozialdemokratischen Pressedienst gewürdigt wird. Ruth Winkler hat viel wohlwollend Rückbetrachtendes aufgeschrieben, das zumeist nur unterstrichen werden kann. Aber zwei ketzerische Bemerkungen seien doch erlaubt, auch wenn man das bei solchem Anlaß ja eigentlich unterlassen sollte. War es notwendig, den eigenen, »allerdings eklektizistischen Umgang mit Marxschen Kategorien und Methoden« als von ihm geprägt zu offenbaren? Was kann *er* dafür? Und weiter: Reicht es nicht, wenn sie sich zu Oskar woanders bekennt? Muß sie dessen Preisung ausgerechnet in einem Jubiläumsartikel für den unterbringen, der mit Oskar in den zentralen Streitfragen der Programmdiskussion überkreuz lag? Schlimmer noch — ist es hinnehmbar, dem Jubilar folgende *eigenen* Wertschätzungen einfach unterzujubeln: »Er weiß, daß die Linke auf das Charisma Oskar Lafontaines angewiesen ist. Das sozialdemokratische Fortschrittsprojekt hat eine neue Chance.«?

Mein Vorschlag, Ruth: Schreib' mal eine Oskar-Sammelpreisung, damit ich das nicht immer so mühselig stückweise einsammeln und aufspießen muß!

15. September 1989. *Frankfurter Rundschau*. Die *FR* überbrückt das Sommerloch mit einer eingehenderen Beschäftigung mit der SPD. In bislang neun Einzelthemenbeiträgen wird der Patient von allen Seiten ausgeleuchtet. Heute ist ein Insider dran, der das mal war, worüber man schreibt, SPD-Jugendlicher, kurz Juso. Richard Meng ist den *spw*-LeserInnen eigentlich als Autor ohne fraktionelle Scheuklappen bekannt. Aber wenn man die »Suche nach der (fast) verlorenen Jugend« zum Thema hat, dann

wird einem wieder so richtig warm ums Herz, da leben die alten Schlachtordnungen wieder auf. Mit den heutigen Jusos scheint er sich wenig beschäftigt zu haben, statt dessen geistern fast ausnahmslos die alten MitstreiterInnen von vorgestern durch den fast seitenfüllenden Artikel: Engholm, Scharping, Eichel, HWZ, Ruth Winkler sind die Kronzeugen für das, woran es der heutigen Jugend so mangelt. Und wenn's den Willy doch noch gäb' (als westlichen Partner für Gorbi), dann wär' die Welt noch in Ordnung! Aber so — nichts als kollektive Vergreisung.

Über die heutigen Jusos weiß er nur das altbekannte oben-unten-Schema zu berichten. Unten die guten, unideologisch, praktisch orientiert, behindert von den schlechten oben, durch die abgehobenen Fraktionskämpfe in den ideologischen Gräben der siebziger Jahre blockiert. Lieber Richard, selbst wenn es so einfach wäre: Meinst Du nicht, daß Du mit solchen Artikeln genau das reproduzierst, was Du so heftig beklagst? Übrigens, die Namen der heutigen Juso-Vorständler konnte ich in Deinem Artikel nicht finden. Sie sollen noch ganz schön jung sein, einiges mehr an Frauen, irgendwas mit Quote. Gab's bei uns ja damals nicht. Und die Vorsitzende heißt Susi Möbbek oder so ähnlich.

Uli Schöler (Bonn)

Überlegungen zur »Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft«

Das Werk von Peter Weiss inspiriert seit dem Welterfolg von *Marat/Sade* und besonders seit dem Erscheinen seines Hauptwerkes *Ästhetik des Widerstands*, eine intensive international geführte Diskussion über zentrale Fragen des Verhältnisses von Politik und Kunst. In dieser Diskussion begegnen einander Personen aus verschiedenen Lebens- und Arbeitszusammenhängen.

Die Debatte, die durch das Werk von Peter Weiss begonnen hat, konzentrierte sich räumlich zunächst auf die deutschsprachigen Länder und Schweden, entwickelt sich seit einiger Zeit aber auch in England, in Frankreich, in Italien und in der Sowjetunion. In Lesegruppen, an den Universitäten, in verschiedenen Zeitschriften und nicht zuletzt im Theater werden immer wieder Versuche gemacht, die Zusammenhänge zwischen Kunst und Politik und die Frage des Widerstands, wie sie von Weiss artikuliert wurden, weiterzudenken. Die Zahl der Publikationen über sein Werk und der Inszenierungen seiner Stücke ist heute kaum noch zu überblicken. In Schweden, der DDR, der Bundesrepublik und in Österreich fanden in den letzten Jahren verschiedene Kongresse über sein Werk statt, zuletzt in Hamburg mit einer großen internationalen Beteiligung.

Die »Internationale Peter-Weiss-Gesellschaft« soll gegründet werden, um die Rezeption des künstlerischen Werkes von Peter Weiss zu fördern. Sie soll der Zusammenarbeit aller an seinem Werk Interessierten dienen: Durch die Herausgabe einer Zeitschrift, durch die Unterstützung von Forschungsvorhaben, Editionsprojekten, künstlerischen Interpretationen, Bildungsveranstaltungen, Lesegruppen und Diskussionen. Auf diese Weise soll zum Projekt einer »Ästhetik des Widerstandes« beigetragen werden.

Die Gesellschaft soll ein Denken im Spektrum widersprüchlicher Positionen und Wahrnehmungsweisen wie zum Beispiel der von Gramsci und Luxemburg, von Hölderlin und Rimbaud, von Marat und de Sade, von Kafka und Neukrantz, von Brecht und Hesse, von Marcauer und Boye, von Bischoff, Hodann und Münzenberg anregen. Die Frage einer aktuellen Form der Vermittlung des Werkes und das Weiterentwickeln der künstlerischen, kulturpolitischen und politischen Positionen von Peter Weiss stehen im Zentrum der Tätigkeit der Gesellschaft.

Karlsruhe, den 23. April 1989

Die Gründungsversammlung

Wer Näheres erfahren will:

Internationale Peter-Weiss-Gesellschaft

c/o Ulrich Schreiber

Lutzenberger Straße 7, 7062 Mannenberg

(07183/42413 und 0716/297936)

Nachdenken über Reinhold Walz

»Eine der größten Taten der Klassiker war es, daß sie ohne jede Entmutigung auf den Aufstand verzichteten, als sie die Lage verändert sahen. Sie sagten eine Zeit des nochmaligen Aufschwungs der Unterdrückter und Ausbeuter voraus und stellten ihre Tätigkeit darauf um. Und weder ihr Zorn gegen die Herrschenden wurde geringer noch ließen ihre Anstrengungen, sie zu stürzen, nach.«

Bertolt Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen

Reinhold Walz ist tot. Er war ein Kenner der Klassiker, aber natürlich nicht selbst einer. Und doch hatte diese von Brecht beschriebene Weisheit viel mit ihm zu tun.

Er wurde hineingeboren in eine Arbeiterbewegung, die zwar schon gespalten aber immer noch mächtig war. Er lebte in der linkssozialistischen Tradition der Bildungsarbeit, die enge Kontakte, weit über die sozialdemokratischen Parteigrenzen hinaus, zu unabhängigen Marxisten aller Richtungen unterhielt. Faschismus, Krieg, Wiederaufbauzeit und Kalter Krieg zerstörten diese Kultur. »Die Macht«, die, nach dem Eindruck so vieler, noch am Beginn der dreißiger Jahre »auf der Straße zu liegen« schien, ging wieder unerreichbar an die alten herrschenden Klassen über. Die ersehnte sozialistische Veränderung rückte wieder in weite Ferne. Mit der Durchsetzung der Parteien unter Willy Brandt Ende der fünfziger Jahre verlor der traditionssozialistische Flügel schließlich auch in der Berliner SPD die Mehrheit. Stationen des Niedergangs, die so manchen verzweifeln oder die Gesinnung wechseln ließen.

Wer, wie Reinhold Walz, am sozialistischen Ziel festhielt, dem blieben nur noch bescheidene Aufstiegsmöglichkeiten. Er wurde in Berlin-Reinickendorf Bezirksverordneter, später Gesundheitsstadtrat. Eine enge Arbeitssituation für jemand mit solch einem weiten Horizont.

Mit dem Aufkommen der Studentenbewegung setzte er sich das Ziel, die sozialistischen Ideale an Jüngere weiterzugeben. Er sorgte für die Öffnung des Marxistischen Arbeitskreises für die nach neuen Wegen suchenden Studentinnen und Studenten. Er unterstützte von Beginn an die marxistischen Kräfte in der SPD, in der Benneter-Auseinandersetzung, bei der Gründung der *spw*. Keine Gesellschafterversammlung der Zeitschrift ließ er aus. Die Hefte las er von vorn bis hinten. Als er es selbst nicht mehr konnte, ließ er sich die Aufsätze vorlesen.

Bei seiner politischen Arbeit hat er sich zu keiner Zeit nur auf die eigene Partei beschränkt. Er war ständiger Teilnehmer bei den Treffen der Berliner Friedensbewegung. Viele Ungeduldige konnte er mit dem Hinweis auf den notwendigen langen Atem vor unsinnigen Taten bewahren.

Reinhold hat uns Jüngeren immer wieder Anregungen geben können, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, selbst zu lesen, zu studieren. Er hat uns aber auch vor manchen Irrtümern bewahren können. So wußte er viel zu erzählen über den Aufstieg von Willy Brandt in der Berliner SPD. Das Scheitern der Brandtschen Reformpolitik Anfang der siebziger Jahre ließ uns daher nicht allzu tief stürzen. Er hatte in

Berlin die erzwungene Vereinigung von SPD und KPD zur SED erlebt. Allen Illusionen über den Charakter und über die Wandlungsfähigkeit des deutschen Kommunismus konnte er daher auf Grund eigener Erfahrungen überzeugend entgegen-treten.

Reinhold Walz war jemand, der Traditionen an uns weitergeben konnte. Es wird schwer genug sein, sie zu bewahren.

Andreas Wehr

Fortschritt '90

Uwe Kremer / Susi Möbbeck

Ökologisches Strohfeuer oder Strukturreform?

Mit ihrer Arbeitsgruppe »Fortschritt 90« hat die SPD politische Aufmerksamkeit und ein Stück Meinungsführerschaft erzielt. Grundsätzlich ist es nur zu begrüßen, wenn so ambitionierte Ziele wie der ökologische Umbau der Industrie, der frauenorientierte Umbau des Sozialstaats und eine aktive Arbeitsmarktpolitik in ein überschaubares und finanzierbares Konzept gegossen werden sollen. Da die Endergebnisse erst im Februar 1990 vorliegen werden, kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. In der bisherigen Anlage des »Fortschritt 90« fallen aber schon drei wesentliche Punkte auf, die die SPD-Linke kritisch im Auge behalten sollte:

1. Das ganze Projekt ist als verteilungs- und finanzpolitische Konzeption angelegt, die im Zeichen der »Aufkommensneutralität« stehen soll. Kraß vernachlässigt werden die Industrie- und Strukturpolitik und eine darauf bezogene öffentlich koordinierte Investitionsstrategie.
2. Das Ziel einer aktiven Beschäftigungspolitik tritt in diesem Zusammenhang immer mehr in den Hintergrund und wird im großen und ganzen auf Weiterbildungs- und kompensatorische Arbeitsmarktpolitik reduziert.
3. Der Demokratisierungsaspekt spielt beim ökologischen und sozialen Umbau offenbar überhaupt keine Rolle. Faktisch wird nicht nur von einer finanziellen »Aufkommensneutralität«, sondern auch von einer ökonomischen und sozialen »Machtneutralität« des »Fortschritt 90« ausgegangen.

Mit anderen Worten: Auch wenn zentrale Vorschläge der Arbeitsgruppe fachlich/sachlich zu unterstützen sind, so ist ihre strategische Einordnung um so mehr zu hinterfragen bzw. abzulehnen. Und so zeigt sich schon an dieser Stelle, daß es für die Partei unbedingt erforderlich sein dürfte, die F-90-Debatte mit der Grundsatzprogrammdiskussion zu verknüpfen. Wir wollen dies am Beispiel der Öko-Steuern bzw. des ökologischen Umbaus erläutern, denn auf diesem Gebiet zeichnet sich die skizzierte Problematik mit großer Deutlichkeit ab.

Zur Rolle von Energiesteuern

Das Öko-Steuer-Konzept der Arbeitsgruppen F'90 setzt zum einen auf verschiedene Abgaben (betr. Luftschadstoffe, Abwässer, Verpackungen, Massentierhaltung). Nach den positiven Erfahrungen mit dem Abwasserabgabengesetz ist dies nur zu begrüßen: Denn auf Grund der Zweckgebundenheit von Abgaben dürften die angestrebten ökologischen Lenkungseffekte im großen und ganzen erreicht werden. Im Mittelpunkt des SPD-Konzepts steht weiterhin die steuerliche Belastung des Energieverbrauchs bei

Benzin, Diesel, Heizöl und Gas in Höhe von ca. 32 Milliarden DM: Die Frage nach den Lenkungswirkungen stellt sich hier wesentlich komplizierter, weil es letztendlich auch um den umfassenden Umbau des Verkehrs- und Automobilsektors gehen muß und dies mit erheblichen ökonomischen und sozialen Konsequenzen verbunden sein dürfte. Ob etwa eine höhere Besteuerung des Benzinverbrauchs Sinn macht, entscheidet sich in einem größeren Kontext. Zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe ist in dieser Hinsicht folgendes anzumerken:

- Die geplante Erhöhung der Energiesteuern würde beim Benzinpreis auf ca. 50 Pfennig mehr pro Liter hinauslaufen. Nach allen bisher gesammelten Erfahrungen dürfte dies nicht ausreichen, um den Verbrauch wesentlich zu senken bzw. Gewöhnungseffekte bei den Käufern zu verringern. Unsere Skepsis wird insbesondere durch die steuerlichen Entlastungen verstärkt, die für die Aufkommensneutralität des ganzen Konzepts sorgen sollen (u.a. Abschaffung der KFZ-Steuer und Senkung bei der Lohn- und Einkommensteuer).
- Es erscheint uns überhaupt unsinnig, das Öko-Steuer-Aufkommen als Finanzierungsbasis für Wohltaten im Bereich der Einkommensteuer und der sozialen Transferleistungen zu verwenden. Denn wenn die Öko-Steuern ernst gemeint sind, geht ihr Aufkommen in dem Maße zurück, wie sie ihren ökologischen Zweck — vor allem Senkung des Energieverbrauchs — erreichen. Als solide sozialpolitische Finanzierungsbasis wären sie in einem solchen Falle denkbar ungeeignet.
- Das SPD-Konzept dürfte weniger zu Lenkungs-, dafür aber zu inflationären Effekten führen: Während höhere Verbrauchsteuern bei in etwa gleichbleibendem Verbrauch das Preisniveau anheben, gilt für niedrige Einkommensteuern keineswegs, daß sie das Preisniveau wieder senken. Was derartige Effekte in Verbindung mit einem schon vorhandenen latenten Inflationsdruck im Bereich der Wirtschaftspolitik auslösen könnten (man denke insbesondere an die Bundesbank ...), ist bislang nicht ins Blickfeld der Überlegungen geraten.
- Was aber vor allem fehlt, ist ein verkehrspolitisches Umbaukonzept (bzw. ein umweltpolitisches Gesamtkonzept), das die Öko-Steuern bzw. ihr Aufkommen zielgerichtet in eine drastische Preissenkung bei alternativen ökologischen Gütern und Diensten (insbesondere bei der Bahn) und einen ökologischen Investitionsschub lenkt. Dieses Konzept wird aber nicht ohne zusätzliche industriepolitische Instrumente auskommen.

Die Illusion der »Aufkommensneutralität«

Nimmt man also die Absichten der Arbeitsgruppe F'90 ernst, so läuft dies auf eine viel radikalere Anhebung des Benzinpreises hinaus. Wir halten mindestens seine Verdoppelung für notwendig — und zwar ohne Entlastung bei der KFZ-Steuer, die statt dessen nach ökologischen Kriterien (Schadstoffbezug) umgebaut werden sollte. Das erzielte Aufkommen muß in den ökologischen Umbau — hier: des Verkehrssektors — zurückfließen. Inwieweit diese faktische Zweckgebundenheit der Mittel dazu führt, auch beim Energieverbrauch Abgaben- statt Steuerkonzepte zu befürworten, wäre einer Überprüfung wert. Der »soziale Ausgleich« sollte jedenfalls über einen drastischen

Ausbau preiswerter Verkehrsalternativen im Rahmen des ökologischen Umbaus erfolgen. Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer und Erhöhungen von sozialen Leistungen müssen hingegen aus anderen Quellen (Umschichtungen in der Einkommensteuer oder den öffentlichen Haushalten) finanziert werden.

Dies führt uns zur eingangs erwähnten Problematik der »Aufkommensneutralität« des »Fortschritts 90« zurück. Will man nämlich auf der einen Seite wirkliche Lenkungseffekte von Öko-Steuern, will man auf der anderen Seite sozialpolitische Reformen wie die soziale Grundsicherung, die Pflegesicherung, Weiterbildungsjahre usw. realisieren und schließlich die nötigen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen tätigen, so wird dies unter dem Strich eine Erhöhung der Staatsquote nach sich ziehen müssen. So wie die Aufkommensneutralität insgesamt illusorisch ist, gilt dies speziell für die Unternehmensbesteuerung, die nach dem Willen von Matthäus-Maier u.a. ebenfalls aufkommensneutral gestaltet werden soll. Die vorgeschlagene Methode besteht darin, die Bemessungsgrundlage der Gewinnbesteuerung auszuweiten (d.h. Einschränkung von Abschreibungs- und Abzugsmöglichkeiten) und gleichzeitig die Steuersätze entsprechend zu senken.

Tatsache ist allerdings, daß die steuerliche Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wie auch der Gewinne der Produktionsunternehmen seit langer Zeit beständig absinkt. Man wird sich über das konkrete Verhältnis von Bemessungsgrundlagen und Steuersätzen unterhalten können, aber unter dem Strich spricht alles dafür, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wesentlich stärker zur Finanzierung öffentlicher Leistungen heranzuziehen und an dieser Stelle mit dem Dogma der »Aufkommensneutralität« zu brechen. Zusätzlich wäre aber sicher zu überlegen, ob es für den Zugriff auf Gewinnbestandteile zugunsten eines ökologischen Umbaus nicht noch andere Möglichkeiten als die der Besteuerung gibt (z.B. im Sinne von Investitionsfonds, Gewinnrückstellungen: s.u.).

Umbau von Verkehrssektor und Auto-Industrie

Grundsätzlich gilt: Jedes ernsthafte Öko-Steuer- bzw. Abgabenkonzept braucht einen industrie- und strukturpolitischen Flankenschutz. Dies gilt beispielhaft für die Automobilindustrie mit ihren über 800000 Arbeitsplätzen (mit Vorleistungsproduktion, Tankstellen, KFZ-Verwaltung usw. hängt sogar jeder fünfzehnte Arbeitsplatz in der BRD vom Auto ab). Es liegt auf der Hand, daß ein ökologischer Umbau des Verkehrssektors tiefgreifende ökonomische und soziale Probleme für die Automobilunternehmen und die von ihnen geprägten Regionen mit sich bringen wird — und dies in einer Situation, in der ein anhaltender Auto-Boom latente Überkapazitäten von schätzungsweise sechs Millionen Einheiten überdeckt und die Automobilkrise der neunziger Jahre schon absehbar ist.

Für die SPD stellt sich daher unter dem Stichwort »Fortschritt 90« auch die Frage, welche Konsequenzen sie aus vergangenen Strukturkrisen zieht. Noch besteht die Chance für einen vorausschauenden und schrittweisen Umbau der Automobilindustrie und der betroffenen Regionen. Das, was in der Stahlindustrie mit Beschäftigungsplänen und -gesellschaften und mit der »Zukunftsinitiative Montanregionen« viel zu

spät und halbherzig angegangen worden ist, muß im Automobilssektor langfristig und auf breiter Front angegangen werden. Dazu wird man allerdings über das Konzept der Öko-Steuern hinausgehen müssen:

»In einigen Branchen hat man gewartet, bis ein Unglück oder eine Katastrophe passierte, und beschäftigte sich dann erst mit den Problemen ... Ich plädiere dafür, daß die Bahn, die Autoindustrie, die Luftfahrtgesellschaften und Verbrauchervertreter sich zusammensetzen und eine sinnvolle Aufgabenverteilung verabreden. Das Verkehrsproblem kann nur gelöst werden, wenn es eine Art Planwirtschaft in diesem Bereich gibt.« (Ex Förd-Chef Goeudevert im *Spiegel* 6/89)

Daraus ziehen wir nun folgende Konsequenzen:

1. Der schrittweise Aufbau eines durchgreifenden Systems von Öko-Steuern und Öko-Ausgaben muß durch eine langfristige Infrastrukturplanung und ein umfassend angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm (hier: für den Verkehrssektor) ergänzt und untermauert werden, um den enormen ökologischen Investitionsbedarf (laut Memorandum mehr als 600 Milliarden DM) zielgerichtet »abzuarbeiten«.

2. Der ökologische Umbau der Infrastruktur muß durch eine industriepolitische Strategie (hier: im Automobilssektor) flankiert werden, die die regionalen Beschäftigungsmöglichkeiten und Lebenschancen durch rechtzeitige Veränderungen der Konzern- und Wirtschaftsstrukturen sichert und dazu in das Investitionsverhalten der Unternehmen eingreift (vor allem in das Verhältnis von produktiven und Finanzanlagen).

3. Sinnvoll wäre die Einrichtung von Investitionsfonds (Verkehrsfonds oder eines Branchenfonds für den Automobilssektor), die aus Unternehmensabgaben bzw. Gewinnrückstellungen gespeist werden und als weiteres Lenkungsinstrument für einen ökologischen und beschäftigungssichernden Umbau der Industrie zur Verfügung stehen.

Ökologischer Umbau und Wirtschaftsdemokratie

Mit diesem Vorschlag wird nun ein grundsätzliches Problem berührt: nämlich das Verhältnis von ökologischem Umbau und Wirtschaftsdemokratie. Während das Öko-Konzept der Arbeitsgruppe F'90 die demokratische Teilnahme der Bevölkerung auf die »Konsumentensouveränität« reduziert, setzen wir auf die demokratische Beteiligung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, der Verbraucher- und Umweltgruppen — zum Beispiel im Rahmen der Investitionsfonds, der regionalen Infrastrukturplanung (Wirtschafts- und Sozialräte) und einer demokratischen Unternehmensverfassung. Es ist vollkommen richtig, daß sich der ökologische Umbau nicht in staatlicher Administration erschöpfen kann, sondern daß das »ökologische Interesse« in das Wirtschaftsleben selbst eingebaut werden muß. Ein Weg ist der Einbau dieses Interesses in die Gestaltung von Kosten und Preisen, ein anderer aber die demokratische Beteiligung an den wirtschaftlichen Entscheidungen.

Und spätestens an diesem Punkt wird die Verzahnung von »Fortschritt 90« und Grundsatzprogramm offenkundig. Die bisherigen Vorschläge der SPD-Arbeitsgruppe werden allenfalls ein ökologisches Strohfeuer entfachen. Um diese Feststellung zu treffen, braucht man kein sozialistischer Prinzipienreiter zu sein; eine nüchterne

Bestandsaufnahme der ökologischen Problematik reicht schon aus. Was im übrigen als »realistisch« und »pragmatisch« unter dem Titel »Fortschritt 90« daherschreitet, entpuppt sich bei näherer Betrachtung auch als politisch riskant: Ist es denn unwahrscheinlich,

- daß ab 1991 eine SPD-geführte Bundesregierung ein halbherziges Öko-Konzept in Angriff nimmt,
- daß sie gleichzeitig nach dem gegenwärtigen Boom mit einem konjunkturellen Einbruch konfrontiert wird,
- daß dadurch die bislang latente Strukturkrise des Automobilssektors offen zutage tritt,
- während inflationäre Effekte (u.a. durch höhere Verbrauchsteuern) und Beschäftigungsprobleme zunehmen
- und den ökologischen Umbau (etwa im Falle der Autoindustrie) in Frage stellen,
- ohne daß durchgreifendere Steuerungsinstrumente für diese Situation zur Verfügung stehen?

Dies ist zwar eine Hypothese, aber jedes »realistische« Konzept wird sich auch an einem derartigen, durchaus denkbaren Szenario abarbeiten müssen.

Dabei muß der Linken klar sein, daß eine radikalere Fassung des ökologischen Umbaus und des »Fortschritt 90« kein Königsweg ist und daß es keine Garantie für den Erhalt jedweder sozialer Standards gibt. *Die drastische Erhöhung von bestimmten Verbrauchsteuern und der zielgerichtete Umbau der Industrie werden nicht ohne soziale Blessuren vor sich gehen können, wenn man die ökologische Herausforderung in ihrer Dringlichkeit ernst nimmt.* Aber um so entscheidender wird es dann, im Gegenzug die demokratische Beteiligung der Betroffenen auszubauen. Grundlage ist freilich die demokratische Kontrolle der Investitionen und die Verschiebung ökonomischer und sozialer Machtverhältnisse.

»Fortschritt 90« und die Linke

Uns verwundert es nicht, wie populär der Öko-Steuer-Gedanke gegenwärtig in den verschiedenen Parteien geworden ist. Dieser Vorgang steht für eine gewisse »atmosphärische Konvergenz«, die die SPD, FDP, große Teile der CDU, aber auch der Grünen erfaßt zu haben scheint. Der Trend zu einem ökologisch-liberalen Konsens« der Mitte, der auch Oskar Lafontaine und Joschka Fischer als maßgebliche Akteure umfaßt, hinterläßt auf den linken Flügeln der Sozialdemokratie und der Grünen, innerhalb der Gewerkschaften und der Umweltinitiativen eine politische Lücke: Sie kann durch den programmatischen und praktischen Konsens einer rot-grünen Linken gefüllt werden, der auf der strategischen Verbindung von ökologischem Umbau und Wirtschaftsdemokratie beruht. Die weitere Auseinandersetzung um den »Fortschritt 90« hat also auch mit der Frage zu tun, ob die sozialistisch orientierte Linke in den neunziger Jahren als eingriffsfähige Kraft in den Bewegungen, Parteien und Institutionen präsent sein wird.

Programmdebatte

Heide Pfarr

»Die Arbeit ist weiblich«

Neuer Arbeitsbegriff und gesellschaftliche Gleichheit im neuen Programmentwurf*

Die Fragen: Arbeitsbegriff und gesellschaftliche Gleichheit

Die Arbeit ist weiblich. Dieser Satz formuliert die Einsicht, daß die Arbeit in unserer Gesellschaft insgesamt überwiegend von Frauen geleistet wird, da unter Arbeit nicht Erwerbs-, sondern ebenso — weil eben auch *notwendig* — Haus- und Familienarbeit verstanden werden muß.

Ja, die Arbeit ist weiblich — aber die Arbeitsorganisation, die ist weiterhin männlich. In den Verwaltungen und Betrieben stehen Männer an den entscheidenden Schaltstellen. Männer vereinbaren mit Männern die Strukturen, unter denen Arbeit erbracht wird, Männer bestimmen über die Aufteilung der Arbeit, über die Qualifikationsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch über die Entlohnung. Und mit welchen Folgen für die Frauen?

Wovon haben wir also auszugehen, wenn wir über einen neuen Arbeitsbegriff und über gesellschaftliche Gleichheit reden?

Frauen verdienen immer noch nicht den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, sie werden nicht entsprechend dem Gleichbehandlungsgrundsatz im Arbeitsverhältnis behandelt, sie werden eher gekündigt und bleiben länger arbeitslos als Männer, erreichen nicht in entsprechender Anzahl zukunftsträchtige Berufe und bessere Positionen, und schließlich können sie sich nicht eine ausreichende Sicherung im Alter erarbeiten.

Und so ist auch die Armut weiblich.

Nur wenn die deutsche Sozialdemokratie sich zum Ziel setzt, diese krasse Benachteiligung der Mehrarbeit unseres Volkes aufzuheben, wird sie ihrem Anspruch gerecht werden können, die soziale Frage zu lösen. Dazu gehört selbstverständlich eine klare und eindeutige programmatische Aussage. Die gegenwärtige Programmdiskussion in der SPD ist deshalb für Frauen von unmittelbarer Bedeutung, mehr aber noch eine *politische Praxis*, die die alltägliche Diskriminierung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv bekämpft.

* Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf: »Das neue Grundsatzprogramm der SPD«. Entwurf März 1989, Bonn 1989.

Der Sozialdemokratie hat es in ihrer Geschichte oftmals weniger an programmatischer Klarheit gemangelt, als an entschlossenem Eintreten für die Rechte der Frauen in der täglichen Praxis. Nun diskutiert die Sozialdemokratische Partei seit zwei Jahren ihr neues Programm. Zwei zentrale Begriffe spielen dabei eine wichtige Rolle. Es sind der Arbeitsbegriff und die Bedeutung der gesellschaftlichen Gleichheit.

Die Diskussion um diese beiden Begriffe ist nicht nur programmatischer Disput, sondern auch Ausdruck wirklicher, sich vor unseren Augen vollziehender Bewegungen. So wäre in der SPD eine Diskussion über die gesellschaftliche Gleichheit nicht möglich, wenn die neue Frauenbewegung sie nicht in den letzten Jahren erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt hätte. Erst dieser Druck hat Partei und Gewerkschaften gezwungen, sich wieder mit diesen alten, immer noch und immer wieder aktuellen Fragen auseinanderzusetzen.

Doch wäre es wohl allzu optimistisch zu glauben, die Frauen hätten alles Wesentliche in den Köpfen der Männer schon bewegt. Ist das Nachdenken über den Arbeitsbegriff nicht auch dem Umstand geschuldet, daß die Unternehmer gegenwärtig dabei sind, alle noch geltenden kollektivrechtlichen Schranken der Arbeitszeitordnung aufzulösen, und zwar mit Wirkung auch für Männer? Und wird nicht über den Arbeitsbegriff deshalb diskutiert, weil Erwerbsarbeit nicht mehr für alle — vor allem nicht mehr für alle Frauen, aber eben auch nicht mehr für alle Männer — vorhanden ist?

Diskutieren wir über die Bedeutung von Arbeit, weil viele nicht mehr mit einem ordentlichen Lohn, sondern nur noch mit einem Gotteslohn abgespeist werden sollen und von diesem für Frauen typischen Schicksal nun auch Männer ereilt werden?

Noch ist es unsere Erfahrung, daß Frauen es nur dann erreichen konnten, ihre Interessen berücksichtigt zu sehen, wenn Männer wenigstens zum Teil ihre eigenen Interessen in diesen wiedererkennen.

Die Antworten des Programms

In dem uns jetzt vorliegenden Entwurf für das neue Grundsatzprogramm finden sich auf die Frage nach dem Arbeitsbegriff und der gesellschaftlichen Gleichheit wichtige und auch richtige Antworten. Sie finden sich in dem Kapitel »Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit«. Dieser Abschnitt gefällt mir gut. Vielleicht liegt das auch daran, daß die Vorlage für diesen Abschnitt in der Programmkommission von einer Frau vorgelegt wurde, von der Genossin und Freundin Sigrid Skarpelis-Sperk. Vielleicht ist es auch ganz sinnvoll, wenn nicht alle Formulierungen erst von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten abgesegnet werden müssen.

Ich nenne fünf Gründe, warum mir dieser Abschnitt gut gefällt:

1. Der neue Entwurf behandelt die Fragen der Gleichheit — anders als der Irseer Entwurf — nicht mehr eigenständig und abgetrennt von den übrigen Teilen. Die Fragen der Gleichheit sind eingearbeitet in das Kapitel »Eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens«. Genau dort gehören sie auch hin.

2. Der neue Entwurf arbeitet sehr schön den Doppelcharakter des Fortschritts heraus. Es heißt: »Die wachsende Intensität und Produktivität der menschlichen Arbeit

ermöglicht einerseits mehr Lebensqualität, Wohlstand und Freizeit. Sie kann aber auch steigende Arbeitslosigkeit, neue körperliche und geistig-psychische Belastungen sowie neue Risiken und Gefährdungen aus der Arbeitsumwelt zur Folge haben.« (27) — Dies heißt nichts anderes: Es kommt auf uns an, wie die neue Zeit aussieht.

3. Der Entwurf sieht richtig Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit nicht getrennt. Immer wieder wird auf die vielfältigen Abhängigkeiten zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit hingewiesen: »Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muß die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den 6-stündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.«

Und weiter: »Wie die Erwerbsarbeit ist die Haus- und Familienarbeit Aufgabe beider Geschlechter. Wie andere Arbeitsformen bietet sie die Chance der Selbstverwirklichung, sie kann aber auch Menschen überfordern und in ihrer Entwicklung behindern.« (28)

4. Gelungen sind die Ausführungen zur Zentralität der Arbeit. »Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.« (25)

5. Wer bestimmt aber über die Arbeit als »entscheidende Dimension menschlichen Daseins«? Viele, auch zu viele in der Sozialdemokratie, glauben, daß über die Form und Organisation der gesellschaftlichen Arbeit letztlich anonyme Marktzusammenhänge entscheiden. Dagegen setzt der neue Entwurf:

»Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Dies gilt gleichermaßen für die Erwerbsarbeit, für Familienarbeit, für Gemeinschaftsarbeit und für freie Eigenarbeit.« (25)

Bekanntlich gibt es über den neuen Arbeitsbegriff und über gesellschaftliche Gleichheit seit einiger Zeit einen erbitterten Streit in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften. Ich sage hier ausdrücklich, *in* der Sozialdemokratie und *in* den Gewerkschaften, denn bei diesem Streit gibt es keine klare Trennung: hier Gewerkschaften — dort Partei. Anhänger der unterschiedlichen Positionen gibt es in beiden Organisationen.

Über den neuen Arbeitsbegriff und die gesellschaftliche Gleichheit wird mit Schlagworten gestritten. Die wichtigsten seien hier genannt: Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich, Flexibilisierung der Arbeit, Einbeziehung des Wochenendes in die Regelarbeitszeit und die Aufwertung der Nichterwerbsarbeit.

Arbeitszeitverkürzung

Begonnen hatte die Auseinandersetzung mit der Frage: Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne vollen Lohnausgleich. Ich will hier gar nicht erst versuchen, diesen Streit noch

einmal nachzuzeichnen oder etwa die wichtigsten Argumente des Für und Wider noch einmal darzustellen. Mir erschien in dieser Diskussion von Beginn an die Annahme widersinnig, die Beschäftigungsquote sei tatsächlich und vor allem von den Löhnen abhängig. Zeigen uns nicht alle Erfahrungen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, daß die Ausweitung der Beschäftigung vor allem dann stattfindet, wenn sich der Unternehmer neue Absatzmöglichkeiten erhofft? Dies unterscheidet ja gerade die Privatwirtschaft vom öffentlichen Arbeitgeber: Hier, im öffentlichen Dienst, ist es allerdings theoretisch und auch praktisch möglich, den Verzicht auf Gehaltserhöhungen in mehr Stellen umzusetzen. So konnten in Berlin durch einen Solidarbeitrag der LehrerInnen 524 neue Lehrer/innen-Stellen geschaffen werden.

Bei der Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne vollen Lohnausgleich ist mir ein anderer tarifpolitischer Ansatz innerhalb der Gewerkschaften zu kurz gekommen, nämlich der Sockelbetrag.

Mir scheint, die Gewerkschaften hätten mit durchaus größerer Gewichtung die Angleichung der Löhne in ihr Tarifkonzept mitaufnehmen sollen. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ausschließlich für die hohen Einkommen hätte hier hilfreich wirken können und wäre beschäftigungswirksam geworden, wenn — und nur dann — die Beschäftigungswirkung gleichfalls verbindlich vereinbart worden wäre.

Auch wäre es dann endlich einmal zu einem kleinen Anfang einer gerechteren Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern gekommen: Von der Beschränkung des Lohnausgleichs auf die unteren und mittleren Einkommen hätten Frauen profitiert.

Wochenendarbeit

Ein zweites Schlagwort ist die Einbeziehung des Wochenendes in die Regelarbeitszeit. Hier geschieht etwas Merkwürdiges: Auf der einen Seite stöhnen wir unter einer enormen Produktivkraftentwicklung, immer größere Reichtümer werden angehäuft, und viele reden inzwischen davon, daß es zu einer Deindustrialisierung kommen müsse, wenn wir nicht unsere Umwelt zugrunde richten wollen. Doch zugleich wird davon geredet, daß die wichtigen sozialen Errungenschaften — die Regelarbeitszeit und das freie Wochenende — nicht mehr zu halten seien. Es wird verwiesen auf teure Maschinenlaufzeiten, an die sich die menschliche Arbeitszeit anzupassen hätte. Es wird auf Weltmarktzusammenhänge verwiesen, die es uns nicht mehr gestatten, am freien Wochenende festzuhalten, sollen wir nicht hoffnungslos hinter Japan und Korea und andere Schwellenländer zurückfallen. Woher diese Verwirrung? Bestimmen tatsächlich Maschinen und die anonymen Zusammenhänge des Weltmarktes über unsere Arbeitszeit? Ist es nicht vielmehr so, daß auch Maschinen von Menschen eingesetzt werden, also menschengesteuerte Maschinen über andere Menschen bestimmen, letztlich demnach Menschen über Menschen bestimmen?

Verbesserte Konkurrenzfähigkeiten und höhere Gewinne einer Reihe von Menschen stehen den Interessen der großen Masse von Menschen nach geregelten Arbeitszeiten und nach geregelten freien Tagen gegenüber. Und die Mehrheit der Menschen will stabile soziale Beziehungen, will Freundschaften und Partnerschaften pflegen. Dazu

brauchen sie gemeinsame freie Tage. Freundschaften und Partnerschaften können nicht erhalten werden, wenn nur durch den Abgleich der Terminkalender für sie freie Zeit gefunden wird. Ich fürchte, auch dabei werden die Frauen wieder die größeren Lasten zu tragen haben. Sie werden sich bei der knapper bemessenen freien Zeit — wie (noch) in so vielen kleinen Fragen des Lebens — nach ihrem Partner zu richten haben.

Die Einbeziehung des Wochenendes in die Regelarbeitszeit übersieht aber auch die Bedeutung, die kollektive Ruhezeiten für die gesamte Gesellschaft besitzen. Kollektive Ruhezeiten sind gesellschaftliche Errungenschaften, die nicht zufällig in allen Gesellschaften vorhanden sind und über viele Jahrhunderte hinweg respektiert wurden. Man spricht »von der langsameren Zeit« am Sonntag, die erst diese eigenartige Stimmung des Müßiggangs entstehen läßt. Erst wenn die ganze Gesellschaft ruht, kommt auch der umtriebige Mensch zur Ruhe. Das freie Wochenende kann auch nicht durch freie Tage an normalen Wochentagen ersetzt werden: Denn wenn alles um einen herum macht und tut, kann man nicht entspannen. Ich fürchte, hier sind es wieder die Frauen, die zukünftig an den freien Wochentagen die Familien- und Hausarbeit allein zu erledigen haben. Für um so wichtiger halte ich deshalb die Formulierung im Programmentwurf: »Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.« (29)

Flexibilisierung

Ein weiterer Kampfbegriff in der gegenwärtigen Diskussion ist die Formel von der Flexibilisierung der Arbeit: Was verbirgt sich dahinter? Zum einen natürlich das Interesse der Unternehmer. Je flexibler die Beschäftigung der Arbeitskräfte gehandhabt werden kann, um so größer natürlich auch die Gewinnchancen des Unternehmens. Das sogenannte KAPOFAZ-System stellt hier die brutalste Form der Flexibilisierung dar.

Aber gibt es nicht auch ein Interesse von so vielen abhängig Beschäftigten, vor allem von Frauen an flexiblerer Arbeitszeit? Sind nicht gerade sie flexiblen Arbeitszeiten gegenüber aufgeschlossen, um so besser Familien- und Hausarbeit mit Erwerbsarbeit vereinbaren zu können? Ja — aber es ist eine Zwangslage, in der viele, die meisten Frauen stecken. Zwang, nicht etwa Interesse: Würden die vielen Frauen noch nach derartigen, schlecht bezahlten, kaum mit Aufstiegschancen versehenen und meist auch unsicheren Arbeitsplätzen suchen, wenn zum Beispiel die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kindererziehung besser ausgestattet wären?

Kurzum: gäbe es ausreichende und pädagogisch akzeptable Kita- und Hortplätze, gäbe es endlich Ganztagschulen, und würde die Hausarbeit tatsächlich zwischen den Partnern aufgeteilt sein, so würden auch sehr viel weniger Frauen flexible Arbeitsverhältnisse suchen. Denn erst die Zwangslage der Frauen gibt den Unternehmern die Möglichkeit, derartige Arbeitsplätze/-zeiten nach ihren ökonomischen Interessen durchzusetzen.

Doch ein starres Nein zu flexibleren Arbeitszeiten ist keineswegs die richtige Antwort. Das Nein gilt jener Flexibilisierung, in der allein die Unternehmer die Daten setzen. Doch es gibt ein wachsendes Bedürfnis nach individuellen Arbeitszeitverhält-

nissen, auf das vor allem die Gewerkschaften reagieren müssen und auch können. Ich stelle mir das so vor: Freiräume für individuelle Arbeitszeitbedürfnisse können geschaffen werden, indem für die Arbeitszeitdauer tariflich grundsätzlich und für alle nur eine einzige angeboten wird, die gleichzeitig sowohl vertraglich Mindest- wie Höchst-arbeitszeit ist. Das klingt paradox, ist es aber nicht. Der Tarifvertrag sieht zum Beispiel vor: Die vertragliche Arbeitszeit für alle Beschäftigten, die unter diesen Tarifvertrag fallen, beträgt 30 Stunden. Längere Arbeitszeiten werden an anderer Stelle des Tarifvertrages als Ausnahme unter den Voraussetzungen einzuschränkender Mehrarbeit geregelt. Eine kürzere Dauer der Arbeitszeit kann nur dadurch bewirkt werden, daß Beschäftigte eine Freistellung von der vertraglich geschuldeten Arbeitsleistung verlangen. Diese Form der tariflichen Arbeitszeitnormierung könnte absichern, daß für geringere Arbeitszeiten als die Normalzeit nur die Bedürfnisse der Beschäftigten ursächlich sein können. Selbstverständlich sind diese Regelungen durch ein Verbot bzw. die Einschränkung der Befristung von Arbeitsverträgen zu ergänzen. Befristungen ohne zwingenden Grund aus der Arbeitsaufgabe heraus würden die Rückkehrmöglichkeiten zur normalen Arbeitszeit leerlaufen lassen.

Aufwertung der Nichterwerbsarbeit

Beim neuen Arbeitsbegriff ist viel die Rede von der Aufwertung der Nichterwerbsarbeit. Überall kann man jetzt lesen: Haus- und Familienarbeit ist auch gesellschaftliche Arbeit. Welche bahnbrechende Entdeckung! Frauen wußten das schon immer. Manche Männer auch, jedenfalls hatten viele von ihnen es schon geahnt. Die Diskussion um die Aufwertung der Haus- und Familienarbeit ist auch keineswegs neu: »Hausarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden«, hieß es bereits im *Godesberger Programm*. Doch der, der diese Arbeit auch angemessen bezahlen soll und kann, ist bis heute noch nicht gefunden. Wie wenig sich auf diesem Gebiet bewegt, zeigte uns doch gerade das elende Gewürge um die Einbeziehung von Erziehungszeiten in die anzurechnenden Jahre der Rentenversicherung der Frauen.

Wir müssen uns heute fragen: Aufwertung der Nichterwerbsarbeit, warum gerade jetzt? Neubesinnung auf das Mutterverdienstkreuz? Aufwertung gerade in einer Zeit, in der die Veränderungen in der Arbeitswelt durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung insbesondere Arbeitsplätze von Frauen gefährden? In einer Zeit, in der Massenarbeitslosigkeit herrscht, in der Frauen im Durchschnitt länger als Männer arbeitslos sind?

Sollen hier nicht Frauen aus dem Arbeitsleben in ihre alten, angestammten Rollen zurückgedrängt werden, diesmal, und mal wieder begleitet von schönen Sprüchen und Ausrufen ungebremster Anerkennung? Es macht mich betroffen, wenn nicht einmal führende Sozialdemokraten in der Lage sind, diese durchsichtigen Manöver zu erkennen. Kann doch die sozialdemokratische Antwort nur lauten: Haus- und Familienarbeit müssen aufgeteilt, die Arbeitszeit muß so gestaltet werden, daß dies möglich ist. Und wenn dann beiden Geschlechtern sowohl die Erwerbs- wie auch die Familienarbeit offensteht, bedarf es keiner »Aufwertungsdebatte« mehr. Deshalb streben wir

den 6-Stunden-Tag für alle an. Der Programmwurf ist an diesen Stellen klar und eindeutig.

* * *

Wie kann es anders werden? Wie können wir die gesellschaftliche Gleichheit erreichen? Eine Programmdiskussion alleine reicht sicher nicht aus. Aber eine Programmdiskussion kann einen Anstoß geben, wenn sie richtig geführt wird. Karl Kautsky hat einmal geschrieben, wie man das machen kann: »Ein Programm ist nichts als Schall und Rauch für jeden, für den es nicht der Ausdruck einer fest gewurzelten, tief begründeten Überzeugung ist, zu der er sich in angestrengter geistiger Arbeit mühselig durchgerungen hat. Nur als Ausdruck einer solchen Überzeugung vieler Tausender ist ein Programm eine lebendige Kraft.« Ich denke, man kann auch heute noch etwas aus diesen altmodischen Worten lernen. Eine lebendige Kraft wird ein Programm nur dann sein, wenn es Ausdruck einer lebendigen Bewegung ist. Und in der Tat, das haben wir: Eine Frauenbewegung, wenn sie auch ein bißchen anders aussieht, eben in Partei und Gewerkschaften arbeitet.

Und, der heutige Anspruch der Frauen geht weit. In aller Bescheidenheit verlangen sie eine Gesellschaft von morgen, die menschlich und friedlich und lebenswert ist. In der die Frauen selbstverständlich ihren gleichberechtigten Platz einnehmen werden, ihren Platz in der Arbeitswelt, in der Politik und überall da, wo heute ohne sie und oft, allzu oft gegen sie entschieden wird. Und ebenso selbstverständlich werden sie den Männern einen gleichberechtigten Platz in der Familie und der Hausarbeit einräumen. Übrigens werden wir dann erleben, wie schnell auch die Infrastruktur verbessert wird — für Kinderbetreuung zum Beispiel —, wenn auch Männer dadurch Entlastung erfahren.

Frauen müssen ihr Recht auf Arbeit — auf bezahlte Arbeit, von der unbezahlten haben sie ja mehr als genug — einfordern. Und sie müssen die Hilfen verlangen, die sie für die Durchsetzung dieses Rechtes brauchen, die Hilfe durch die Politik, die Hilfe auch durch die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, die Hilfe also der Partei und der Gewerkschaften.

Ein gutes Programm und die Diskussion um das Programm können dabei helfen.

Deutsche Sozialdemokratie

Norbert Mappes-Niediek

Neun Thesen zum neuen »Vorwärts«

1.

Die Entscheidung des Parteivorstands, wenigstens den Namen des alten »Vorwärts« zu erhalten, war richtig. Die Bitternis, mit der die Entscheidung des Parteivorstands vom 14. April aufgenommen wurde, den *Vorwärts* zu liquidieren, hat eine spontane Gegnerschaft zur Umbenennung des *Sozialdemokrat-Magazins* hervorgebracht. Viele hielten es für unwürdig, den Namen des Traditionsblattes auf das ungeliebte, als »Bäckerblume« verhöhnte *SM* zu übertragen. Man hätte, meinten die Kritiker¹, den alten *Vorwärts* lieber in Ehren untergehen lassen sollen. Diese Position war falsch. Wäre der Titelschutz für den *Vorwärts* mit der Einstellung nach einer Frist verfallen, so hätte jeder Verlag sich des Namens bedienen können. Die SPD durfte aber dieses wichtige Symbol nicht auch noch preisgeben. Nicht nur in ihrem eigenen Interesse hat sie es nicht dulden dürfen, daß der historische Name fortan etwa von Sekten verwaltet worden wäre, die sich mittels kultureller Accessoires gern in die Tradition der Arbeiterbewegung hineinphantasieren.

Noch weniger durfte sie zulassen, daß der Name auf dem Markt der Zeitgeistmoden gehandelt würde, wie es den einst Bedeutung tragenden Zeichen wie Hammer und Sichel oder den Lenin-Konterfeis ergangen ist, die heute die Lederjacken von Punks und Mods verzieren. Denn solange die Substanz des Symbols *Vorwärts* nicht endgültig aufgezehrt ist, darf das Symbol nicht zu seiner eigenen Persiflage werden; solange die SPD den Namen *Vorwärts* verwaltet, ist dieser Name für sie auch Verpflichtung gegenüber ihrer Geschichte, und es darf der Partei nun einmal nicht gestattet werden, sich aus ihrer Geschichte zu stehlen. Der Umgang mit Symbolen ist also durchaus Politik.

2.

Es reicht nicht aus, nur den Namen zu erhalten. Noch das inzwischen eingestellte Wochenmagazin *Vorwärts* wies im Impressum nach allen Brüchen und Umgestaltungen das Gründungsjahr und die Namen der Gründer aus: »Begründet 1876 von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever« — also den publizistischen Köpfen der im Jahr zuvor vereinigten Arbeiterparteien. Im neuen *Vorwärts* fehlt der Hinweis. Ganz unabhängig davon, was sich die Redaktion dabei gedacht hat: Der Verzicht auf die Zeile macht klar, daß *dieser* Bruch, der des Jahres 1989, größer ist als alle vor ihm. Der Name überlebte nur, indem er der schon eigenen Tradition des Mitgliederzeitungsmagazins aufgepfropft wurde. Das reflektiert auch den wirklichen Gang der Ereignisse: Redaktion, Leserschaft, Herausgeber, alles also, was ein Blatt ausmacht, hat dieser *Vorwärts* vom *SM* bekommen.

Dieser Umgang mit dem Symbol war falsch. Der Schatzmeister hatte die Einstellung, nicht die Umstellung des *Vorwärts* auf monatliches Erscheinen, im Sinn, und so hat es der Parteivorstand auf sein Betreiben beschlossen. Daß Klose sich in der Öffentlichkeit dennoch bemüht hat, den Eindruck von Kontinuität herzustellen, sollte den Konflikt nur nach außen glätten, nach innen dagegen sollte ein deutliches Zeichen für einen echten Neubeginn gesetzt werden. Aber durch sein Taktieren nach außen hat Klose, wohl, ohne es zu wollen, die Möglichkeit offengelassen, die *Vorwärts*-Liquidierung doch noch in eine Transformation abzumildern. Auf diese Möglichkeit gründen sich folgende Vorschläge. Noch ist es Zeit, den gerissenen Faden wieder zusammenzuknüpfen. Der *Vorwärts* ist zu erhalten — der Substanz und nicht nur dem Namen nach.

3.

Der »*Vorwärts*« braucht eine überzeugende Konzeption... die er, um schon hier Leiden vorzubeugen, längst nicht mehr hatte. Die Misere des alten *Vorwärts* war, daß er stets ein Zwitter zwischen Parteiorgan und einer unabhängigen Zeitschrift blieb. Als Parteiorgan wurde er nicht wahrgenommen, weil ihm dafür die Verbindlichkeit fehlte. Niemand durfte mit Recht annehmen, daß die Parteiführung oder nur einflußreiche Kreise in der Partei sich der *Vorwärts*-Redakteure als Sprachrohre bedienten, so wie etwa Leser des *Bayernkurier* hinter den Kommentaren von Winfried Scharnagl die Stimme von Franz-Josef Strauß hörten, oder wie Leser des italienischen Schwesterblattes *Avanti!* in bestimmten Pseudonymen Bettino Craxi wiedererkennen dürfen. Auf der anderen Seite traute der Redaktion niemand den Grad an Geistesfreiheit zu, den die meisten Leser den Redakteuren privatwirtschaftlich betriebener Blätter (das nun wieder zu Unrecht) unterstellen. Was der *Vorwärts* eigentlich sein sollte, blieb immer in der Schwebe.

Auf der Basis der Tatsachen des monatlichen Erscheinens also und der Vertriebsweise — er wird an alle Mitglieder verschickt — müssen die Möglichkeiten des neuen *Vorwärts* erkundet werden. Zunächst ist die Frage zu beantworten, was der publizistische Zweck des *Vorwärts* sein soll. Diese alte Frage ist mit der Umstellung nicht beantwortet. Vordergründige Zwecke, wie etwa den Anzeigenmarkt für Parteiblätter auszuschöpfen, dem Namenschriftzug den Titelschutz zu erhalten oder der abstrakten Verpflichtung zu genügen, daß eine so große Partei doch ein richtiges Blatt auf die Beine stellen muß, reichen nicht aus, die SPD vor einer publizistischen Blamage zu bewahren. Der Zweck des *Vorwärts* muß sich über die Texte erschließen, die er veröffentlicht. Rein systematisch kann der Zweck eines Blattes in den Publikationsbedürfnissen seiner Herausgeber liegen, wie es etwa bei Kundenzeitschriften und Vereinsblättern ist (mit denen das alte *SM* fatale Ähnlichkeit aufwies), oder aber in den Informations- oder Unterhaltungsbedürfnissen seiner Leser.² Der Alternative Verlautbarungsorgan oder unabhängige Zeitschrift darf der *Vorwärts* sich aber nicht stellen.

4.

Der »*Vorwärts*« kann kein Verlautbarungsorgan sein. »Verlautbarungsorgan« klingt nach geistiger Unselbständigkeit und Schönfärberei, wenn nicht nach »Sprachregelung«

und »Reichspressekonferenz«. Dennoch war der *Vorwärts* zu Beginn seiner langen Geschichte ganz legitim ein »Verlautbarungsorgan«, als die Sozialdemokratie keine andere Möglichkeit hatte, ihren Anhängern ihre Beschlüsse und ihre Ansichten mitzuteilen. Heute dagegen lesen die Agenturen und Rundfunksender den führenden Repräsentanten der SPD schon morgens um sieben ihre Entscheidungen, Ansichten und Vermutungen von den Lippen. Ein Monatsmagazin, das da noch Neues berichten wollte, wäre zur Verbreitung dessen gezwungen, was den anderen uninteressant erschienen ist. Allenfalls für solche Restposten könnte das Parteiblatt noch Exklusivität beanspruchen. Die alte *Vorwärts*-Redaktion klagte beständig darüber, daß die Prominenten aus der Parteispitze stets andere Medien für Enthüllungen oder sensationelle Positionsänderungen benutzten. Die aber waren gut beraten, sich lieber gegenüber »unabhängigen« Journalisten zu öffnen, um diese so zu ködern; den *Vorwärts* hatte man ja sowieso. Appelle, interessante Nachrichten doch für den *Vorwärts* zu reservieren, hatten immer nur den Effekt, daß vor allem weniger bekannte Politiker hausbackene »Einschätzungen« lieferten und beleidigt waren, wenn sie nicht gedruckt wurden.

5.

Der »*Vorwärts*« kann kein »unabhängiges Magazin« sein. Der alte *Vorwärts*, der nach seiner Konzeption und seiner rechtlichen Form ein unabhängiges Magazin war, unabhängiger übrigens als die meisten privaten Blätter, konnte sich vom Odium des Parteiblatts nie befreien. Befaßte er sich mit dem politischen Gegner, so litt die Akzeptanz seiner Angriffe darunter, daß er ja qua Herkunft stets nur das Übelste über diesen schreiben konnte: Jedes noch so parteiische »freie« Blatt dagegen konnte glaubwürdiger Aggressivität verbreiten, weil seine formale Unabhängigkeit stets noch für die Fiktion gut war, es könnte, wenn es wollte, auch für die andere Seite Partei ergreifen. Jede noch so gute Polemik im *Vorwärts* war billig. Setzte sich der alte *Vorwärts* mit der eigenen Partei kritisch auseinander, so schrieb er vergeblich gegen eine Konkurrenz an, die immer einen Stich kompromißloser war.

Der letzte Chefredakteur, Günter Verheugen, nahm sich in diesem Dilemma US-amerikanische Kolumnisten zum Vorbild, deren Kommentare ihren Wert über die ausgezeichneten Kontakte ihrer Autoren erhalten. Wenn ein solcher Kolumnist schreibt, im Pentagon werde so und so gedacht, dann wissen alle Eingeweihten, daß es so ist. Das Konzept mußte scheitern, weil es nur sehr wenige Dinge gibt, die nur verdeckt mitzuteilen wären: Kaum ist so ein Kommentar erschienen, in den Kenner etwas hineingeheimnissen dürfen, hat es jemand im Klartext ausgeplaudert. Alles in allem konnte man — Fluch der Liberalität — im alten *Vorwärts* schreiben, was man wollte: Stimmt es mit den Positionen der Partei überein, war es langweilige Linientreue, wich es davon ab, war es das nörgelnde Dissidententum eines beliebigen Schreibers. Und daß der *Vorwärts* mit genuiner Information, mit Enthüllungen gar hätte von sich reden machen können, verhinderte seine knappe Besetzung: 15 Redakteure gegen 90 bei der *Wirtschaftswoche* oder bei der *Zeit* und 200 beim *Spiegel*.

6.

Die SPD braucht ein Diskussionsorgan, für das es kein Vorbild gibt. Medien, in denen statt der Verkäuflichkeit oder der Macht das Argument zählt, gibt es nur in der Wissenschaft. Zu den Prinzipien einer wissenschaftlichen Zeitschrift (die natürlich nicht immer eingehalten werden) gehört es, daß allein die Originalität des Ansatzes und die Stringenz seiner Gedankenführung textimmanente Qualitäten also, über die Publikation entscheiden, weshalb auch konsequent alle Titel, Ämter und Verdienste der Autoren ungenannt bleiben. Aus solchen Zeitschriften hätte der neue *Vorwärts* zu lernen, wie man einen gehaltvollen Streit redaktionell inszeniert. Themen gibt es genug: den ökologischen Umbau, den Umgang mit Ausländern, das Verhältnis zu den sozialistischen Staaten, um nur einige besonders aktuelle zu nennen. Ein *Vorwärts* hätte die innerparteiliche Diskussion darüber zu organisieren und, mehr noch, zu qualifizieren. Das kann nicht beliebig oder sporadisch geschehen. Es muß zwölf Themenhefte im Jahr geben, die langfristig vorbereitet sind. Das ist leicht dahingeschrieben, tausend Hindernisse liegen im Weg.

- Es muß klar sein, daß die Themen wirklich relevant sind. Dann kann nur dadurch sichergestellt werden, daß die Themenkonferenzen auf politisch höchstem Niveau stattfinden. Die Themen müssen mit den Büros des Vorsitzenden und seiner drei Stellvertreter abgestimmt werden, denn nur das garantiert die notwendige Verbindlichkeit.
- Es darf keine Propaganda im Gewande der Diskussion stattfinden. Das kann nur dann sichergestellt werden, wenn der Vorsitzende und seine drei Stellvertreter die Diskussionsfunktion des *Vorwärts* zu ihrem Anliegen machen und wenn genügend qualifizierte Redakteure echte Debatten anzetteln und führen können.
- Es darf kein Fachblatt für studierte Politologen dabei herauskommen. Die klare Sprache über politische Gegenstände, die weder raunt noch pseudowissenschaftlich aufträgt, muß dieser *Vorwärts* überhaupt erst erfinden.³ Der *Vorwärts* muß für (fast) alle Mitglieder verständlich bleiben, muß sie aber ernstnehmen, darf Konflikte nicht harmonisieren, sondern muß sie in klarem Deutsch auf den Punkt bringen.
- Es darf nicht so getan werden, als könne im *Vorwärts* ein herrschaftsfreier Diskurs stattfinden. (Hier verrät sich der Vergleich mit einer wissenschaftlichen Zeitschrift als heuristische Konstruktion, die im geeigneten Moment zurückgenommen werden muß.) Macht muß ihren Platz haben. Wer etwa, ohne groß zu argumentieren, einfach qua Einfluß im Parteivorstand eine Sperrminorität (oder: -majorität) gegen vernünftige Positionen vertritt, darf nicht als diskursunfähig ausgegrenzt, sondern muß zum Argumentieren genötigt werden. Das ist die Funktion eines wirklich politischen Blattes — nicht, an den vermeintlichen »Idioten«, die praktische Politik machen, vorbeizudiskutieren. Was ein Argument ist und was nicht, bestimmt allein die Redaktion; sie muß die Autorität haben, einen Text notfalls fünfmal hin- und herwandern zu lassen. Die Autorität der Redakteure muß sich aus ihrer Qualifikation, ihrer Unbestechlichkeit und dem Vertrauen ableiten, das die Parteiführung ihnen entgegenbringt. Die Autoren werden vor allem namhafte

Politiker sein, aber die Redaktion muß auch originelle Autoren von der Basis einführen dürfen.

- Wenn die Redaktion nicht der Spielball von Interessen werden soll, muß sie immer über den Verdacht erhaben sein, persönliche Loyalitäten zu pflegen. Die Redakteure müssen sich in ihrem Amt zu respektablen politischen Persönlichkeiten qualifizieren können. Die Chefredaktion muß von einer Persönlichkeit übernommen werden, die, womöglich als elder statesman/-woman, dem Tagesgerangel entzogen ist. (Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war die *Vorwärts*-Redaktion debattenfähig. Kautsky stritt sich mit ihr. Da es heute auf der anderen Seite keinen Kautsky mehr gibt, darf man auch mit den Anforderungen an *Vorwärts*-Reakteure ein wenig heruntergehen.)
- Formen dieses Diskussionsorgans sind der ehrliche, verständliche und argumentierende Essay, das kundig moderierte Streitgespräch, das Interview und das (von der Redaktion geschriebene) Feature über eine inhaltliche Debatte.

Die Diskussion eines Schwerpunktthemas macht die Hälfte bis ein Drittel des (erweiterten!) Heftumfangs aus. Hinzu kommen drei weitere, kleinere Ressorts:

- Der Organisationsteil: Hier hat sich die Partei mit dem Stand ihrer Organisation, ihren Aktionsformen, ihrer Öffentlichkeitsarbeit, also allen formalen Aspekten ihrer Arbeit der Kritik eines unabhängigen Magazins zu stellen, das nach vorwiegend technischen Kriterien wertet. Hier haben Nachrichten und Reportagen ihren festen, Schönfärberei und Propaganda dagegen keinen Platz.
- Die Vereinsnachrichten: Hierhin gehören Nachrichten von OV zu OV und UB zu UB, Gedenk- und Geburtstage, historisches Rätsel.
- Die Chronik: Kurz und originell muß die aufreizende Unaktualität des Diskussions-*Vorwärts* kompensiert werden. — vielleicht mit einer Art Tagebuch.

7.

Der jetzige »Vorwärts« erfüllt die Anforderungen nicht annähernd. Es drängt sich der Einwand auf, der jetzige, seit Juni erscheinende neue *Vorwärts* entspreche zwar nicht so ganz dem in These 6 skizzierten Blatt, stelle aber doch so etwas wie die realistische Schwundstufe eines idealistischen Konzepts dar.

Zwar sind in der Tat seit Juni — übrigens schon nicht mehr im September — essayistische, argumentierende Beiträge erschienen, die im alten *SM* keinen Platz gehabt hätten. Sie litten aber daran, daß die unentschieden gehaltene Konstruktion des neuen *Vorwärts* den einzelnen Beiträgen die alte Beliebigkeit des alten *Vorwärts* verlieh. So las man von Johannes Mario Simmel eine Auseinandersetzung mit den »Republikanern«, die engagiert und diskussionswürdig war, sicher nicht die Meinung des Präsidiums wiedergab, sich aber auch nicht explizit mit dieser stritt. Und Simmel bekam auch keine Antwort. Hat es schließlich etwas mit den Diskussionsabsichten des Parteivorstandes zu tun, wenn Alfred Grosser den inzwischen angestaubten Apokalyptik-Vorwurf an die Adresse der SPD nun im *Vorwärts* wiederholt? So beliebig wie die Auswahl der Autoren ist die Auswahl der Themen, selbst wenn alle Beiträge für sich lesbar sind — oder wären.

Der Redaktion formale Schwächen vorhalten zu wollen, wäre unfair. Sie besteht zur Zeit aus der »Chefredakteurin«, der früheren Alleinredakteurin des *SM*, einem übernommenen Redakteur des alten *Vorwärts* und einem redigierenden Technik-Redakteur.

8.

Ein Diskussions-»Vorwärts« ist tatsächlich realisierbar. Wenn auch der Unmut der Parteibasis gegenüber dem alten *SM* das Ferment für die Umgestaltung des jetzigen in einen wirklich neuen *Vorwärts* sein kann, so ist doch vor der Illusion zu warnen, ein Konzept könne in der Parteibasis breit diskutiert und schließlich auf einem Parteitag durchgesetzt werden. Für ein Konzept, das allmonatlich neu realisiert werden muß, reicht es nicht aus, daß es einmal beschlossen wurde, es muß von denen, die es umsetzen, mit ganzem Herzen akzeptiert werden. Schließlich ist eine Zeitschriftenkonzeption in dem Moment bloße Makulatur, wo sie sich aus Kompromißgründen in Allgemeinheit flüchtet. Also richtet sich der Blick vor allem auf die Parteispitze.

Von Hans-Jochen Vogel ist bekannt, daß er sich mit der Entscheidung, den alten *Vorwärts* einzustellen, sehr schwer tat, und daß er bis zuletzt offen für andere Lösungen blieb. Das Motiv, die Liquidierung des *Vorwärts* nachträglich in eine Transformation umzuändern, dürfte ihm nahe liegen. Oskar Lafontaine gehört zu den Politikern, die am wenigsten auf eine besondere Parteiöffentlichkeit angewiesen sind, weil das Modernisierungsvorhaben, für das er steht, in der außerparteilichen Öffentlichkeit nur Freunde hat. Ließe sich Lafontaine von vordergründiger Taktik leiten, müßte er kalkulieren, daß vor allem Modernisierungsgegner auf den *Vorwärts* hoffen müßten, weil sie in anderen Blättern kaum oder nur entstellt vorkommen. Dem wäre entgegenzuhalten, daß die Schaffung einer originären Streitkultur in der SPD, die Vorbild für die überparteiliche Diskussion sein könnte, selbst ein Modernisierungsvorhaben erster Güte ist. Johannes Rau gilt als Identifikationsfigur für die eher »traditionalistischen« Teile der Partei, die es schwer haben, öffentlich Gehör zu finden. Herta Däubler-Gmelin gehört zu den Sozialdemokratinnen, die sich mit argumentativer Schärfe Respekt erworben haben. Für sie dürfte ein Diskussionsorgan das liebste Medium sein. Hans-Ulrich Klose ist mit der Konzeption des gegenwärtigen *Vorwärts* nicht glücklich. Mit einem Vorstoß für eine andere Konzeption (freilich nicht diese hier) ist er im Präsidium gescheitert; auch er ist als potentieller Verbündeter bei der Durchsetzung eines neuen *Vorwärts* zu betrachten. Anke Fuchs prägt das Blatt heute; das prädestiniert sie nicht zu einer Befürworterin der Umgestaltung.

Auch die Schwierigkeiten bei der Besetzung der Redaktion sind überwindbar. Man wird freilich zu parteiunüblichen Methoden greifen müssen: persönliches head-hunting durch Spitzenpolitiker.

9.

Ein wirklich neuer »Vorwärts« ist finanzierbar. Eine Chefredakteurs-Persönlichkeit, eine mindestens zehnköpfige, hochqualifizierte Redaktion, eine Hefterweiterung auf mindestens sechzig Seiten kosten sehr viel mehr Geld, als die Partei im Moment für

ihren *Vorwärts* auszugeben bereit ist. Das Problem gehört aber ohnehin gelöst — gleich, mit welcher Konzeption. Gerüchten zufolge treibt schon der jetzige *Vorwärts* einem Jahresdefizit von einer Million entgegen, und das ohne die »Altlasten« aus dem eingestellten Wochenblatt, zu denen die noch immer arbeitslosen Redakteure gehören.

Die Anzeigenpolitik des neuen *Vorwärts*, die zugleich die des alten ist, ist durch und durch verfehlt. Anzeigen in Parteizeitungen gelten bei der werbenden Wirtschaft entweder als Parteispenden oder als staatspolitische Betriebskosten. Ein Teil der verlässlichen Anzeigenkunden des alten *Vorwärts* bestand aus gemeinwirtschaftlichen Betrieben, die der Sozialdemokratie verbunden sind. Ihre Zahl ist bekanntlich in den letzten Jahren stark gesunken. Ein weiterer Teil besteht aus wenigen multinationalen Konzernen, die alle Parteien nach genauem Proporz gleichmäßig bedenken, neben dem *Vorwärts* also zum Beispiel das *Deutsche Monatsblatt* der CDU, eine durch und durch unwürdige Anzeigenplantage, die zu lesen sich jeder anständige Christdemokrat zu schade ist. Einen dritten Teil bilden Kapitalverbände, die auf politische Multiplikatoren Einfluß nehmen wollen. Zu ihnen gehört der Verband der Zigarettenindustrie, der sogar Rosa Luxemburg für das freie Qualmen werben läßt. Alle diese drei Kundengruppen haben gemeinsam, daß sie überhöhte Preise zu zahlen bereit sind. Produktwerbung von Firmen, die wirklich an *Vorwärts*-Leser etwas verkaufen wollen, findet nicht statt. Solche Firmen zahlen streng nach Auflage; sie erreichen mit einem schwachsinnigen Massenblatt mehr als mit einem politischen Magazin. Der alte *Vorwärts* mit seiner Auflage von vierzig- bis fünfzigtausend Exemplaren war für sie nicht interessant. Der neue, der nicht verkauft, sondern verteilt wird, dessen Leserzahl also nach ihrer Auffassung weitaus geringer ist als die Auflage, ist es — weil viel zu teuer — ebenfalls nicht. Ein Blatt dagegen mit einer Auflage von über 900 000 Exemplaren, das Kunden gegenüber glaubhaft machen kann, daß es wirklich gelesen wird, und das zudem mit marktüblichen Preisen arbeitet, ist durchaus ein attraktiver Werbeträger. Echtes Bemühen, also statt des Verbandes der Zigarettenindustrie die Firmen Philip Morris oder Reemtsma ins Blatt zu bekommen, könnte aussichtsreich sein. Voraussetzung dafür ist eine wirklich engagierte Akquisition, an der es von jeher mangelt.

Vielleicht mußte der *Vorwärts* ja erst nahe an den Nullpunkt kommen, bevor ihn die Parteiführung als Chance und nicht als Belastung wahrnahm.

Anmerkungen

- 1 Auch ich habe zu diesen Kritikern gehört.
- 2 Mit dieser Formulierung beschreibe ich den Zweck der bei uns verkauften Periodika. Natürlich weiß ich auch, daß deren letzter Zweck im Profitstreben ihrer Verleger liegt. Der letzte Zweck tut in diesem Zusammenhang aber nichts zur Sache. Marxisten empfehle ich hilfsweise den (marxistischen) Gedanken, daß der Zweck aller Produktion in der Konsumtion liegt.
- 3 Der vorliegende Aufsatz hätte in diesem neuen *Vorwärts* keinen Platz — nicht weil er raunte oder pseudowissenschaftlich auftrüge, sondern weil er als Freizeitprodukt seines Autors nur unzureichend aus dem Intellektuellen ins Hochdeutsche rückübersetzt ist.

Richard Roth

»Rentenreform '92«

Angebotsorientierung statt soziale Sicherheit mit Zustimmung der SPD?

Der Anfang 1989 zwischen den Vertretern von CDU/CSU, FDP und SPD im allerengsten Kreis ausgehandelte »Rentenkompromiß« kommt einer nachträglichen Zustimmung der SPD zu den rentenpolitischen Empfehlungen des »Lambsdorff-Papieres« vom 9. September 1982 gleich, das damals von der SPD als »Scheidungs-papier« für die sozialliberale Koalition betrachtet worden war. Er läuft auf eine Fortsetzung der Angebotsorientierung hinaus, der Beitragssatz in der Rentenversicherung stiege ohne den vorgesehenen Sozialabbau von gegenwärtig 18,7 auf 24,5 Prozent im Jahre 2010.¹ Die Ausgestaltung der »Rentenreform '92« wurde vor allem vom DGB heftig kritisiert.²

Aber auch innerhalb der SPD ist die beabsichtigte Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zum »Rentenkompromiß« umstritten. Ablehnend äußerten sich zum Beispiel der Bremer Landesvorstand der SPD und der Landesparteitag der bayerischen SPD.³ Am 21. April 1989 brachten die SPD-regierten Länder im Bundesrat einen Ergänzungsantrag zur »Rentenreform '92« ein, der auf die Einführung einer sozialen Grundsicherung und eines Wertschöpfungsbeitrages, auf eine stärkere Erhöhung des Bundeszuschusses und auf eine zusätzliche Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei gleichzeitiger Pflichtbeitragsleistung abzielte. Von der Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder wurde dieser Antrag im Plenum abgelehnt.⁴ Die von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion seit März 1989 unterstützten Maßnahmen der »Rentenreform '92« widersprechen in der Tat zentralen rentenpolitischen Aussagen und Initiativen der SPD seit dem Regierungswechsel von 1982.

Die rentenpolitischen Vorschläge der SPD seit 1982

Die seit Mitte der siebziger Jahre geführte Rentendiskussion wurde mit der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 akut, als Bundeskanzler Kohl ankündigte: »In der nächsten Legislaturperiode muß die 1957 beschlossene Rentenreform an die veränderten demographischen ökonomischen Bedingungen angepaßt werden, so daß sie auch in Zukunft Bestand hat.«⁵ Die SPD-Bundestagsfraktion unterbreitete zwei Jahre später mit ihrem Entwurf für ein »Rentenreformgesetz 1985« den ersten umfassenden Gestaltungsvorschlag. Dabei sprachen sich die Sozialdemokraten dafür aus, die Rente nach Mindesteinkommen fortzuschreiben, die Halbdeckungsvorschriften zur Anerkennung beitragsloser Zeiten zu streichen, die Sozialversicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungen einzuschränken, eine »modifizierte Rentenformel«, mit der Beitragssatzerhöhungen in der Rentenversicherung in Höhe des Arbeitnehmeranteils bei der Berechnung der allgemeinen Bemessungsgrundlage berücksichtigt werden

sollten, sowie einen »automatischen Regelmechanismus« zwischen Beitragssatz, Bundeszuschußerhöhung und Verminderung des Rentenanpassungssatzes einzuführen.⁶ Der sozialdemokratische Entwurf scheiterte im Verlauf des Jahres 1985 vor dem Bundestag.

Das auf dem SPD-Bundesparteitag vom 30. August bis 2. September 1988 in Münster verabschiedete »Sozialpolitische Programm« hielt an den Forderungen nach einer Fortschreibung der Rente nach Mindesteinkommen und nach der Einführung eines »automatischen Regelmechanismus« zwischen Rentenanpassungssatz, Beitragssatz und Bundeszuschußerhöhung fest. Daneben verlangte die SPD eine Wiederherstellung der vollen Rentenbeitragsleistung der Bundesanstalt für Arbeit, eine Aufstockung des Bundeszuschusses auf mindestens zwanzig Prozent der Rentenausgaben, eine soziale Grundsicherung, einen zusätzlichen Wertschöpfungsbeitrag der Arbeitgeber und eine Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme.⁷ Im übrigen hatte der Parteitag in Münster ausdrücklich festgestellt: »Solange Massenarbeitslosigkeit besteht, muß es bei den heutigen Altersgrenzen bleiben.«⁸ Dieser Beschluß und die anderen Forderungen finden sich auch in einem Diskussionspapier wieder, das im Oktober 1988 innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion erstellt wurde und als Konzept für die Gespräche mit den Vertretern der CDU/CSU-FDP-Koalition für eine gemeinsame Rentenreform dienen sollte.⁹

Zieht man den Vergleich mit den rentenpolitischen Vorschlägen der SPD seit dem Regierungswechsel von 1982, so wurden bei den Verhandlungen über den »Rentenkompromiß« nur zwei sozialdemokratische Forderungen übernommen: (1) Die Fortschreibung der Rente nach Mindesteinkommen für Pflichtbeitragszeiten bis 1992. (2) Der »automatische Regelmechanismus« zwischen Beitragssatz, Bundeszuschußerhöhung und Verminderung des Rentenanpassungssatzes, den das Bundesarbeitsministerium bis Mitte November 1988 als »Selbstregulierungsmechanismus« bereits in den »Diskussions- und Referentenentwurf Rentenreform '92« eingefügt hatte.¹⁰ Mit der Veröffentlichung dieses Entwurfes war von der CDU/CSU-FDP-Koalition auch der angebotspolitisch orientierte Kreis zwischen dem »Lambsdorff-Papier« von 1982 und der »Rentenreform '92« geschlossen worden.

Vom »Lambsdorff-Papier« 1982 zur »Rentenreform '92«

Im rentenpolitischen Teil seines Papiere vom September 1982 hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff vorgeschlagen, bis Mitte der achtziger Jahre eine kostenneutrale Reform der Hinterbliebenenversorgung zu verabschieden, den individuellen Rentnerkrankensicherungsbeitrag schrittweise auf sechs Prozent zu erhöhen und damit systematisch in Höhe des Arbeitnehmeranteils am Krankenversicherungsbeitrag auszugestalten, auf weitere Kürzungen des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu verzichten und außerdem die Zugangsvoraussetzungen für Invaliditätsrenten zu verschärfen. Mit Beginn der neunziger Jahre sollte schließlich das flexible Altersruhegeld mit versicherungsmathematischen Abschlägen versehen, die zunehmende Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern in der Rentenformel berück-

sichtigt und die Altersgrenze heraufgesetzt werden.¹¹ Der erste Teil der rentenpolitischen Empfehlungen von Lamsdorff aus dem Jahre 1982 wurde bis Mitte 1987 von der CDU/CSU-FDP-Koalition punktuell verwirklicht. Der zweite Teil wurde bis Mitte November 1988 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als »Diskussions- und Referentenentwurf Rentenreform '92« zu einem Paket verschnürt.

Bei den Verhandlungen zwischen Koalition und SPD über die »Rentenreform '92« stimmten die sozialdemokratischen Vertreter Anfang 1989 dem »Lamsdorff-Papier« von 1982 nachträglich ohne Vorbehalte zu: Heraufsetzung der Altersgrenzen und Einführung versicherungsmathematischer Abschläge bei der vorzeitigen Inanspruchnahme des Altersruhegeldes. Im übrigen wurden die ursprünglichen rentenpolitischen Absichten der Bundesregierung nur abgeschwächt und zeitlich verzögert.¹² So wird die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen von 60/63 auf eine Regelaltersgrenze von 65 Lebensjahren (Ausnahme: Schwerbehinderte, Berufs- und Erwerbsunfähige) nicht schon 1995, sondern erst ab dem Jahre 2001 beginnen und in kleineren Schritten erfolgen. Dadurch werden die versicherungsmathematischen Abschläge vom Rentenzahlbetrag bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme des Altersruhegeldes in Höhe von bis zu 10,8 Prozent (3,6 % je Jahr) nun erst ab 2012 voll wirksam. Die künftigen Renteneinbußen von Frauen und Arbeitslosen konnten durch die Anhebung der Bewertung von beitragslosen und beitragsgeminderten Zeiten auf 80 bis 90 Prozent etwas gemildert werden. Aber strenggenommen hat die Verhandlungsdelegation der SPD mit dem »Rentenkompromiß« kein »frauenfeindliches«¹³, sondern nur noch ein frauenfeindlicheres Gesetz verhindert.

Die geringeren Leistungseinschränkungen und angeblichen Verbesserungen betreffen vor allem unabdingbare sozialpolitische Erfordernisse. Ohne eine Fortschreibung der Rente nach Mindesteinkommen hätten beispielsweise Frauen in der Arbeiterrentenversicherung künftig kaum eine Wahlfreiheit bei den Altersgrenzen gehabt. Mit einer marktmäßig erzielten Entgelthöhe von 52 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes und 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren ergab sich für Arbeiterinnen 1988 ein Altersruhegeld von 775 DM im Monat. Bei einem zusätzlichen versicherungsmathematischen Abschlag in Höhe von 10,8 Prozent für das Jahr 1988 wären netto 650,20 DM im Monat verblieben. Dieser Nettozahlbetrag wäre in der Tat Almosen gewesen. Im übrigen wird es für künftige Altersruhegeldempfängerinnen keine Verbesserung der eigenständigen sozialen Sicherung geben, da Frauen mit vor 1991 geborenen Kindern von der erweiterten Anrechnung der Erziehungszeiten auf drei Jahre je Kind ausgeschlossen bleiben. Die »Rentenreform '92« zielt im wesentlichen auf einen angebotspolitisch motivierten Sozialabbau.

Angebotsorientierung durch Sozialabbau bis 2010

Deutlich wird die Angebotsorientierung der »Rentenreform '92« besonders an der Verringerung des künftigen Beitragssatzanstieges in der Rentenversicherung und an dem nach wie vor unzureichenden Bundeszuschuß. Bereits im Vorfeld der Rentenreform

von 1957 wurde von Wilfrid Schreiber folgendes klargestellt: »Heute bezweifelt niemand mehr, daß die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen echte Lohnanteile sind. Nicht anders verhält es sich mit den Staatszuschüssen.«¹⁴ Ohne den mittelfristig geplanten Sozialabbau würde der Beitragssatz in der Rentenversicherung auf 24,5 Prozent steigen. Durch die kostenminimierenden Maßnahmen der »Rentenreform '92« wird dieser Anstieg auf 21,4 Prozent begrenzt.¹⁵ Während die Unternehmer damit direkt von Lohnkosten entlastet werden, darf sich der Bund auch weiterhin seiner finanziellen Verantwortung entziehen. Von einer Aufstockung des Bundeszuschusses kann bei der »Rentenreform '92« keine Rede sein, da der künftige Bundesbeitrag in Höhe von knapp 20 Prozent der Rentenausgaben durch eine Vermengung des bisherigen Bundeszuschusses, der die versicherungsfremden Leistungen ausgleichen soll, die gegenwärtig auf 20 bis 33 Prozent der Rentenausgaben geschätzt werden¹⁶, mit den bisherigen Bundeserstattungen für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten erzielt wird. Diese Regelung läuft finanziell auf ein Nullsummenspiel hinaus.

Wegen der faktischen Nichtaufstockung des Bundeszuschusses und der Verminderung des künftigen Beitragssatzanstiegs in der Rentenversicherung wird mit der »Rentenreform '92« auf der Leistungsseite erheblich gekürzt. Gegenüber dem geltenden Recht ergeben sich bis zum Jahre 2010 insgesamt Einsparungen in Höhe von 40,1 Milliarden DM. Davon entfallen 34,5 Milliarden DM auf die künftigen Nettolohnanpassungen der Renten, 3,3 auf die stufenweise Heraufsetzung der Altersgrenzen, 1,9 auf die Einführung eines Gesamtleistungsmodells bei der Anrechnung beitragsloser und beitragsgeminderter Zeiten und 0,4 Milliarden DM auf sonstige Maßnahmen.¹⁷

Mit der beabsichtigten Nettolohnanpassung der Renten, der stufenweisen Heraufsetzung der Altersgrenzen, den versicherungsmathematischen Abschlägen bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme des Altersruhegeldes, dem Gesamtleistungsmodell für die Anrechnung beitragsloser und beitragsgeminderter Zeiten und den zukünftigen Möglichkeiten für einen Teilrentenbezug sind nicht nur Renteneinbußen und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern auch weitreichende Individualisierungs- und Privatisierungstendenzen sozialer Risiken verbunden. So waren die vorzeitigen Altersgrenzen von 60 und 63 Lebensjahren bislang durchaus berechtigt. Das galt nicht nur für Arbeitslose. Der Bundesrat hatte die Forderung, Frauen unter bestimmten Voraussetzungen bereits ab dem 60. Lebensjahr ein Altersruhegeld zu gewähren, im Vorfeld der Rentenreform von 1957 mit der höheren Invaliditätshäufigkeit von Frauen durch Familie und Beruf begründet.¹⁸ Die Berechtigung einer flexiblen Altersgrenze für langjährig Versicherte ab dem 63. Lebensjahr wurde von Bundesarbeitsminister Arendt 1971 vor dem Bundestag so erläutert: »Diesen Versicherten wird es erspart, erst ihre Berufs- und Erwerbsunfähigkeit nachweisen zu müssen. Für sie entfallen die heute notwendigen medizinischen Untersuchungen zur Feststellung der Invalidität.«¹⁹ Insofern waren die damals von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderten versicherungstechnischen Abschläge vom DGB zu Recht als »Bestrafung von Krankheit« bezeichnet worden.²⁰

Wer gegenwärtig einer Heraufsetzung der Altersgrenzen zustimmt, nimmt wegen der steigenden Invaliditätshäufigkeit in höheren Altersstufen für die Zukunft auch die

Möglichkeit einer weiteren Kostenminimierung und damit von zusätzlichen Leistungseinschränkungen bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in Kauf. Bereits im Vorfeld der Rentenreform von 1957 war gegen Pläne zur Heraufsetzung der Altersgrenzen folgendes ausgeführt worden: »Man darf dabei aber nicht vergessen, daß die Zahl der dann Invalidwerdenden aus der Menge der über Sechzigjährigen eine relativ größere Zunahme erfahren wird, als man heute annimmt. Es ist nicht richtig, daß mit der Zunahme der mittleren Lebensdauer eine gleichgroße Steigerung der Widerstandskraft verbunden ist.«²¹ Durch die 1973 eingeführte flexible Altersgrenze ab dem 63. Lebensjahr verringerte sich der Anteil der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten am Rentenzugang, weil die Häufigkeit der erst in höheren Altersstufen invalidisierungsrelevanten Erkrankungen abnahm.²² Anfang der achtziger Jahre betrug der Anteil der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten am Rentenzugang wieder 50 Prozent, da die Invaliditätshäufigkeit auch mit der Arbeitsmarktlage zusammenhängt. Angesichts der nach wie vor bestehenden Massenarbeitslosigkeit wird die künftige Invaliditätshäufigkeit zur offenen Flanke der Rentenfinanzen.

Die Begründungen, die innerhalb der SPD für eine erneute Mitwirkung der Sozialdemokratie an einem angebotspolitisch motivierten Sozialabbau gegeben werden, können nicht überzeugen. So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Rudolf Dreßler beispielsweise am 8. Februar 1989: »Im übrigen dürfen wir nicht übersehen: Nicht nur an den sozialdemokratischen Parteitagsschlüssen ist die Qualität des Erreichten zu messen, sondern auch daran, welche Art von Rentenreform zustandegekommen wäre, wenn die Koalitionsparteien nicht auf unser Konsensangebot eingegangen wären, sondern allein entschieden hätten.«²³ Viel schlimmer als jetzt hätte es aber kaum kommen können, da die rentenpolitischen Pläne des ehemaligen CDU-Landesvorsitzenden Biedenkopf, der 1985 eine steuerfinanzierte Grundrente in Höhe der Sozialhilfe mit ergänzender Privatvorsorge befürwortet hatte²⁴, oder die Absichten von Bundeswirtschaftsminister Bangemann aus dem Jahre 1985, der sich damals für eine staatliche Grundrente mit beitragsbezogener Zusatzrente und privater Vorsorge ausgesprochen hatte²⁵, spätestens mit der Veröffentlichung des »Diskussions- und Referentenentwurfs Rentenreform '92« durch das Bundesarbeitsministerium im November 1988 innerhalb der Koalition gescheitert waren. Der Ausgangspunkt aller rentenpolitischen Überlegungen wurde vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel im Februar 1989 noch einmal so erläutert: »Heute kommen auf 100 Beitragszahler etwa 59 Renten, im Jahre 2000 werden es rund 75, 2010 rund 90 und 2030 möglicherweise sogar rund 140 sein. Angesichts der Tragweite dieser Probleme, die unser ganzes Volk auf lange Sicht hinaus berühren, haben wir uns an der Suche nach gemeinsamen Lösungen beteiligt.«²⁶ In der Tat können die mit der »Rentenreform '92« geplanten Leistungseinschränkungen für die absehbare Zukunft nicht mit der demographischen Entwicklung begründet werden.

Zum Verhältnis von Demographie und Ökonomie

Bislang war die Ökonomie das bestimmende Moment der Rentenfinanzierung. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. »Bevölkerungsvorausschätzungen berechnen eine aus heutiger Sicht wahrscheinliche Entwicklung. Solche Bevölkerungsvorausschätzungen, die als Grundlage der politischen Planung dienen sollen, werden normalerweise für einen relativ kurzen Zeitraum erstellt (etwa zehn bis fünfzehn Jahre), weil mit zunehmendem Vorausschätzungszeitraum die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Annahmen unsicherer wird.«²⁷ Vor dem Hintergrund einer zeitlich begrenzten Stichhaltigkeit zeigen die Bevölkerungsvorausschätzungen im einzelnen, daß trotz eines steigenden Anteils älterer Menschen zur soliden Rentenfinanzierung mittelfristig nicht Arbeitskräfte, sondern allenfalls die *sozialversicherungspflichtigen* Normalarbeitsplätze fehlen werden. Im Vergleich zum Jahre 1987 wird die Anzahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 60 Lebensjahren bis zum Jahre 2010 zwar um 3,5 Millionen Personen abnehmen, aber mit 32,025 Millionen Personen insgesamt noch immer über dem Stand von 1960 und 1970 liegen. Der Altersquotient wird zwischen 1987 und 2010 zwar von 35,9 auf 49 Prozent steigen, aber die Gesamtbelastung der Erwerbsfähigen im Alter zwischen 20 und 60 Lebensjahren durch Kinder, Jugendliche und ältere Menschen wegen der geringeren Kinderzahlen gleichzeitig niedriger als in den sechziger und siebziger Jahren ausfallen.

In Zukunft wird lediglich der Rentenfallquotient, der das Verhältnis von Rentnerinnen und Rentnern zu je 100 Beitragspflichtigen ausdrückt, von 56,2 Prozent im Jahre 1985 auf 88 Prozent im Jahre 2010 zunehmen und damit relativ stark ansteigen.²⁸ Der Rentenfallquotient ist aber kein ausschließlich demographisches Datum, da er auf Grund des vorzeitigen Rentenzugangs wegen Arbeitslosigkeit und Invalidität und durch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch von ökonomischen und politischen Faktoren beeinflusst wird. Statt über die Auswirkungen der künftigen demographischen Entwicklung sollte rentenpolitisch erst einmal über die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, über den künftigen Produktivitätsfortschritt und die Verteilung des Sozialprodukts zwischen Arbeit und Kapital diskutiert werden.

Angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit und eines auch mittelfristig günstigen Erwerbsspersonentials lassen sich die künftigen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und die höhere Lebenserwartung der Menschen jederzeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung mittels weiterer Verkürzungen der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und mittels beschäftigungswirksamer Umweltschutzmaßnahmen sowie durch eine Strukturreform der Rentenversicherung ohne Sozialabbau bewältigen. Im übrigen war bereits bei der Rentenreform von 1957 ein zunehmender Anteil älterer Menschen zu berücksichtigen. Die damalige Bundesregierung hatte deswegen einen Anstieg des Beitragssatzes in der Rentenversicherung von 14 auf 18,25 Prozent bis 1986 vorausgerechnet.²⁹ In der Tat gab es zwischen 1957 und 1985 in der Rentenversicherung nur in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit Finanzierungsschwierigkeiten. Diese traten in der kurzen Phase der Wirtschaftskrise von 1966/67 und in der depressiven Periode der wirtschaftlichen Entwicklung seit Mitte der

siebziger Jahre auf. Wenn es in Zukunft gelingt, die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu steigern, wachsen die bruttolohnsummenbezogenen Einnahmen der Rentenversicherung automatisch. Außerdem kann der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 4,3 Prozent zugunsten der Rentenversicherung verschoben werden. Diese Zusammenhänge sah die SPD 1957 noch ähnlich: »In mehrfacher Hinsicht ist Vollbeschäftigung, im Sinne optimaler Beschäftigung, eine der Voraussetzungen eines wirksamen Systems sozialer Sicherung.«³⁰ Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Klares Nein zur »Rentenreform '92« erforderlich

Wenn sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit der »Rentenreform '92« nicht erneut an einem angebotspolitisch motivierten Sozialabbau beteiligt, sondern sozialpolitische Kompetenz gegenüber den meisten Rentenversicherten und ihren Angehörigen beweisen will, verbleibt ihr nur die Möglichkeit eines klaren Neins. Die »Rentenreform '92« stellt inhaltlich keinen Kompromiß zwischen den sozialdemokratischen Vorstellungen und den kostenminimierenden Absichten der konservativ-liberalen Bundesregierung dar. In der SPD scheint es sich noch nicht herumgesprochen zu haben, daß der angebliche Kompromiß zum Beispiel dem konservativen Frauenbild der nur phasenweise erwerbstätigen, ansonsten kindererziehenden, häuslichen und allenfalls ehrenamtlich pflegenden Frau und Mutter entspricht. Zur Kenntnis genommen wird offensichtlich auch nicht, daß die von der SPD geforderte Harmonisierung der Beamtenversorgung auf keine Angleichung, sondern auf eine Fortschreibung der Besserstellung von Beamtinnen und Beamten bei der sozialen Sicherung hinausläuft. Die Heraufsetzung der Altersgrenzen und die geplante Einführung versicherungsmathematischer Abschläge widerspricht im übrigen sämtlichen Zusagen der SPD, die Altersgrenzen angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht anheben zu wollen. Vielleicht kann durch einen Ausstieg der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion aus dem »Rentenkompromiß« mit den Vertretern der Koalition erstmals ernsthaft über eine ausgewogene Verteilung der künftigen Lasten diskutiert werden. Inhaltlich zählt dazu beispielsweise eine tatsächliche Mindestanhebung des Bundeszuschusses auf 20 Prozent der Rentenausgaben und kein »Buchungstrick«.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rentenreform '92. Informationen zum Entwurf, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989, S.56.
- 2 Vgl. DGB-Position zum Bonner Rentenreform-Konsens. In: Soziale Sicherheit 3/89, S.66-69.
- 3 Vgl. Vater, K.: Den Beamten wohl, den anderen weh? In: Vorwärts 9/1989, S.30f.
- 4 Vgl. Länder unterstützen den Renten-Kompromiß. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April 1989, S.4.
- 5 Kohl, H., zit. nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 14. Oktober 1982, Nr. 93, S.859.
- 6 Vgl. im einzelnen: Bundestagsdrucksache 10/208, S.64-74.

- 7 Vgl. Die Zukunft sozial gestalten — Sozialpolitisches Programm der SPD. Beschluß zur Sozialpolitik des Münsteraner Parteitag. In: Politik. Informationsdienst der SPD, Nr. 8, September 1988, S.21-25.
- 8 Ebd., S.23.
- 9 Vgl. dazu: Vater, K.: Renten I. Der Bruchpunkt kommt noch. In: Vorwärts, Nr. 4/1989, S.20f.; Renten II. Das Konzept der SPD. In: Vorwärts, Nr. 4/1989, S.21.
- 10 Vgl. Informationen über den Diskussions- und Referentenentwurf Rentenreform '92, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989, S.22.
- 11 Vgl. zum »Lambsdorff-Papier« im einzelnen: Vorstand der SPD (Hrsg.), Dokumente der Reaktion. Die Kampfansage der Rechten an den Sozialstaat. Im Wortlaut: Die Papiere von Albrecht, George und Lambsdorff. Auf Heller und Pfenning: Gewinner und Verlierer nach einem Jahr Kohl, Bonn o.J. (1983), S.27-32, hier: S.29.
- 12 Siehe dazu im einzelnen: Informationen über den Diskussions- und Referentenentwurf Rentenreform '92, a.a.O. (= Anm. 10); Bundestagsdrucksache 11/4124 (= Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung — Rentenreformgesetz 1992).
- 13 Gemeinsame Rentenreform in Sicht. SPD verhindert frauenfeindliches Gesetz. In: Sozialdemokrat-Magazin 3/89, S.14.
- 14 Schreiber, W.: Existenzsicherung in der industriellen Gesellschaft, Köln 1955. Mit einem Vorwort und ergänzenden Bemerkungen wiederabgedruckt. In: Külp, B.; Schreiber, W. (Hrsg.): Soziale Sicherung, Köln 1971, S.276-309, Zitat S.283.
- 15 Vgl. Rentenreform '92. Informationen zum Entwurf, a.a.O. (= Anm. 1), S.56f.
- 16 Schmähl, W.: Zur Bedeutung des Versicherungsgedankens für die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. In: ders. (Hrsg.): Versicherungsprinzip und soziale Sicherung, Tübingen 1085, S.204-234, hier: S.217
- 17 Vgl. Rentenreform '92. Informationen zum Entwurf, a.a.O. (= Anm. 1), S.54f.
- 18 Vgl. zu Bundestagsdrucksache 2/2437, S.6.
- 19 Arendt, W., zit. nach: Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Band 78, 6. Wahlperiode, 160. Sitzung vom 16. Dezember 1971, S.9235.
- 20 Vgl. Soziale Sicherheit 1971, S.258.
- 21 Rohrbeck, W.; Röhrbein, E.; Meyrich, C.: Zum Problem der Realisierbarkeit der Vorschläge der Rothenfelder Denkschrift über die »Neuordnung der sozialen Leistungen«. Kritische Stellungnahme, Berlin (West) 1955, S.80.
- 22 Vgl. Kentner, M. u.a.: Frühinvalidität in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin 1950 bis 1980. Ursachen, Entwicklung, Bedeutung, Köln-Lövenich 1983, S.53.
- 23 Drefler, R., zit. nach: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (Hrsg.): Politik und Betrieb, Nr. 2/89: Der Rentenkompromiß. Materialien und Informationen, Bonn 1989, S.5-7, Zitat S.7.
- 24 Vgl. Biedenkopf, K.H.: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, München, Zürich 1985, S.400-415; Siehe auch: Miegel, M.; Wahl, St.: Gesetzliche Grundsicherung — Private Vorsorge. Der Weg aus der Rentenkrise, Stuttgart 1985.
- 25 Vgl. dazu Frankfurter Rundschau vom 12. April 1985, S.1.
- 26 Vogel, H.-J.: Starke Ermutigung. In: Sozialdemokrat-Magazin, Nr. 3/89, S.3.
- 27 Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil: Auswirkungen auf verschiedene Bereiche von Staat und Gesellschaft (= Bundestagsdrucksache 10/863 vom 5. Januar 1984), S.126.
- 28 Vgl. Informationen über den Diskussions- und Referentenentwurf Rentenreform '92, a.a.O. (= Anm. 10), S.10.
- 29 Vgl. dazu im einzelnen Bundestagsdrucksache 2/2437, S.97, sowie Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 27. November 1956, Nr. 221, S.2110.
- 30 Sozialplan für Deutschland. Auf Anregung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorgelegt von: Auerbach, W. u.a., Hannover 1957, S.24 (Hervorhebung entfällt).

Österreichische Sozialdemokratie

Josef Hindels

Otto Bauer und die Sozialdemokratie

Die österreichische Sozialdemokratie feiert ihren 100. Geburtstag. In Wirklichkeit ist sie älter, weil es bereits vor dem historischen Hainfelder Parteitag 1889 eine Sozialdemokratie gab, die von sozialrevolutionären Gruppen und Strömungen geprägt wurde, die teils anarchistischen Charakter hatten. Wäre die Sozialdemokratie erst vor 100 Jahren in Hainfeld entstanden, hätte es auf diesem Parteitag kein Ringen um die Einheit der Partei geben können. Neugeborene spalten sich nicht. Aber die Gremien der Partei haben beschlossen, daß es sich um den 100. Geburtstag handelt. Und Beschlüsse von Parteigremien haben mehr Gewicht als historische Erkenntnisse.

Also wurde gefeiert. Dagegen sollte nichts eingewendet werden. Nur eines ist zu bedenken: Die Feierlichkeiten stimmen grundsatztreue Sozialisten in der SPÖ eher traurig. Die Partei macht einen Prozeß des Niedergangs durch, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Sie verliert bei fast allen Wahlgängen, die Zahl ihrer Mitglieder und Mitarbeiter geht zurück. Und sie hat — was noch schlimmer ist — ihre sozialistische Ideologie und Tradition über Bord geworfen.

Diese entideologisierte Partei steht der wachsenden Gefahr von rechts, die im stürmischen Wachstum der Freiheitlichen (FPÖ) unter Jörg Haider zum Ausdruck kommt, hilflos gegenüber. Es gibt nicht einmal Ansätze einer Strategie gegen diese Gefahr, die keineswegs auf Kärnten beschränkt ist. Die wenigen Altsozialisten in der SPÖ, die Otto Bauer noch gekannt haben und ihn nie vergessen werden, stellen sich die Frage: Was würde der große Denker des Austromarxismus zu diesem Niedergang unserer Partei sagen? Wer ihn gekannt hat, wird von einem überzeugt sein: Otto Bauer würde auch in dieser Situation die Partei nicht verlassen, sondern auf ihrem Boden für eine andere politische Linie kämpfen. Im folgenden soll die Bedeutung Otto Bauers für die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit skizziert werden. Aus manchen seiner damaligen Stellungnahmen läßt sich vermuten, was er heute sagen würde. Otto Bauer gehörte zu jenen Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie, die im Habsburgischen Vielvölkerstaat aufgewachsen sind und daher von den Problemen der zerfallenden Monarchie stark beeinflusst wurden. Er hat in seiner Jugend den Ersten Weltkrieg, das geschichtliche Versagen der Sozialistischen Internationale, die Russische Revolution, die erste Bewährungsprobe des linken Parteiflügels erlebt. Er nahm aktiv an den Klassenkämpfen im alten Österreich teil. Das Besondere dieser Klassenkämpfe bestand darin, daß sie sich ständig mit den nationalen Konflikten vermischten. Otto Bauer hat daher der *Nationalitätenfrage* größte Bedeutung beigemessen, ihr seine erste wissenschaftliche Arbeit gewidmet.

Vieles, was er damals schrieb, ist heute nurmehr von geschichtlicher Bedeutung. Aber eine Erkenntnis Bauers ist aktueller denn je:

»Die Arbeiterbewegung darf vor der nationalen Frage nicht davonlaufen. Sie muß sich dieser Herausforderung stellen. Bekenntnisse zur Idee des Internationalismus sind für Sozialisten eine Selbstverständlichkeit. Aber sie ersetzen nicht eine tiefeschürfende Analyse nationaler Probleme und die sich daraus ergebende Strategie.«

Otto Bauer lehnte daher stets einen »naiven Kosmopolitismus« ab, der glaubt, auf diese Analyse und die entsprechende Strategie verzichten zu können. Und wir erleben heute, daß die von Otto Bauer in ihren Grundzügen vorausgesehenen Wandlungen der Sowjetgesellschaft auch nationale Konflikte ausbrechen lassen, von denen viele meinten, sie seien längst überwunden.

Wie ist es möglich, wird gefragt, daß über 70 Jahre nach der Oktober-Revolution der Nationalismus in den Ländern des Ostens eine unberechenbare Kraft darstellt? Eine Antwort auf diese Frage findet sich bei Otto Bauer nicht. Aber was er über den Stellenwert der Nationalitätenprobleme für die sozialistische Bewegung sagt, macht vieles verständlich und bringt uns der Antwort näher. Wir beginnen zu begreifen, daß eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, so wichtig diese auch ist, nationalistische Vorstellungen nicht von heute auf morgen überwinden kann.

Hinzu kommen die verheerenden Folgen der Stalin-Ära, die ideologische Deformation der kommunistischen Bewegung in den Jahren des sogenannten Personenkults. Otto Bauer, der im Sommer 1939 starb, hat weder den Hitler-Stalin-Pakt noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erlebt. Er konnte daher auch die Entartung in der Sowjetunion nur bis in die Vorkriegszeit analysieren. Heute wissen wir, daß nach Kriegsausbruch bis zum Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion das Stalinregime Exzesse erlebte, die kein linker Sozialist für möglich gehalten hätte.

Die Austromarxisten mit Otto Bauer an der Spitze hatten erkannt: Der Weg zum Sozialismus führt nicht über eine opportunistische, sich einer bestehenden Gesellschaft annähernde Sozialdemokratie. Wer mit dem Kapitalismus Frieden machen will, verzichtet, auch wenn das nicht immer bewußt ist, auf das sozialistische Ziel. Die Austromarxisten waren sich auch darüber im klaren, daß der kommunistische Weg nicht zu diesem Ziel führt, weil es ohne breiteste Demokratie keinen Sozialismus gibt und geben kann. Daraus zogen die Austromarxisten die Folgerung, man müsse *beide* Richtungen der Arbeiterbewegung gründlich verändern. Die Sozialdemokraten müssen auf den Opportunismus, die Kommunisten auf ihre undemokratische Geisteshaltung verzichten. Nur dann können sich die beiden Arbeiterparteien vereinigen und das historische Unglück der Spaltung überwinden. Dafür ist Otto Bauer in der eigenen Partei und in der Sozialistischen Internationale unermüdlich eingetreten.

Heute wissen wir, daß auch die Austromarxisten schwere Fehler begangen haben, vor allem, weil sie den Kampf gegen den Faschismus zu spät aufgenommen und nicht konsequent geführt haben. Otto Bauer hat diese Fehler im Exil schonungslos kritisiert. Es erübrigt sich, hier diese Kritik zu wiederholen.

Doch eines sollte gesagt werden, weil es oft unerwähnt bleibt: Auch wenn die Austromarxisten diese Fehler nicht begangen hätten, wäre es ihnen kaum gelungen, ihr

Ziel — die Überwindung der Spaltung — zu erreichen. Auf beiden Seiten der Arbeiterbewegung fehlte es an der Bereitschaft, neue Wege zu gehen, alte Irrtümer zu begraben.

Die Austromarxisten konnten daher nur hoffen, daß die große Idee des Integralen Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg, der sich vorbereitete, den Otto Bauer aber nicht mehr erlebte, Wirklichkeit werden würde.

Wer Otto Bauers Schriften im Exil — knapp vor seinem Tod geschrieben — liest, wird erkennen: Seine große Hoffnung war die erneuerte sozialistische Bewegung nach dem Sturz des Faschismus. Es hat sich dabei nicht nur, wie manche heute behaupten, um Wunschträume gehandelt. In letzter Zeit unter Gorbatschow hat es so ausgesehen, als ob Otto Bauers große Vision Wirklichkeit werden wird. Was sich in der Sowjetunion ereignete, war eine eindrucksvolle Bestätigung der Bauerschen Thesen.

Haben sich diese Hoffnungen in jüngster Zeit als Irrtümer erwiesen? Es wäre voreilig, diese Frage einfach zu bejahen. Aber es hat sich gezeigt, daß die große Wandlung der Sowjetgesellschaft, die Otto Bauer vorausgesehen hat, viel schwieriger ist, als er selbst und seine Freunde angenommen haben. Die tieferen Gründe werden gesondert zu untersuchen sein. Hier beschränken wir uns auf eine Bemerkung: Die Jahre des Stalinismus haben in der Sowjetunion noch viel schlimmere Deformationen hervorgerufen als Otto Bauer, Trotzki, Bucharin und andere befürchtet haben. Wir erfahren, daß es sich nicht bloß um die Entartung einer großen Revolution handelt, sondern daß in vielen Bereichen die revolutionäre Substanz zerstört wurde.

Dennoch wäre es ein unverzeihlicher Fehler, daraus zu schließen, daß der Sozialismus tot ist, daß Otto Bauer widerlegt wurde und es keine revolutionären Perspektiven gibt. Die großartige Leistung Otto Bauers und anderer marxistischer Theoretiker besteht darin, daß sie uns bewiesen haben, wie krisenanfällig das kapitalistische System ist. Wir haben daher keine Veranlassung, an einen Triumph des Kapitalismus zu glauben, selbst wenn die Schwierigkeiten im Osten von ungeahnter Größe sind. Auf jeden Fall steht der Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem im Mittelpunkt unserer Aufgaben, von denen wir uns nicht ablenken lassen dürfen. Das ist eine der großen Lehren, die uns Otto Bauer hinterlassen hat.

Peter Pelinka

Umbruch statt Abbruch

Zur Perspektive der SPÖ

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) befindet sich mitten im weitestgehenden Umbruchsprozeß der politischen und ökonomischen Struktur Österreichs seit 1955. Sie badet ihn gleich zweifach aus, objektiv als nach wie vor zumindest formal bestimmende Partei im Land, subjektiv als traditionelle Arbeiterpartei, die einen Teil ihrer Basis mit wegrationalisiert und noch kein vergleichbares sozio-kulturelles Äquivalent dazugewonnen hat. Die dreifache Problematik Österreichs wird zu einer sechsfachen für die SPÖ.

I.

Was rund um die Waldheim-Wahl — in Wirklichkeit schon beim legendären Reder-Frischenschlager-Handschlag — an verdrängter österreichischer Geschichte aufbrach, ist zusätzlich zum »nationalen« Problem, das die »christlich«-antisemitischen Wurzeln der ÖVP bloßlegte, die nach wie vor gegebene Integrationskraft der FPÖ unter ihrem neuen Führer Jörg Haider und insgesamt die fehlende Sensibilität der Öffentlichkeit für die Bedeutung eines halbwegs geordneten Verhältnisses mit der Vergangenheit, auch ein speziell sozialdemokratisches: Unabhängig zum verbalen Antifaschismus der SPÖ gibt es offenbar auch in ihr offene Rechnungen mit der Vergangenheit — etwa mit der Mitverantwortung der SP-Spitze für die Nicht-Rückholung vieler Emigranten nach 1945 bzw. für das Außer-Land-Ekeln weniger Ausnahmen (Otto Leichter, Julius Deutsch). Auch die SPÖ betrieb in manchen Bereichen (Kärnten, Akademiker) eine Integrationspolitik gegenüber Ex-Nazis — nicht nur personell, sondern vor allem auch ideologisch und politisch-praktisch (Politik gegenüber der FPÖ, insbesondere gegenüber der VDU), praktiziert im Burgenland und zuletzt in Kärnten in einer anfänglichen und erst von der Bundes-FPÖ torpedierten Anbiederung an die Landes-FPÖ samt offen rechtsradikalen »Auslegern«. Teile der SPÖ degradierten einen glaubwürdigen Antifaschismus zum politischen Kleingeld im taktisch betriebenen Geschäft der Tagespolitik.

II.

Die SPÖ hat ebenso wie die beiden anderen traditionellen Parlamentsparteien mit der Änderung der politischen Kultur, der Etablierung eines Vierparteiensystems zu kämpfen, das sich mittelfristig auch auf Landes- und Kommunalebene durchsetzen wird. Neben dieser naturgemäßen Konkurrenz in wahlarithmetischer Hinsicht scheinen weite Teile der Partei auf die dahinterstehende (qualitativ) bzw. davorliegende (zeitliche Abfolge) Veränderung besonders schlecht vorbereitet: Auf den zurückgehenden Einfluß von Großinstitutionen im allgemeinen und Parteien im besonderen, auf die wachsende Bedeutung von »single-issues-movements« (relativ stabilen »neuen

sozialen Bewegungen wie Ökologie — Frauen- oder Friedensbewegungen einerseits, aber auch kurzfristigen Bürgerinitiativen andererseits, die längst nicht mehr bloße Defensivaktionen von Begüterten sind, wie es die traditionelle Gegenpropaganda vermitteln will), auf die nötige Umstellung von längst überholten Formen der Parteiarbeit und dem dahinterstehenden Geist einer alle Lebensbereiche erfassenden »Familie« hin zu einem neuen Parteiverständnis, das auch neue Formen der Parteiarbeit mit hervorbringt.

III.

Die SPÖ hat derzeit am heftigsten von allen traditionellen »Lagerparteien« mit den sozialen Veränderungen Österreichs zu kämpfen. Im Zuge der derzeitigen Sparpolitik (in Wirklichkeit schon seit 1983) wird mit der Verstaatlichten Industrie die Hauptbastion der klassischen Arbeiterschaft in Österreich verkleinert — sozial, institutionell, ideologisch. Auch wenn man davon ausgeht, daß Großparteien in hochentwickelten Industriegesellschaften insgesamt keine geschlossenen Klassenparteien sein können (was auch die SPÖ längst nicht mehr war, spätestens seit 1970 nicht mehr, als die Kreisky-Erbfolge durch ein »Klassenbündnis« zwischen Arbeiterschaft, sozial aufgeklärten Teilen der Angestellten- und Beamtschaft sowie der Intellektuellen ermöglicht wurde) — es fehlt die klare geistige Orientierung, um die eine Bündelung verschiedener sozialer Interessen zu einem dauerhaften sozialen Bündnis möglich wäre. Der Versuch von Kanzler Vranitzky, durch eine Wiederholung der »Modernisierungs«-Parolen der siebziger Jahre an damalige Erfolge anzuschließen, klappt derzeit nur, was die Person Vranitzky angeht, nicht was die SPÖ insgesamt betrifft. Dazu würde es neben einer tiefgehenden Organisationsreform, die weit über die derzeit betriebene »Imagekorrektur« hinausgeht — des Abbaus von Berührungspunkten zum »neuen Mittelstand«, zu den neuen sozialen Bewegungen, zu den neuen Formen politischer Kultur und auch zu den Grünen als neuem Parteiphänomen in diesem sozialen Umfeld bedürfen. Nicht das jetzt betriebene Ausspielen verschiedener sozialer Interessen (etwa Arbeitsplatz- gegen Umweltschützer) muß die Aufgabe der SPÖ sein, sondern im Gegensatz Herstellung eines Bündnisses; nicht ein Hin- und Hertaumeln zwischen altväterlicher Ablehnung ungewohnter Formen sozialen und politischen Engagements und einfacher Nachäffung (Yuppie-Styling), sondern die Entwicklung eines neuen modern-sozialdemokratischen Eigenverständnisses — ideologisch, organisatorisch, kulturell —, das attraktiv genug ist, Elemente der »alten« Kernschichten ebenso anzusprechen wie neue Sympathisanten.

IV.

Die Sozialdemokratie wird nur dann den Modernisierungsprozeß in den hochindustrialisierten Ländern Europas hegemonial besetzen können, wenn sie eine ökosozialistische Bewegung wird. Das bedeutet: Die Verbindung »alter« sozialistischer Grundwerte — Gleichheit, Freiheit, Solidarität — mit dem »neuen« Grundwert Sicherung des Überlebens für alle, in sozialer, friedens- und umweltpolitischer Hinsicht. Auch dieser »neue« Grundwert schwebt nicht wertfrei über der traditionellen Klassen-

front: Nicht zuletzt materielles Profitinteresse trägt zur Aufrüstung bei. Aber: Der Grad der Gefahren ist ungleich größer geworden, die Zerstörung natürlicher Lebensressourcen und der Nuklearkrieg bedrohen Privilegierte ebenso wie Unterprivilegierte — wenn auch dadurch die »alten« (Über-)Lebensfragen noch nichts an Bedeutung verloren haben.

Im Gegenteil: Die Entwicklung Europas in den siebziger und achtziger Jahren hat all jene Lügen gestraft, die von einem krisenfreien Aufschwung des Kapitalismus ausgingen. Europa, dessen relativer Wohlstand auch auf der wachsenden Ausbeutung der »Dritten Welt« beruht, war nicht vor der Ausbreitung einer Massenarbeitslosigkeit gefeit, nicht vor anderen Symptomen der Entwicklung hin zu einer Zweidrittel-Gesellschaft (Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit, andere Formen der Segmentierung und Entsolidarisierung in den Gesellschaften, mitunter terroristisch ausgetragene soziale Spannungen), nicht vor einem sich verschärfenden Handels- und Währungskrieg mit den USA und Japan. Auch sozialdemokratisch regierte Länder haben sich dieser Entwicklung nicht entziehen können.

Zuletzt Österreich: Die 1986 sichtbar gewordene schwere Krise der Verstaatlichten Industrie, die Sparpolitik der Großen Koalition und die bloße Übernahme konservativ besetzter Begriffe und Rezepte haben deutlich gemacht, daß die Zeiten des »austrokeynesianischen« »österreichischen Wegs« nun auch ideologisch vorbei sind, nachdem sie materiell bereits seit Beginn der achtziger Jahre an Schlagkraft verloren haben. Alte sozialdemokratische Rezepte — soziale Reformen mittels eines starken verstaatlichten Sektors im nationalen Rahmen — haben in den siebziger Jahren funktioniert, heute nicht mehr. Will die SPÖ die schwierigste geistig-ideologische Krise ihres Bestandes schnell überwinden, muß sie rasch klare Konturen des Ökosozialismus entwickeln.

Umbau des Sozialstaates

Für Sozialdemokraten sollte das konservative Rezept eines Abbaus des Sozialstaates mittels einer Privatisierung sozialer Leistungen und/oder einer auch den Sozialbereich erfassenden bloß prozentuellen Kürzung aller Budgetbereiche ebenso unakzeptabel sein wie das defensive Festhaken an einer ausschließlich etatistisch orientierten Sozialpolitik, die durch die damit verbundene Bürokratisierung das Ihre zur Diffamierung des Sozialstaats beigetragen hat.

Freilich bedarf die nötige Dezentralisierung sozialer Leistungen auf kommunale und autonome Sozialträger finanzieller Unterstützung durch den Staat, wie es beispielhaft in Österreich bei der nun gekürzten experimentellen Arbeitsmarktpolitik geschehen ist. Wie überhaupt die budgetären Mittel für den Sozialbereich nicht gekürzt, sondern sinnvoller eingesetzt gehören, um die zwei zentralen Ziele — Vollbeschäftigung und Einführung eines Mindesteinkommens sowie einer Mindestpension (»Volkspension«) — erreichen zu können.

Als konkrete Teilelemente auf diesem Weg wird eine radikale Arbeitszeitverkürzung ebenso nötig sein wie die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung weg vom Berechnungsprinzip nach der Anzahl der Beschäftigten hin zu der nach

Wertschöpfung (»Wertschöpfungsabgabe«) und eine Vereinheitlichung der Sozialversicherungsträger.

Umbau der Budget- und Steuerpolitik

Angesicht eines tendenziell stagnierenden Wachstums der Wirtschaft und steigender sozialer Anforderungen stellt sich verschärft das Problem der Manövrierfähigkeit des Budgets. Die vielfach beschworene Sanierung des Staatshaushalts (obwohl die Pro-Kopf-Verschuldung des Staates in Österreich entgegen manchen Horrormeldungen noch weit geringer ist als in vergleichbaren europäischen Staaten wie etwa Schweden oder der Schweiz, aber auch Japan, der USA oder Kanada) wird sich keineswegs nur durch Ausgabenkürzungen bewältigen lassen, schon gar nicht durch solche mit dem »Rasenmäher« quer über alle Bereiche — tatsächlich ein Abschied von der Politik als gestaltendem Element des gesellschaftlichen Geschehens hin zu einer bloß technokratischen Krisenverwaltung.

Zentrales Element einer ökosozialistischen Budgetpolitik muß neben anderen Schwerpunktsetzungen bei der Ausgabenseite (Kürzung der Ansätze für Militär, staatliche Repräsentationen anderer Art und Kürzungen bei Sparförderungen und Agrarsubventionen zugunsten von Sozial- und Bildungsausgaben) vor allem eine Reform des unsozialen und unergiebigsten Steuersystems: Einführung einer Quellensteuer auf bisher illegal unbesteuerter Gewinne aus Kapital- und Spareinkommen, Streichung der vielen Ausnahmeregelungen, die vor allem Selbständigen Privilegien bringt, generell Erhöhung der Einkommen- und Vermögensteuern bei gleichzeitiger Senkung der Lohnsteuer. Schließlich Umbau der indirekten Steuern: Senkung der allgemein gültigen Mehrwertsteuersätze, Einführung von »ökologischen Lenkungssteuern«, auf Chemikalien und andere ökologisch schädliche Produkte.

Umbau der Wirtschaftspolitik

Die »altsozialistische« Strategie eines antikapitalistischen »Frontalangriffs« mittels bloßer Verstaatlichung großer Produktionseinheiten und etatistischer Wirtschaftslenkung ist in den hochindustrialisierten Ländern gescheitert. Gescheitert an den sich verstärkenden wechselseitigen ökonomischen und politischen Abhängigkeiten auf internationaler Ebene, gescheitert auch an den inneren Bürokratisierungstendenzen. Eine ökosozialistische Wirtschaftspolitik muß auf die Reform innerbetrieblicher Herrschaftsverhältnisse ebenso Wert legen wie auf die Erarbeitung von Konzepten wirtschaftsdemokratischer Rahmenplanung, die Unternehmerwillkür ebenso unmöglich machen soll wie rein industrialistisches Produzieren ohne Rücksicht auf ökologischen und volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Kontrolle privater ökonomischer Macht muß künftig weniger durch die Gegenmacht eines in sich selbst hierarchischen Staatsapparats erfolgen als durch die Gewinnung von Verbündeten auf allen Ebenen — auch in den Kommandozentren des Privatkapitals (wobei eine echte Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien kein Gegensatz, sondern vielmehr nötiges Begleitelement der Förderung von demokratisch-unternehmerischen Initiativen ist).

Wie überhaupt auch in diesem Bereich das Rezept nicht heißen kann: weniger Staat, sondern: ein anderer Staat. Einer, der den Produzierenden in allen Bereichen nicht als abstraktes Gegenprinzip, als abgehobene Bürokratie entgegentritt, sondern als Ausdruck des gesellschaftlichen Willens, die nötige Modernisierung der Produktionsstrukturen, die nötige Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur ausgebeuteten Mehrheit der Weltbevölkerung, die nötige Sicherung des Überlebens im nationalen und internationalen Maßstab anzugehen.

Umbau des Eigenverständnisses

Längst ist auch die SPÖ zumindest mit ihren führenden Kadern Teil der »politischen Klasse« geworden, die in allen Industriestaaten durch die enge Verfilzung mit ökonomischer und staatsbürokratischer Macht immer wieder Stoff für berechnete und/oder geschürte Empörung gegen »die da oben« oder »die Politik« generell liefert. Will die Sozialdemokratie wieder hegemoniale Kraft werden, bedarf es einer grundsätzlichen Umorientierung des Eigenverständnisses, des Politikbegriffs und des alltäglichen Verhaltens ihrer Träger. Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung für die Emanzipation der Schwachen, aber auch Garant für weitblickende Konzepte für das Überleben der gesamten Menschheit, die Sozialdemokratie als Wahrerin bürgerlich-demokratischer Freiheiten ebenso wie als Trägerin des Modernismus in humanen Dimensionen wird nur dann glaubwürdig sein, wenn sie in den eigenen Reihen einen schonungslosen Kampf gegen jede Form von Privilegien führt. Gegen Privilegien dem Geschlecht nach (Zwischenstufe Quotenregelung), dem Einkommen nach (Beseitigung jeder Form von Doppel- und Mehrfacheinkommen), der politischen Macht nach (Durchsetzung des Prinzips der geheimen Wahlen — auch im Gewerkschaftsbund —, der Abschaffung von Mehrfachfunktionen — auch von unbezahlten). Noch wesentlichlicher als diese formellen Regelungen ist aber eine atmosphärische, der Abbau von aggressiv und/oder intrigant ausgetragenen internen Auseinandersetzungen, die tatsächliche Öffnung gegenüber anderen politischen Ideen und Strömungen, das Verständnis für die wachsende Bedeutung des Kampfes um kulturelle, geistige, moralische, mediale Hegemonie.

Umbau der Parteiorganisation

Keine andere Sozialdemokratie ist quantitativ so stark wie die österreichische. Und keine andere hat in den letzten Jahren qualitativ so stark verloren. Der Mythos der Massen-Mitgliederpartei stimmt nicht mehr überein mit den faktischen Reaktionen auf soziale Veränderungen in der Gesellschaft, auf neue soziale Bewegungen, »Wertewandel« und ökonomische Veränderungen. Die Reaktion vieler Parteikader und dessen, was man gemeinhin Führung und Partei nennt, reicht vom Hinterher-Hinken über Ignorieren bis zum simplen Anbiedere. Völlig verschiedene Kulturmuster prallen in der SPÖ aufeinander, oft genug in bloßem Konflikt statt im konstruktiven Diskurs: »Basisarbeiter« gegen »Quereinsteiger«, »Nur-Kassierer« gegen »Nur-Intellektuelle«, »Traditionalisten« gegen »Geschichtslose«. Wobei empirisch klar ist, daß es den zentralen Bestandteil des Massenpartei-Mythos in spätestens zwanzig Jahren nicht

mehr geben wird: Die unermüdlichen Sektionsmitarbeiter, die noch heute einen Großteil ihrer Arbeit der Beschäftigungstherapie des Kassierens widmen (müssen). Je früher die organisatorischen Konsequenzen aus diesem durch geändertes Freizeit-, Kultur- und Medialverhalten erklärbaren Prozeß gezogen werden, um so besser zur Durchsetzung eines neuen Organisationsmusters:

- Neubestimmung der Auslesekriterien: Nicht mehr der bloße organisatorisch-bürokratische Beitrag mit bestimmter »Durchdiendauer« sollte über die Besetzung von Positionen entscheiden, sondern mindestens ebenso menschlich-geistig-soziale Kriterien.
- Neubestimmung des Organisationsprinzips: Die aus der Frühphase der Arbeiterbewegung kommende Organisierung nach Orts- und Bezirkssektionen gehört zumindest ergänzt durch die Anerkennung von anderen, sozial oder themenmäßig konstituierten Gruppen als gleichberechtigte Organisationsteile (Frauengruppen, Friedens- oder Ökoinitiativen, Bürgerinitiativen aller Art).
- Neubestimmung des Parteicharakters: Parteien insgesamt, vor allem sozialdemokratische mit einem so skizzierten Eigenverständnis, werden künftig stärker denn je nur mehr dann dem »Amerikanisierungsdruck« in Richtung eines bloßen Lobbyistenvereins zur Erreichung bzw. Erhaltung der Macht einzelner Cliques widerstehen, wenn sie von »verstaatlichten« wieder zu »vergesellschaftlichten« Gruppen werden. Wenn ihre lokalen und humanen Ressourcen zu Transmissionsriemen von »unten« nach »oben« werden und nicht umgekehrt. Wenn ihre Basisorganisationen als Muster sozialen Lernens und sozialer Kontrolle im überschaubaren eigenen Bereich funktionieren und nicht als Ort der »Linienausgabe«.

Linke Theorie

Sigurd v. Ingersleben

Linke Zustände

1.

Die orthodoxe marxistische Linke hat seit Jahren Bauchschmerzen und erleidet derzeit einen akuten Durchfall. Ursache ist nicht etwa der Genuß der reifen Früchte »neuen«, undogmatischen Denkens, sondern der jahrelange frivole Nießbrauch unreifen Pflanzobstes aus realsozialistischem Überbau sowie saurer ökologischer Trauben. Aus Unlust an Modernisierungen des Kapitalismus ebenso wie seiner linken, vor allem kommunistischen Parteien und nicht zuletzt ihrer analytischen Instrumente hatten sich relevante Teile der marxistischen Linken jahrzehntelang nachgerade fundamentalistisch auf die für unverfälscht gehaltenen Produkte aus orthodoxem Anbau eingeschworen.

* * *

1976 grenzte Perry Anderson den westlichen gegen den deformierten östlichen Marxismus ab. Er berief sich dabei für den ersteren auf eine eigenständige westeuropäische Traditionslinie marxistischer Theoriebildung, die er jedoch ebenfalls einer scharfen Kritik unterzog, bevor er die trotzkistische Katze eines integrativen marxistischen Neuanfangs aus dem Sack ließ.

Es habe eine geographische und generationsmäßige Verschiebung der Theoriebildung stattgefunden, Kennzeichen dieser Verschiebung sei die Abwendung von den großen ökonomischen und politischen Problemen zugunsten der Konzentration auf Strukturen des Überbaus. Fortan sei es weniger um Staat und Recht als vielmehr um Kultur gegangen. Lukács, Adorno, Benjamin, Goldmann, della Volpe und Marcuse stehen nach Anderson ebenso in dieser Tradition wie Sartre oder Althusser. Lediglich Gramsci habe Autonomie und Wirksamkeit kultureller Überbaustrukturen als revolutionäres Politikfeld begriffen.

Distanz zum politischen Handeln und nationale Abschottung seien die Regel gewesen. »Die Philosophen dieser Tradition, die sich selbst einer Sprache bedienen, die komplex und tiefgründig wie nie zuvor war, (waren) praktisch ohne Ausnahme höchst provinziell und uninformiert.« Resignative Kirchturmmentalität und Desinteresse an Denksystemen von jenseits der Landesgrenzen hätten im Ergebnis die Herausbildung eines kohärenten Bewußtseins von der Gestalt des westlichen Marxismus als ganzem verhindert.

Andersons durchschaubarem Versuch der Theorielenkung war kein Erfolg beschieden. W.F. Haug hat dazu eine lesenswerte Replik verfaßt, die Andersons »abstrakt-revolutionaristische Perspektive« und seine *Hyde Park Corner*-Mentalität geißelt, vor allem aber durch Betroffenheit besticht (*Argument* 110/1978).

2.

Die marxistische Theoriebildung in der Bundesrepublik, soweit sie sich mit *Überbau-problemen* und *Ideologiekritik* befaßt, hat es denn auch weniger mit nationaler Beschränktheit oder Uninformiertheit als vielmehr mit ebenso zwanghaften wie unzureichenden Kohärenzbemühungen zu tun.

Wenn Jean Améry 1967 Ideologie als geistiges Referenzsystem (im Gegensatz zu Doktrin oder Dogma) definierte, so wollte er den Ideologiebegriff nicht ideologie-immanent, nicht im Rahmen einer Ideologie, sondern generell ideologiekritisch fassen. *Ideologiekritik* sollte nicht nur die Versteinerung ideologischer Systeme verhindern, sondern auch die Unterscheidung sinnhafter von sinnlosen, nämlich inhumaner von humanen Ideologien leisten. Améry bestand darauf, daß sowohl »geistige, emotional geladene Referenzsysteme« als auch »prinzipieller Ideologieverzicht« *Unfreiheit bedeuten* (*Vorgänge* 3/1967).

Dagegen ist für W.F. Haug der Marxismus als Methode von vornherein anti-ideologisch, obwohl er in seinen »Umrissen zu einer Theorie des Ideologischen« die »innere Widersprüchlichkeit der ideologischen Mächte« konstatiert (AS 40/ 1979).

Tatsächlich sind die Widersprüche und Wechselwirkungen zwischen Emotionalität und Rationalität, zwischen Objektivismus und Subjektivismus, Idealismus und Materialismus, Utopismus und Realismus — wie sie in jedermann stecken und jedermann umtreiben, so banal das auch klingen mag — das uneingestandene und deshalb unverstandene *dialektische Programm* der Ideologiekritik.

* * *

Die seit den sechziger Jahren im Umkreis des *Arguments* veröffentlichten Arbeiten zu einer marxistischen Überbautheorie (in Ergänzung der Marxschen politischen Ökonomie) sind hinsichtlich ihrer Systematik nur selten über das Stadium einer enzyklopädischen Analytik (analog zum naturwissenschaftlichen *Reduktionismus*) hinausgekommen. Das *Argument* hat sich denn auch auf das von Walter Jens verliehene Prädikat einer »Berliner Enzyklopädie« viel zugute gehalten.

Haug's Kritik des, mit Verlaub, hausgemachten »Absurdismus« reduzierte ihren Gegenstand auf eine Abrechnung mit Sartres Existentialismus nach dem Elch-Prinzip.

Peter Furths Verriß von Marquerite Duras' *Hiroshima mon amour* in *Argument* 17/1960 kann man nur als ignorant bezeichnen (s. *Düsseldorfer Debatte* 10/86).

An Ionesco, Beckett oder Arrabal hat sich im *Argument* nie jemand herangewagt.

Seine Kritik der »Warenästhetik« hat Haug — seinen Ankündigungen zum Trotz — nicht in eine eigenständige kritische Ästhetik umgesetzt, sondern in den ökonomischen Kategorien der Monopoltheorie verschlissen.

Das »Projekt Ideologie-Theorie« vermochte seinen vemessenen Anspruch, »die gesamte Theorie und Politik der sozialen Bewegung — zumindest skizzenhaft — aufzurollen und neu zu fassen«, nicht einzulösen. Es blieb in Einzelanalysen stecken und wurde gekrönt von Haugs bereits zitierten »Umrissen zu einer Theorie des Ideologischen«. Schon der Titel signalisiert Hilflosigkeit und die Aufgabe des Anspruchs einer umfassenden Theorie des Ideologischen.

Die Konsequenz war indes keineswegs die Überprüfung des enzyklopädischen Ansatzes oder der Analyseinstrumente. Das Dilemma wurde lediglich umdefiniert zum Notprogramm eines »pluralen Marxismus«.

Holzkaamp in den siebziger Jahren gefeierte, ähnlich anspruchsvoll auftretende »Kritische Psychologie« brachte es zwar zu einem in sich geschlossenen marxistischen Theoriemodell. Die Etablierung als eigenständige Schule mißlang aber wegen der empirischen und praktischen Defizite dieses Ansatzes.

Dem Einfluß des IMSF (soweit dort überhaupt ideologiekritisch gearbeitet wurde) waren — trotz beachtlicher Aktualisierungsversuche — von vornherein enge dogmatische Grenzen gesetzt, die von dem dort versammelten Theoriepotential nie in Frage gestellt wurden.

* * *

Von all diesen ideologietheoretisch interessierten marxistischen Zirkeln wurde zum Beispiel die zweifellos unvollständig, den »neuen Akkumulations- und Produktivkrafttyp in den kapitalistischen Zentren« (Fülberth) ideologiekritisch aber ungleich zutreffender erfassende Herrschaftsanalyse in *Foucaults* Spätwerk gemieden wie das Weihwasser, *Elias'* kulturtheoretischer Versuch »Über den Prozeß der Zivilisation« ignoriert.

Die orthodox geprägten Theoretiker verweigerten sich solchen Versuchen einer mentalen Geschichtlichkeit, obgleich keineswegs das Konzept gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit, sondern die Validität spezifischer Kategorien dieses Ansatzes zu überprüfen ist. Der von Anderson abgemahnte Provinzialismus nimmt hier konkrete Gestalt an.

* * *

Aufschlußreich ist ferner, daß die *Klassenanalysen* nach Marx, Lenin und Gramsci allenfalls im Rahmen nicht-marxistischer Schichtungs- und Stratifikationsforschung sowie eher historischer Sozialstrukturforschung fortgeschrieben wurden. Marxistische Untersuchungen dagegen befaßten sich bevorzugt mit Imperialismus und Dritter Welt oder mit historischen Fragen der kapitalistischen Entwicklung.

Den hiesigen Marxisten entgingen die — im Sinne gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit absehbaren — Verschiebungen innerhalb der eben nicht mehr homogenen, als »das Proletariat« faßbaren Arbeiterklasse. Der unübersehbare Übergang etwa vom Status des *Facharbeiters* zu dem des technischen *Angestellten* und die entsprechenden Bewußtseinsänderungen in Richtung Kleinbürgertum wurden nicht zur Kenntnis genommen.

Deshalb befand es auch niemand für nötig — und das ist der politische Zusammenhang —, die altfränkischen Kampfformen der marxistischen Linken zu überdenken und dem nach wir vor virulenten Proletkult ein Ende zu bereiten.

Weshalb sich etliche Kulturpragmatiker, derart allein gelassen, in einen halsbrecherischen »linken« Populismus flüchteten.

* * *

Die anhaltende technologische Duldungsstarre orthodoxer Marxisten erklärt sich aus ihrem Begriff gesellschaftlicher Produktivität. Marxistische *Technikkritik* definiert ihren Gegenstand ökonomisch und soziologisch. Monopoltheorie und Probleme der Automation und Qualifikation stehen im Vordergrund — weshalb der Zwiespalt zwischen Fortschrittsglauben und Hiroshima-Trauma drei Jahrzehnte lang als Imperialismusproblem geführt wurde.

Die Ideologietheoretiker haben — offenbar unter dem Eindruck der »bloß« *materiellen* Auswirkungen der Destruktivkräfte — bislang nicht begriffen, daß der Widerspruch zwischen Produktiv- und Destruktivkraft nicht nur eine Revision des klassischen Produktivkraftbegriffs erfordert, sondern völlig neue ideologietheoretische Perspektiven erzwingt. Der von Haug behauptete »Bruch mit dem Ökonomismus« ist offenkundig nicht vollzogen worden.

Die Platttheit eines Ästhetikbegriffs, der sich auf die Warenform beschränkt und deren ideologischen Inhalt lediglich ökonomisch formalisiert, wird sichtbar.

Ein verdreckter, stinkender Fluß, in dem man nicht mehr baden kann und an dem man nur widerwillig spazierengeht, kann ökonomisch als Ergebnis rücksichtsloser Produktivkraftentwicklung erklärt werden. Hingegen kann der Verlust an Lebensqualität schon nicht mehr ausschließlich ökonomisch eingegrenzt werden. Der Ekel aber ist nur noch ideologisch faßbar.

Eines Tages wird Haug wieder Sartre lesen, werden die marxistischen Ideologietheoretiker begreifen, daß auch Verzweiflung, Angst und Zynismus nicht nur zulässige, sondern notwendige Ideologiethemen sind — mit allen theoretischen und politischen Konsequenzen.

* * *

Die *Frauenbewegung* versank über weite Strecken in den Silen »alternativer« Neo-Mütterlichkeit oder sich selbst überschätzender, zunehmend betont feministischer Frauenzirkel. Vom etatistischen *flop* der Pornodebatte aus dem Hause Schwarzer und den ach so anti-etatistischen AIDS-SelbsthelferInnen ganz zu schweigen.

Dennoch kommt Frauenpolitik derzeit ohne großartige Ideologiestrangungen aus, sondern lebt im Gegenteil von einem Pragmatismus, der aufs individuelle und politische Ganze geht. Marxistinnen spielen dabei keine hervorragende Rolle.

* * *

Den nervösen Versuch einer linken Begriffsbesetzung in Sachen »Nationalismus« — angezettelt von Peter Brandt — will heute nicht einmal mehr Kühnl — als einer der Protagonisten jener Veranstaltung — angesichts der für diese Bemühungen dankbaren Unionsparteien wahr haben.

3.

In den *Marxistischen Blättern* (12/87) konstatierte Fülberth mit damals bemerkenswerter Deutlichkeit den Niedergang der kommunistischen Parteien in den westlichen Industriestaaten. Als altgedienter Aporetiker ventilierte er deshalb deren Umbau zu »kleinen, theoretisch qualifizierten marxistischen Organisationen mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten«, um »aus einer gegebenen, vorerst nicht veränderbaren Situation für rational nach wie vor begründete Positionen das Herauszuholen, was ohne Verzicht auf diese Prinzipien erreichbar ist.«

Dieser gequälte Minimalismus war der Nachvollzug längst stattgehabter Entwicklungen, den man in Düsseldorf zwar nicht gerne hörte, aber ob seines unverändert dogmatischen Grundtons offenbar schlecht zurückweisen konnte. Immerhin ging es um das Abrücken der Marxisten-Leninisten von der Leninschen »Partei neuen Typs« und um »den Struktur-Umbruch in der Arbeiterklasse selbst: das Abschmelzen ihres traditionellen Kerns, die Einbeziehung großer Teile der Intelligenz in die ganz normale Lohnabhängigkeit einerseits, andererseits die Übernahme ihrer Lebensweise durch die Mehrheit der Klasse. Es gibt keine kommunistische Partei der überkommenen Art, welche dieser neuen Komposition der Arbeiterklasse gerecht würde.«

Die doppelt blasphemische These von der Übernahme der Lebensweise »der Intelligenz« seitens der Mehrheit »der Klasse« nach Einbruch einer neuen Schicht lohnabhängiger *Inhaber akademischer Zertifikate* in die Lohn- und Gehaltsdomänen der *Facharbeiter* und *technischen Angestellten* blieb übrigens unwidersprochen.

Fülberths Versuche in *Volkszeitung* und *konkret*, neue soziale Bewegungen, Ökosozialisten und Marxisten — in Abgrenzung von den DKP-Erneuerern — in einer irgendwie radikalen Bewegung zusammenzubringen ist ein Rückfall in den Voluntarismus der sechziger und siebziger Jahre. Der avisierte Rückgriff auf die Autonomen spekuliert auf deren Entschlossenheit, dürfte sich aber angesichts deren politischer Unverbindlichkeit und hemmungsloser Gewalttätigkeit eher als Sprengmittel eines solchen Unternehmens erweisen.

Andererseits greift die Auseinandersetzung der DKP-Erneuerer mit ihrer Führung sichtlich zu kurz. Schließlich ist deren Orthodoxie und Unbeweglichkeit zu einem gut Teil das Resultat ihrer Anbindung an die SED. Hat sich deshalb die DKP nie von der Aura einer »Agentur der anderen Seite« befreien und zu einer eigenständigen, genuin in den politischen Verhältnissen und Kontroversen in der Bundesrepublik gewachsenen und bewährten Partei entwickeln können, müßte diese Frage heute im Mittelpunkt der Erneuerung stehen.

1967 gab es Stimmen, die damals in greifbare Nähe gerückte Aufhebung der KPD-Verbots abzuwarten und erst dann aus eigener politischer Kraft eine bundesrepublikanische marxistische Partei jenseits der Orthodoxie aufzubauen. Eine solche Partei hätte

damals erheblichen Einfluß gewonnen und als reales Korrektiv der Sozialdemokratie eine gewichtige Funktion übernehmen können.

Die marxistischen Sozialdemokraten haben es mit der umgekehrten Situation zu tun. Die Zeiten, da die SPD als Erfüllungsgehilfe Moskaus diffamiert wurde, sind Geschichte. Die gestandene Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition bestimmt bis heute das Ost-West-Verhältnis, die Abgrenzung der SPD zur SED hat den Dialog mit der SED nicht verhindert.

Sozialdemokratische Marxisten spielen in diesen Politikdimensionen keine Rolle. Ihre Politikmöglichkeiten beschränken sich auf parteiinterne Funktionen und Diskussionen. Doch selbst der Programmentwurf vom März 1989 signalisiert eher, daß die SPD derzeit nicht programmfähig ist, als einen markanten Einfluß der beteiligten Marxisten.

4.

Fülberths Versuche, den unhaltbaren Begriff des *Spätkapitalismus* durch Etüden über die Periodisierung des Kapitalismus' vom Tisch zu kriegen, tremolieren binnen weniger Wochen und mehrerer Periodika zwischen vier oder fünf Etappen. Mit einer fundierten politikwissenschaftlichen Analyse wäre da sicherlich mehr zu erreichen als mit derlei journalistischen Scharmützeln *à gogo*.

Fülberths lammfromme Periodisierung linker Parteytypen ist die Druckerschwärze nicht wert und dient der Rechtfertigung seiner sozialrebellischen Auffanglinien im Rückgriff auf historische Bewegungen, die Hobsbawm wegen ihres vorsozialistischen Bewußtseins als *Primitive Rebels* bezeichnet hat.

Doch werden künftig nicht radikalere und entsprechend isolierte, sondern nur breite Bündnisse eine politische Rolle spielen.

* * *

In dieser Republik gibt es nur wenige marxistische Lehrstuhlinhaber, die die immensen und vorstehend *so* falsch wohl nicht beschriebenen Defizite marxistischer Analyse und Theoriebildung *qua professione*, also mit *Sachverstand und ganztags*, angehen können.

Mit einer Analyse des Konsens' kapitalistischer Modernisierung in der Bundesrepublik oder ihrer realen Politikmöglichkeiten wäre der aufgemischten marxistischen Linken sicherlich mehr gedient als mit Fülberths traumtänzerischen Rückgriffen auf linksradikale Artefakte in Theorie und Praxis.

DDR

Andreas Wehr

Die Gefahr kommt aus dem Osten

Acht Thesen zur Entwicklung der DDR und zu den Aufgaben von Marxisten in der SPD

1.

Mit der Massenflucht durch das geöffnete Südtor haben die Umwälzungen in den sozialistischen Ländern auch die DDR erreicht. Was ist eigentlich geschehen, daß plötzlich die Grundlagen der Politik der DDR in Frage gestellt sind? Über den unverminderten Ausreisedruck hätte sich eigentlich niemand wundern dürfen — die DDR hat ja nicht ohne Grund die Mauer gebaut, sie beständig perfektioniert und ihr vor kurzem noch eine Lebensdauer von 50 bis 100 Jahren prophezeit — so Honecker. Die offizielle Kampagne gegen die bundesdeutschen »Verführer und Abwerber« geht hingegen ins Leere. Die bundesdeutschen bürgerlichen Medien haben sich nicht geändert, jede Schwäche der DDR-Führung wird von ihnen genutzt, sie zu unterminieren. Geändert hat sich allein die Bereitschaft der übrigen sozialistischen Länder, auf die Besonderheiten der DDR weiterhin Rücksicht zu nehmen. Es geht dabei schon lange nicht mehr nur um Ungarn. Mindestens genauso wichtig ist die Haltung der übrigen sozialistischen Länder, die — mit Ausnahme Rumäniens — die Öffnung der Grenzen achselzuckend zur Kenntnis nahmen. Der sowjetische Außenamtssprecher sprach von einer »ungewöhnlichen Entscheidung«, selbst die tschechische *Rudé Právo* weigerte sich, Ungarn zu verurteilen und kritisierte lediglich Bonn, weil es nicht auf die Vorschläge der DDR eingehe. Sie forderte, die »Souveränität der DDR zu respektieren« und »zugleich das Recht des Bürgers, sich zu entscheiden« (*Neues Deutschland* 18.9. 89). Kein Wort mehr von »Nacht- und Nebel-Aktion« oder gar von »Verschleppung«.

2.

Die Aufkündigung der vertraglichen Vereinbarung zwischen Ungarn und der DDR über die gegenseitige Behandlung ihrer Staatsbürger und die gelassene Reaktion vor allem der Sowjetunion ist nur ein Resultat — wenn auch ein äußerst bedrohliches für die DDR-Führung — des gegenwärtigen Umwälzungsprozesses im sozialistischen Lager.

Die Veränderungen in der Sowjetunion geben in den übrigen sozialistischen Ländern den Weg frei für eine Austragung der Widersprüche, bei der die inneren Verhältnisse nicht mehr dominant durch den Druck von außen strukturiert werden. Als Folge davon vergrößern sich die Unterschiede zwischen den Staaten des ehemaligen Blocks. Vor

allein die Situation und die Stellung der einzelnen kommunistischen Parteien weichen immer stärker voneinander ab. Ging in der Sowjetunion der Reformprozeß von der KPdSU selbst aus, und hat sie gute Chancen, weiterhin an der Spitze der Entwicklung zu bleiben, so wurde in Ungarn die Parteiführung von populistischen Kräften übernommen, um die gesamte Partei als führende Kraft abzulösen. In Polen führte die Aufgabe der Breschnew-Doktrin und die ausdrückliche Anerkennung unterschiedlicher nationaler Wege zum längst fälligen Nachgeben gegenüber den übermächtigen Kräften der Opposition. Diese Entwicklung wäre bereits 1981 fällig gewesen.

Es ist unverkennbar, daß in den Ländern, die keine autochthonen Revolutionen hervorbrachten, in denen der Sozialismus mit den Panzern kam, die Führungsrolle der Kommunisten mit Fortschreiten des Reformprozesses schnell in Frage gestellt und der Übergang zu einem Mehrparteiensystem angestrebt wird. Erfahrungen mit bürgerlichen Regimen in der Zwischenkriegsperiode und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren sind dabei ebenso prägend wie der sehr viel engere Kontakt mit dem Westen. Anders die Sowjetunion: Hier ähneln bestenfalls die Auseinandersetzungen im Baltikum den Konflikten in den kleineren europäischen sozialistischen Ländern.

3.

Die gegenwärtige Krise der SED, ihre offenkundige Sprach- und Hilflosigkeit gegenüber den sie inzwischen unmittelbar bedrängenden Veränderungen im sozialistischen Lager, folgt aus ihrer Fehleinschätzung des 1985 in Gang gekommenen Reformprozesses in der Sowjetunion. Offensichtlich glaubte man ernsthaft, daß Glasnost und Perestrojka lediglich Antworten auf Versäumnisse in der sowjetischen Volkswirtschaft darstellen, die den besonderen Verhältnissen in der UdSSR geschuldet und auf dieses Land begrenzt seien. Man hatte ja bereits Erfahrungen mit Interessenunterschieden gegenüber der Sowjetunion: In der ersten Hälfte der achtziger Jahre verstand es die DDR in einer Zeit internationaler Abkühlung geschickt, die eigenen Interessen an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik zur Geltung zu bringen. Doch indem Gorbatschow den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern eine neue Qualität gab, den einzelnen Staaten ausdrücklich nationale Wege zum Sozialismus einräumte, zerstörte er das traditionelle Geflecht der internationalen Beziehungen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten, auf die die gegenwärtige Politik der DDR so dringend angewiesen ist.

Mehr noch: Die Integration marktwirtschaftlicher Elemente in die Volkswirtschaften einiger sozialistischer Länder muß tiefgreifende Rückwirkungen auch auf die Ökonomie der DDR selbst haben. Ähnlich wie die Bundesrepublik erwirtschaftet sie mehr als die Hälfte ihres Nationaleinkommens auf dem Weltmarkt. Die Sowjetunion ist dabei mit einem Anteil von etwa 40 Prozent der mit Abstand größte Handelspartner. Allein beim Maschinenbau gehen 66 Prozent des Exports in die sozialistischen Länder. Die Abkehr von der starren Planwirtschaft dort erzwingt auf Grund der engen Verflechtung eine andere Außenwirtschaftspolitik der DDR. So steigt überall die Zahl der eigenverantwortlichen Geschäftspartner (zum Beispiel mit der UdSSR bereits jetzt von 72 auf mehr als 300) und natürlich auch deren Interesse an niedrigen Preisen und ganz

bestimmten Waren. »Die historisch gewachsenen Abhängigkeiten vor allem von der Sowjetunion (u. a. Hauptlieferant der lebensnotwendigen Rohstoffe) und die damit verbundene Ausrichtung der DDR-Industrie auf die Bedürfnisse dieses Landes haben den zweiten deutschen Staat fest an das Schicksal seines 'großen Bruders' gebunden« (SZ v. 10.9.89).

4.

Für die SED geraten in den vergangenen 40 Jahren unangetastet geltende Grundsätze jetzt in Bewegung. War es bisher immer klar, daß die Sowjetunion gerade an der Nahtstelle zwischen den beiden Gesellschaftssystemen keine eigenständige Bewegung zulassen werde, so fordert sie sie jetzt geradezu. Die von ihr durchgesetzten Veränderungen der zwischenstaatlichen Beziehungen im ehemaligen Block erzwingen radikale Einschnitte, handelt es sich doch bei der DDR nicht um eine eigenständige Nation, sondern um einen Staat, der in beständiger Konkurrenz zur übermächtigen Bundesrepublik den Sozialismus sowjetischer Prägung schon bisher nur mühsam im Bündnis und unter dem Schutz der sozialistischen Staatengemeinschaft aufrechterhalten konnte.

Das, was die Linke im Westen über Jahrzehnte erhofft hatte — die Emanzipation von der Vormundschaft durch die Sowjetunion —, scheint jetzt greifbar. Doch ausgerechnet heute weiß die SED-Führung damit wenig anzufangen — in unerträglicher Arroganz hält sie starr an den alten Konzepten fest.

Fordert die Sowjetunion, daß sich die DDR den veränderten Bedingungen möglichst schnell anpaßt, so drückt sich gerade darin ihr ungeschmälertes Interesse an ihrer Stabilität aus. Wer — wie viele konservative, inzwischen aber auch linke Träumer — die gegenwärtige Krisensituation als erste Phase einer sich anbahnenden Wieder- oder Neuvereinigung mißversteht, der irrt gründlich. Reformen in der DDR sind notwendig, gerade um den Staat stabil und die Grenzen unverrückbar zu halten. Zur Erinnerung: Noch immer stehen rund 380 000 Mann sowjetischer Truppen in der DDR, der zweite deutsche Staat bildet einen Eckstein in der sowjetischen Strategie — nach den Entwicklungen in Polen ist er vielleicht noch wichtiger geworden. Eine deutsche Wiedervereinigung ist zudem so ziemlich das Letzte, was die übrigen europäischen Nachbarn — allen voran Frankreich — wünschen.

5.

Wenn jetzt den europäischen RGW-Ländern der nationale Weg zum Sozialismus zugestanden, ja solche Selbständigkeit sogar erwartet wird, muß sich die DDR eingestehen, daß sie keine eigene Nation, sondern nur ein Teil einer solchen ist. Mit tausend Fäden — kultureller, geschichtlicher, familiärer, politischer Art — sind die beiden Deutschlands weiterhin miteinander verbunden. Sie sind zudem keine gleichstarken Partner. Die DDR, gerade so bevölkerungsreich wie das Bundesland NRW, ist der ungleich schwächere Teil. Ein »Sozialismus in den Farben der DDR« ist nur vorstellbar, wenn er diese Grundbedingung zum Kernbestandteil seiner Politik erklärt. In einem Beitrag für Radio DDR hat Otto Reinhold auf diese Bedingung indirekt hingewiesen: »In der DDR mußte schon immer die sozialistische Gesellschaft unter weltoffenen

Bedingungen gestaltet werden. Diese Weltoffenheit wird in den neunziger Jahren ohne Zweifel eine neue Dimension erreichen. Daraus ergeben sich aber nicht nur Schlußfolgerungen für die Wirtschaft, sondern auch für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.« (*taz* v. 28.8.89) In gewisser Weise könnte dabei an die Politik der fünfziger Jahre angeknüpft werden. Die damals noch offene gesamtdeutsche Perspektive kann zwar nicht rekonstruiert werden. Immerhin versteht sich die DDR in der Systemkonkurrenz nach wie vor als das bessere Deutschland und nicht bloß als ein deutschsprachiger Staat wie andere, zum Beispiel Österreich. Dies bedeutet:

- Der wachsende ökonomische Abstand zur Bundesrepublik könnte durch Integration marktwirtschaftlicher Elemente in die Volkswirtschaft verkleinert werden. Ohne eine deutliche Ausweitung und Verbesserung der Konsumgüterproduktion wird der Abwanderungsdruck nicht nachlassen. Die Wiederbelebung kapitalistischer Konkurrenz und Duldung kapitalistischer Anarchie in einzelnen Bereichen muß dabei nicht — genauso wenig wie in Polen oder Ungarn — automatisch zur Wiedererrichtung des Kapitalismus führen. Entscheidend ist, daß der marktwirtschaftlich ausgerichtete Sektor nicht zum dominierenden Wirtschaftssegment wird. Vor allem aber: Die Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums läßt — anders als in den kapitalistischen Ländern — immer den korrigierenden Eingriff unter sozialen Gesichtspunkten zu.
- Der in der DDR erreichte Entwicklungsstand, vor allem aber die tagtäglich über die Medien vermittelte westliche Öffentlichkeit, erfordern eine völlig veränderte Konsensbildung. Unabdingbar ist die offene Aussprache und Meinungsbildung in aller Öffentlichkeit.
- Auf der Grundlage der Respektierung des gesellschaftlichen Eigentums sollten unterschiedliche politische Strömungen und Parteien um den politischen Kurs des Landes konkurrieren können. Eine solche Konkurrenz wird langfristig nur durch Wahlen auf allen staatlichen Ebenen auszutragen sein. Neben der Etablierung neuer Parteien und der Verselbständigung der ehemaligen Blockparteien steht die sozialdemokratische Frage zur Lösung an. Die 1946 aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD entstandene SED definierte sich in den ersten Jahren ausdrücklich als sozialistische Partei außerhalb der Tradition der kommunistischen Bewegung. Womöglich kann ein Flügel der heutigen SED diese sozialistische Tradition wieder aufnehmen und zu einer eigenständigen Kraft werden.

6.

Eine solche Reformpolitik könnte an das Alltagsbewußtsein der DDR-Bewohner anknüpfen:

- Das Land erbringt beispielhafte soziale Leistungen (u.a. in den Bereichen Mieten, Gesundheit, soziale Sicherung), die durchaus von der Bevölkerung geschätzt und als unverzichtbare Elemente der sozialistischen Gesellschaft begriffen werden.
- Auf Grund der traditionellen Verankerung sozialistischer Grundauffassungen — erinnert sei nur an die links-sozialdemokratische Tradition in Sachsen und Thüringen — besteht über den Sinn gesellschaftlichen Eigentums an Banken,

Schlüsselindustrien, an Grund und Boden und am Grundbesitz ein breiter Konsens.

- Durch die ungehinderte Verbreitung der westlichen elektronischen Medien in der DDR und die vielfältigen familiären und freundschaftlichen Kontakte zwischen den Bewohnern beider deutscher Staaten sind die DDR-Bürger auch über die Schattenseiten der BRD informiert und machen sich über die Segnungen des Kapitalismus in der Regel keine Illusionen. Reformen, die aus der DDR ein Land mit Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit machten, in dem außerdem die Ausbeutung der Dritten Welt ein unverzichtbarer Bestandteil darstellt, werden von der Bevölkerungsmehrheit nicht gewünscht.

7.

Die Stabilität der sozialistischen Grundlagen in der DDR und damit auch die Fähigkeit der SED, weitgehende Reformen einleiten zu können, hängt auf Grund der engen Verknüpfung der beiden deutschen Staaten ganz wesentlich auch von dem Schicksal der sozialistischen Idee im Westen ab. Niedrige Mieten und geringe Preise für Grundnahrungsmittel, eine Arbeitsplatzgarantie und die wenigstens im beruflichen Bereich erreichte annähernde Gleichstellung der Frauen können auf Dauer auch in der DDR nicht viel zählen, wenn sie nicht zugleich auch in der Bundesrepublik im Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen stehen.

Mit der Linken ist es aber gerade bei uns nicht zum Besten gestellt. Mehr als zwei Millionen Arbeitslose haben den sozialen Konsens nicht gefährden können. Zunehmende Wohnungsnot und die Ausgliederung eines immer größer werdenden Bevölkerungsteils — vor allem in den Großstädten — aus dem Erwerbs- und damit auch aus dem Konsumleben sind in der Bundesrepublik bestenfalls ein Thema für die Kirchen. Für die große Mehrheit der Lohnabhängigen, und dies gilt auch für ihre Organisationen, bleibt die Vermehrung des über einen wachsenden Konsum definierten Wohlstands weiterhin entscheidend für die Bewertung der bundesdeutschen Gesellschaft. Dieser Lebensstil wird heute bestenfalls mit Hinweis auf seine fatalen ökologischen Folgen in Frage gestellt. Und doch gibt es Ansatzpunkte für die Thematisierung der sozialen Frage. Die Wahlerfolge der Republikaner sind auch Ausdruck für die politische Vernachlässigung der Interessen von Deklassierten und von sozialer Not Herabgedrückter. Die akute Wohnungsnot erfordert in allen Großstädten der Bundesrepublik die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus. Die Berliner Abgeordnetenhauswahlen wären Anfang 1989 nicht ohne den vorangegangenen Kampf gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung gewonnen worden.

Die Abhängigkeiten der beiden deutschen Staaten bedeuten umgekehrt, daß die SED nur existieren kann als Teil der deutschen Linken. Ihre bisherige Haltung, alle linken Positionen außerhalb der engen traditionellen KPD-Linie mit Verachtung zu strafen, ist dabei nicht hilfreich. Die Orientierung der deutschen Kommunisten späters ab Ende der zwanziger Jahre am sowjetischen Modell war eine der Ursachen für die fatale Auseinanderentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Es wäre an der Zeit, den Gründungsaufbruch der KPD vom 12. Juni 1945, wonach die Kommunisten nicht beab-

sichtigen, »das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen«, nicht nur — wie jetzt geschehen — taktisch gegen die gegenwärtigen Veränderungen in der Sowjetunion ins Spiel zu bringen, sondern zum Ausgangspunkt einer strategischen Neubestimmung des Kurses der deutschen Kommunisten zu nehmen.

8.

Hat die Linke im Westen angesichts der Krise in der DDR ihre Deutschlandpolitik grundlegend zu überprüfen oder gar zu korrigieren? Zunächst einmal hat jede Politik gegenüber der DDR von der Notwendigkeit der Zweistaatlichkeit auszugehen. Wer daran rührt, stellt die europäische Nachkriegsordnung in Frage und gefährdet damit jeden Reformprozeß in den sozialistischen Ländern, auch und gerade den in der Sowjetunion. Die SPD ist gut beraten, an ihrer Konzeption einer zweiten Phase der Entspannungspolitik festzuhalten, in der sich die Aufgabe stellt, den von den Siegermächten garantierten Status langfristig durch friedensvertragliche Regelungen abzulösen.

Sie hat auch keinen Anlaß, ihre Politik der Gespräche und Kontakte mit der SED aufzugeben, denn an der SED vorbei kann es Veränderungen in der DDR nicht geben. Der diese Kontakte relativierende Parteivorstandsbeschuß vom 18. September stellt ein Nachgeben gegenüber der konservativen Kampagne dar. In der *Zeit* (22.9.89) heißt es dazu: »Selbst auf ihrem klassischen Feld, der Ostpolitik, ist sie durch einen Demagogentrick des frischgebackenen CDU-Generalsekretärs Rühle schnell in die Defensive gedrängt worden. Es scheint, als ob die größeren Themen derzeit an der SPD vorbeigehen.« Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Existenz der deutschen Nation in zwei deutschen Staaten erfordert die Stellungnahme der hiesigen Marxisten zu den Entwicklungen in der DDR. Denn was dort geschieht, ist immer auch ein Stück Innenpolitik in der Bundesrepublik, dies gilt umgekehrt erst recht für die DDR. Begrifflichkeiten wie »Einnischung in die inneren Angelegenheiten« sind dabei fehl am Platze. Wenn wir uns den Kopf über die Reformfähigkeit der DDR zerbrechen und konkrete Vorschläge unterbreiten, so tun wir dies auch in Konkurrenz zu jenen Kräften in der eigenen Partei, die sich darauf beschränken, Meinungsfreiheit und freie Wahlen zu fordern. Denn jene spekulieren darauf, daß »die DDR als kapitalistische DDR keine Existenzberechtigung besitzt« (Otto Reinhold) und verkennen dabei, daß es in der DDR durchaus Erhaltenswertes gibt. Ohne gesellschaftliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und der Banken wird es nirgendwo — auch bei uns nicht — einen demokratischen Sozialismus geben können.

Italienische Kommunisten

Achille Occhetto

Der neue PCI in Italien und in Europa

Die Zeit der Alternative

Vorbemerkung

Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um Auszüge aus dem Bericht des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) Achille Occhetto an den 18. Parteitag, der im März dieses Jahres stattfand. Die von der Parteileitung gebilligte Rede kommentiert das vom Parteitag beschlossene Dokument zur programmatischen Festlegung der künftigen Politik des PCI. Die Perspektive der Weltgesellschaft in ihrer systemaren und kulturellen Vielfalt, die Notwendigkeit einer Weltregierung und der gemeinsamen Sicherheit sowie der Begriff der Alternative und des europäischen Wegs des Sozialismus bilden die entscheidenden Orientierungspunkte des neuen Programms des PCI. Manches finden deutsche Sozialdemokraten darin an eigenem wieder; zugleich zeigt die Lektüre, daß die neue programmatische Plattform der italienischen Kommunisten an einigen Stellen präzise analytische und politische Aussagen enthält, die wert wären, in der noch laufenden Programmdebatte der SPD berücksichtigt zu werden.

Die vollständige Rede wird demnächst in der deutschsprachigen Zeitschrift *Die italienischen Kommunisten. Bulletin der italienischen Kommunisten*, Heft 1/1989, veröffentlicht werden. Den Auszügen in diesem Heft liegt die von der PCI-Leitung autorisierte, von uns geringfügig korrigierte deutsche Übersetzung zugrunde. Wir danken vor allem dem Büro des PCI bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel für die freundliche Unterstützung bei der Beschaffung des Textes. Frank Heidenreich

I.

(...) Eine auf den neuesten Stand gebrachte Analyse der Weltgeschichte zeigt uns, daß am Horizont der Menschheit konkret das Problem ihrer eigenen Rettung aufgetaucht ist, und daß alle Anstrengungen auf dieses zentrale Ziel konzentriert werden müssen. Dieses Problem haben wir italienischen Kommunisten zum ersten Mal gestellt, als sich der Charakter der Kriege zu ändern begann und die Atomwaffen auftraten. (...) Heute hat die Verantwortung für das Überleben der Menschheit eine noch größere Tragweite, und sie betrifft auch die friedliche Nutzung der technischen Mittel und verbindet alle wesentlichen Formen des Zusammenlebens: die Quantität und die Qualität der Entwicklung, das ökologische Gleichgewicht, das Bevölkerungswachstum, die Militärausgaben.

So entstand ein neues Netz gegenseitiger Abhängigkeiten, so groß und so eng geknüpft, daß es radikal neue politische Verantwortlichkeiten und Aktionen sowie eine neue Entschlossenheit verlangt, die weltweiten Prozesse auf weltweiter Ebene zu beherrschen. All das erfordert gemeinsame Aktion, unabhängig von den Unterschieden der Staaten und der Systeme, einen Kampf auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, der auf einem höheren, universelleren Niveau als in der Vergangenheit steht.

Es handelt sich um einen Kampf, der die alten sozialen und Klassenunterschiede nicht annulliert, aber über sie hinausgeht. Er annulliert sie nicht, da die großen Fragestellungen hinsichtlich der augenblicklichen Weltentwicklung auf planetarischer Ebene auf die Spaltung zwischen arm und reich zurückweisen; und er geht über sie hinaus, da er aus jener Spaltung etwas macht, was sich nicht mehr allein auf die wirtschaftliche Sphäre und die sozialen Beziehungen beschränkt, gerade weil jene Spaltung in einen breiteren Prozeß, dessen Ausmaße größer sind, als man es vor auch nur wenigen Jahren voraussehen konnte, ein Prozeß, in dem sich Menschheitsgeschichte und Naturentwicklung verknüpfen.

So haben wir jetzt eine überwältigende Wahrheit vor Augen: Die Geschichte der Menschen, ihrer Bedürfnisse, ihrer Misere und ihrer Reichtümer betrifft auch die Biosphäre, das ökologische Gleichgewicht und das Überleben des Planeten. Und in diesem Zusammenhang denken wir an das Drama der Indios in Amazonien, an den regelrechten Völkermord, der an ihnen verübt wird, der Hand in Hand geht mit der systematischen Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt. Die Zukunft der Regenwälder Amazoniens ist das vielsagendste und beunruhigendste Symbol eines Problems von planetarischem Ausmaß, für das wir alle uns verantwortlich fühlen müssen: Die Erosion des Bodens akzeptieren, die Verwüstung, die Zerstörung von Pflanzen- und Tierarten, die Verdünnung des Ozongürtels und die Akkumulation von Gasen durch den Treibhauseffekt, heißt, sich darauf vorzubereiten, die ökologische, soziale und menschliche Katastrophe zu akzeptieren.

Der Mensch hat den Planeten erobert, »neue Grenzen« gibt es nicht mehr. Jetzt aber müssen wir beweisen, daß wir ihn schützen können, wenn wir uns selbst schützen wollen. So steht an einem Wendepunkt unserer Geschichte erneut der Wert jener Behauptung von Marx, wonach »die *Gesellschaft* ... die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur (ist), die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur.« (MEW 40, S.538; MEGA I. 2, S.391). Es handelt sich aber — und das müssen wir wissen — um eine Behauptung, um ein Ziel, das von der marxistischen Tradition und der politischen Erfahrung des Sozialismus stark vernachlässigt wurde.

Darin kann einer der unersetzbaren Beiträge gesehen werden, den die Gedankenwelt der Frauen dem Prozeß der menschlichen Befreiung zur Verfügung stellt. Er bestätigt nämlich den Wert des Bewußtseins der Grenzen. Und das Bewußtsein der Grenzen beinhaltet die Idee, daß das Individuum sich in der Solidarität mit der eigenen Spezies und im Zusammenleben verwirklicht und nicht in der Herrschaft über die Natur und über andere. Diese Idee führt dazu, Unterschiede höher zu bewerten, angefangen mit dem geschlechtlichen Unterschied, und eine tiefe Dimension der Gesellschaftlichkeit als grundlegendes Bedürfnis des Individuums aufzufassen.

Alle jüngsten Forschungsergebnisse zeigen uns, daß die Umwelt keine Sphäre ist, die den Aktionen und Bestrebungen der Menschen gleichgültig gegenübersteht. Und wie die Vorsitzende der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung Gro Harlem Brundtland erklärt hat, müssen sich die Entscheidungen, die die am meisten industrialisierten Länder in bezug auf die Entwicklung treffen, auf Grund ihrer großen

technologischen, ökonomischen und politischen Macht unweigerlich auch weitgehend auf die Möglichkeiten aller Völker auswirken, den menschlichen Fortschritt zu unterstützen — bereits heute und für die kommenden Generationen.

Das augenblickliche Entwicklungsmodell und das Bedürfnis nach immer mehr Rohstoffen, um es zu nähren, ziehen auch die ärmsten Länder in jene perverse Verschwendung der Naturgüter mit hinein. Diejenigen, die arm sind und Hunger leiden, zerstören nämlich, um überleben zu können, die Umwelt, in der sie leben: Sie holzen ganze Wälder ab, beuten die Erde bis zum letzten aus, um Produkte zu erhalten, die sie an die reichen Länder verkaufen können, finden sich in immer überfüllteren Großstädten ein. Dies ist eine enorme Völkerwanderung, die nun auch den Norden der Welt zu treffen beginnt.

Die Armut ist also nicht nur die Ursache eines großen Leids für den größten Teil der Menschheit, sondern stellt sich immer mehr als globales Übel dar. Mit dem Armen, dem es schlecht geht, geht es schließlich dem gesamten Planeten schlecht. Sein Leid wird das Leid der Natur und der gesamten Menschheit. (...)

II.

Die Schere zwischen reichen und armen Nationen erweitert sich, anstatt sich zu verringern. Und es gibt ein Faktum, das genauso zerstörend wirken kann wie eine Atomexplosion, auch wenn es nicht vom Tod, sondern vom Leben kommt: Laut den Projektionen der UNO könnte im Laufe des nächsten Jahrhunderts auf diesem Planeten eine weitere Menschheit heranwachsen, ungefähr genauso zahlreich wie die augenblickliche.

In dieser Situation und angesichts des Qualitätssprunges im Kampf für die Rettung der Gattung Mensch nimmt das Problem der Sicherheit Ausmaße an, die alle menschlichen Aktivitäten betreffen. Gerade deshalb drängt sich eine neue Konzeption der Sicherheit auf, die das Problem des Friedens und des Krieges beinhaltet und über es hinausgeht. Der Zeitfaktor ist dabei wesentlich. Wenn die Erdtemperatur nämlich einmal gestiegen ist, wird es fast unmöglich sein, sie wieder zu drosseln. Aber welche Strategien und Grundentscheidungen sind dann notwendig, um das zu garantieren, was ich als die neue Weltsicherheit bezeichnet habe?

Das Problem der Rüstung bleibt vorrangig. Denn die gleichen Mittel, die notwendig sind, um den physischen Abbau des Planeten aufzuhalten und gleichzeitig eine menschlich akzeptable Entwicklung zu garantieren, könnten unantastbar bleiben, wenn man den internationalen Rüstungswettlauf nicht dauerhaft anhält. Der Wert und die Bedeutung des Kampfes für die Abrüstung betrifft also nicht nur die lebenswichtige Notwendigkeit, sich vom absurden Risiko einer Weltexplosion zu entfernen. Er kann auch dazu beitragen, andere Katastrophen aufzuhalten. (...)

In diesen letzten Jahren sind einige erste Schritte auf dem Weg der Abrüstung gemacht worden. Und das ist enorm wichtig, weil es uns zeigt, daß man die Tendenz umkehren kann. Man hat sich über die Beseitigung der Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa geeinigt, man hat mit ernsthaften Verhandlungen für die Verbannung der

chemischen Waffen und für die Reduktion der konventionellen Waffen auf unserem Kontinent begonnen. (...)

Der Dialog, neue konstruktive Beziehungen und eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zwischen den beiden wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen unseres Planeten, sind absolut notwendig, um die neue Welt der gegenseitigen Abhängigkeit zu regieren; eine Welt, die nicht mehr nur im Licht einer Konzeption regiert werden kann, die sich auf die Idee der gemeinsamen Sicherheit stützt und eines politischen Gedankens, der sich für die Überwindung der Logik des Blockgegensatzes einsetzt. Es ist daher von grundlegender Wichtigkeit, daß man sofort damit beginnt, die Etappen auszumachen und zu begehen, die uns zum Bau einer neuen Weltordnung führen müssen.

Die erste dieser Etappen muß uns dazu führen, sofort das Problem der Verschuldung der Länder der Dritten Welt in Angriff zu nehmen. Die Zeiten sind reif für konkrete Initiativen in diese Richtung, die die größtmögliche Koordination zwischen den internationalen Kräften ermöglichen. (...)

Initiativen sind auch in Hinblick auf das ökologische Problem möglich. Und auch der Kampf gegen die Drogen kann ohne eine multilaterale Koordinierung keinen Erfolg haben. Denn der Drogenhandel verbindet sich durch vielfältige Beziehungen mit dem Waffenhandel und mit verschiedenen politischen Plänen, und er wird von Organisationen betrieben, die heute über übernationale Strukturen verfügen. (...)

Wir sind überzeugt, daß man auf allen Ebenen beginnen muß, sich in Hinsicht auf eine Weltregierung zu bewegen. In dieser enorm wichtigen Perspektive ist die Funktion, die die UNO haben kann, sehr groß. Wir stimmen also mit dem Schlußbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung überein, mit der Erklärung von Tokio, wo erklärt wird, daß die Möglichkeit, eine blühende, gerechte und sichere Zukunft aufzubauen, von allen Ländern abhängt, die sich das Ziel einer »akzeptablen Entwicklung« zueigen machen müssen, eine Fortschrittskonzeption also, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigen kann, ohne die kommenden Generationen daran zu hindern, die ihrigen zu befriedigen; und wir meinen, daß man sich dafür einsetzen muß, damit alle Nationen dieser Welt, angefangen mit der unseren, die Prinzipien dieser Erklärung übernehmen.

Wir verpflichten uns, jeden Aspekt unseres Programms, der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft, den Indikationen des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die von der UNO eingesetzt wurde, anzupassen. Und wir werden darauf hinarbeiten, daß diese Indikationen auch das Programm der Regierung für die Alternative inspirieren. (...)

III.

Die gegenseitige Abhängigkeit, die großen Widersprüche unserer Epoche enthalten die radikalste Kritik an der Herrschaft der Marktautomatismen, an einer Wirtschaft, die sich auf den Kampf Aller gegen Alle und auf den blinden und egoistischen Individualismus stützt. (...)

Wir sind überzeugt, daß die Ökologie und die neuen globalen Probleme eine zunehmend dramatische Bestätigung der Richtigkeit der ursprünglichen Prinzipien liefern, die die sozialistische Bewegung geleitet haben. Im Kontakt mit diesen Herausforderungen und den Problemen unserer Zeit findet die sozialistische Bewegung sich selbst und ihre augenblickliche Identität.

Sicher gelten die alten Rezepte nicht mehr. Das wird dadurch bewiesen, daß eine Veränderung der Eigentumsformen innerhalb des alten industrialistischen Systems gar nichts löst, und daß die Gerechtigkeitsbedürfnisse eine Umverteilungspolitik der Ressourcen und der Macht erfordern, nicht aber die Beseitigung der Akkumulationsgrundlagen. Der Akkumulationsprozeß: Das ist der Punkt, der gelenkt werden muß.

Selbst die Notwendigkeit, eine akzeptable Entwicklung zu bestimmen, macht es notwendig, daß der Profit nicht das einzige Ziel der Produktion bleibt. Und wenn der Markt ein Maßstab für die Effizienz des gesamten Wirtschaftssystems darstellt, liegt die Kraft des Sozialismus darin, dem Markt Ziellinien aufzuzeigen, die nicht aus seinen eigenen Mechanismen hervorgehen.

So taucht erneut die Priorität der demokratischen Entscheidung auf, der demokratischen Zurückgewinnung der Ziele der Produktion und der Entwicklung. Die Regierenden brauchen allgemeine Schätzungen, Berechnungen und Voraussichten aus der Welt der Wissenschaft. Alle wissenschaftlichen und technischen Kompetenzen müssen auf neue Art Eingang in den Schaltkreis der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen finden.

Demokratie, Kompetenz, Entscheidung, Kontrolle: Auf diesen Grundlagen kann man eine neue Organisation der Entwicklung verwirklichen. Die riesige Kraft der Wissenschaft und der Technologie, die außerordentlichen Errungenschaften der menschlichen Zivilisation, das wunderbare Ergebnis der Kreativität unserer Art, können die Menschheit nicht nur zerstören, sondern auch retten. Aber die Unruhe angesichts der Ausgänge der Entwicklung, einer bestimmten Art der Entwicklung, ist die einzige Quelle der Vernunft, die wir nie genug benutzen können.

Wenn wir heute gezwungen sind, uns zu fragen, für wie viele Jahre die Erde noch unsere Art beherbergen kann, ohne daß sich die Kultur, die Technologien, die Verhaltensweisen und die Machtverhältnisse ändern, so hängt das von der augenblicklichen Art der Entwicklung ab, und dieses Problem betrifft sowohl die westliche, wie die östliche Welt und — wie wir gesehen haben — auch die rückständigsten und ärmsten Länder.

All das — und das müssen wir wissen — entsteht aus der Tatsache, daß das herrschende Modell der Beherrschung und der Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen das ist, das historisch gesehen vom Kapitalismus ausgearbeitet wurde und das sich im Liberalismus als seine homogenste und ureigenste Form ausgedrückt hat, aber auch im bürokratischen Kollektivismus.

Auch der Kapitalismus hat im Laufe der Zeit verschiedene Veränderungen erfahren, und die Tatsache — und das habe ich bereits gesagt — bleibt bestehen, daß man auf den Akkumulationsprozeß selbst nicht verzichten kann. Man muß diesen Prozeß aber in radikal neuen Formen organisieren. Entscheidend wird so die Qualität und nicht nur

die Quantität der Entwicklung. Für uns ist es aber notwendig, neue Antworten zu geben, die über die bereits bekannten Modelle hinausgehen. (...) Hier im Westen ist die Grundaufgabe die, neue Regeln, neue Projekte zu definieren, die demokratisch festgelegt werden und den Markt nach menschlichen und ökologischen Zielen orientieren, hin auf eine akzeptable Entwicklung. — Im Osten kann die Einführung von Marktformen, die von einer Demokratisierung der Wirtschaftsentscheidung und des politischen Systems begleitet wird, die Effizienz erhöhen und eine größere Respektierung der Bedürfnisse des Einzelnen und des Umweltgleichgewichtes gestatten. (...)

Die nationalistiche Konzeption des Staates geht unter, während sich unter den Völkern die Idee durchzusetzen beginnt, daß man eine stärkere und solidarische internationale Gemeinschaft aufbauen muß. Notwendig ist eine Reform der Politik auf weltweiter Ebene, sind institutionelle Reformen von großer Tragweite, die eine größere demokratische Entscheidung und Kontrolle gestatten. (...)

Aber wenn die Parteien, die Kräfte und die Menschen, die diese Aufgabe — ich würde sogar sagen, die Mission —, jenes Allgemeininteresse siegen zu lassen, stolz übernehmen, nicht in die Lage versetzt werden, ihre Ziele zu verwirklichen und die gegenwärtigen und die zukünftigen Prozesse zu lenken, dann wird ihre Niederlage eine allgemeine Niederlage sein, eine klare Niederlage für die Zukunft der Menschheit. Hier, auf diesem Gebiet, steht und definiert sich unsere historische Funktion, hier nimmt sie einen neuen Aufschwung.

Die Politik muß heute neue Beziehungen, eine neue Solidarität, neue gemeinsame Richtlinien ausarbeiten. Die Ideen der Politik müssen der Bewegung der Dinge und der Bewegung des Allgemeininteresses einen Sinn geben. Das heißt auch, daß eine neue Politik nur als ein demokratischer Prozeß denkbar ist. Als schrittweise und integrale Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Keine Macht darf sich der demokratischen Kontrolle und den demokratischen Regeln entziehen. Dies ist eine unserer tiefverwurzeltesten Überzeugungen, die unsere gesamte Kongreßausarbeitung qualifiziert. Deswegen haben wir in den Mittelpunkt dieser Ausarbeitung die Überzeugung gestellt, daß sich die Demokratie tiefgehend entwickeln muß, daß sie das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben aller Völker erfassen muß, daß sie schließlich die Beziehungen zwischen den Staaten regeln und neue übernationale Institutionen beseelen muß.

Wir meinen, daß man die negativen und sogar zerstörerischen Folgen des kapitalistischen Industrialismus nur überwinden kann, wenn man in diese Richtung geht, ohne daß wir damit aber die Idee teilen, daß die Lösung in irgendeiner Form des administrativen oder bürokratischen Kommandos liegen kann. Und wenn man von Demokratie spricht, so muß völlig klar sein, daß dies Definition und Respektierung von Regeln und Vorgehensweisen bedeutet, daß dies ein wesentlicher Teil der Demokratie ist, daß der universelle Wert der Demokratie eben auch ihre Regeln und Institutionen betrifft; gleichzeitig muß aber auch klar sein, daß man den Demokratisierungsprozeß verwirklichen kann, wenn er von starken sozialistischen Idealen vorangetragen wird, gerade weil diese es uns erlauben, über die bestehenden Modelle hinauszugehen und positiv auf die neuen Bedürfnisse der Menschheit zu antworten.

Deswegen und in diesem Sinne sprechen wir von der Demokratie als Weg des Sozialismus.

IV.

Das erste Aktionsfeld unseres politischen Konzepts ist Europa, das vereinte Europa, das wir aufbauen müssen. Wie wir in unserem Dokument behaupten, muß Europa unser kultureller und politischer Horizont werden — und wir können sagen, daß es das bereits ist. Wir setzen uns für den Aufbau eines vereinten und demokratischen Europas ein, für ein Europa der europäischen Bürger.

Unsere Vorstellung ist präzise und in ihren Grundlinien festgelegt, etwas ganz anderes als jener allgemeine Europäismus, für den scheinbar alle sind. Wir sind für ein politisch starkes und vereintes Europa, für ein ökologisches Europa und einen Sozialraum Europa. Und um diese Ziele wirklich zu realisieren, sind klare Entscheidungen notwendig und werden viele politische Kämpfe notwendig sein.

Je mehr man sich dem Datum des Binnenmarktes nähert, wachsen — und das hat kürzlich Delors unterstrichen — Widerstände aller Art. Und der Kampf für Europa muß schon in Italien geführt werden, wo die augenblicklichen Regierungskräfte mit einer gehörigen Dosis Unverantwortlichkeit unser Land völlig unangemessen an das Datum 1992 heranführen. Die Staatsverschuldung, das Steuersystem, der Niedergang der Dienstleistungen und des Bildungswesens, die Ineffizienz und die Korruption des Staatsapparates — und der Süden, wo das alles zusammengefaßt und verstärkt wird. All dies festzustellen und die Grundlagen für eine Politik der Alternative und der reformerischen Sanierung zu legen, ist unsere erste Aufgabe und die erste Aufgabe einer italienischen Linken, die wirklich eine europäische Linke sein will.

Die andere Hauptaufgabe der italienischen und europäischen Linken ist die, zum Bau eines Europas beizutragen, das wirklich ein Europa der Demokratie ist. Wir haben schon gesagt und wiederholen es noch einmal, daß wir für den neuen europäischen Markt sind und ihn unterstützen, daß wir aber gleichzeitig wissen, daß der Markt kein Wettkampffeld ohne Schiedsrichter sein darf, wo die Macht und die Entscheidungen von kleinen Gruppen von Industriellen, Financiers und Politikern übernommen werden, die außerhalb einer klaren demokratischen Kontrolle stehen.

Also ist das Grundproblem das der politischen Macht. Und der demokratischen Macht. Es ist eine demokratische Regelung des Integrationsprozesses notwendig, die die Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in Angriff nimmt, die Überwindung und nicht die Verschärfung der territorialen Ungleichgewichte sowie die Konvergenz der Volkswirtschaften. Das heißt, daß man zuerst die Macht des Europaparlaments stärken muß.

Aber das reicht nicht aus. Ein Parlament existiert und funktioniert wirklich, wenn es sich mit einer Exekutive verbindet und mit anderen Institutionen, die die produktiven, die finanziellen und die sozialen Prozesse lenken. Auch die Idee des europäischen Sozialraumes darf kein rhetorisches Wort bleiben. Es muß eine Idee sein, die zur Festlegung von gemeinsamen Regeln und Bürgerrechten verpflichtet, die allgemein anerkannt sind und die die Arbeit, die Information, die Ausbildung, die Gesundheit, die

Gewerkschaftsorganisation und die Chancengleichheit betreffen. All dies ist unerlässlich, wenn man nicht will, daß der Druck für eine transnationale Konkurrenz auf Wirtschaftsebene zu einer Kürzung der Rechte der Arbeitenden und der Bürger führt.

In Brüssel dürfen nicht nur die Lobbies der großen Unternehmen zählen; hier müssen sich ein neuer Pluralismus und eine neue soziale Partizipation durchsetzen, hier müssen die europäischen Gewerkschaften zählen, die Organisationen der Frauen, der Jugendlichen und der Selbständigen und die Genossenschaften. Das sind unsere Aufgaben, die Aufgaben aller europäischen linken und Fortschrittskräfte.

Unsere Positionen zu Europa und die Perspektiven eines vereinigten Europas lassen uns von einem europäischen Weg des Sozialismus sprechen. Und wir meinen, daß man gerade in diesem Rahmen eine größere Einheit aller linken und Fortschrittskräfte auf der Grundlage einer klaren europäischen Entscheidung schaffen muß. Die Schaffung einer neuen geopolitischen Einheit, wie es das gemeinschaftliche Europa ist, erfordert diesen Prozeß der Vereinigung, der Annäherung auf klaren programmatischen Grundlagen. (...)

V.

Wir sind ernsthaft dabei, neue Antworten zu liefern, die — und das haben wir auch bei unseren letzten Treffen auf europäischer Ebene feststellen können — im Einklang mit den Entwicklungen, Revisionen und neuen Ausarbeitungen stehen, die auch von den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas durchgeführt werden. Und auf diesem Weg — und das ist ein gutes Zeichen — schreiten auch die Jugendorganisationen der linken europäischen Parteien voran. Ich glaube, hoffe und kämpfe dafür, daß man sagen kann, eine Linke wird aufgebaut, die auf das Jahr 2000 blickt. Eine Linke für die demokratische und reformerische Alternative Europas, eine Alternative, die sich konsolidiert und die ihrerseits den Prozeß der völligen Integration der Europäischen Gemeinschaft fördert und beschleunigt, eine Politik, deren Perspektive ein zukünftiges und breiteres gemeinsames europäisches Haus ist. (...)

Dieser Weg der europäischen Integration, die in ihren Umrissen klar definiert, aber offen ist, kann auch wichtige und neue Perspektiven für die Beziehung zwischen dem Norden und dem Süden der Welt eröffnen. Ein Weg, bei dem Europa an anderen regionalen Integrationsprozessen interessiert ist, angefangen mit denen, die im Mittelmeerraum möglich sind. In diesem Sinne stimmen wir mit dem überein, was Brandt in seiner Rede auf dem letzten Parteitag der SPD sagte: »Das regionale Prinzip bietet sich als eines der Ordnungselemente für die internationale Zusammenarbeit an. Regionale Zusammenschlüsse sind nicht nur für Europa gut.« (Protokoll SPD-Parteitag Münster 1988, S.322)

Natürlich wissen wir, daß sich hier in Europa und in der Welt die Entwicklung für unbestimmte Zeit im Wettbewerb zwischen verschiedenen Wirtschafts-, Kultur-, politischen und Verteidigungssystemen vollziehen wird. (...) Es ist aber entscheidend, daß bei dieser Kompetition zwischen verschiedenen Systemen der Austausch über die Konfrontation siegt, und daß der Wettstreit selbst weniger auf die Behauptung der Vorherrschaft eines Systems über das andere ausgerichtet ist, als vielmehr auf die

Erkennung der Wege einer Entwicklung, die für das Allgemeininteresse offen ist, auf die Suche nach Lösungen für die globalen Probleme. Bereits heute muß man bei der Arbeit dieses Ziel vor Augen haben.

Wenn es nicht länger möglich ist, von einer internationalen kommunistischen Bewegung zu sprechen, wenn die Verhaltensweisen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien nicht mehr von dem Klima und den Schemata bestimmt werden können, die sich aus der Spaltung der II. Internationale ergeben haben, sind Erneuerungs- und Revisionsprozesse notwendig, die alle Kräfte neu organisieren. (...)

Wir hoffen auf einen positiven Ausgang der Perestrojka für die sowjetischen Völker, die auf das Terrain einer demokratischen Entwicklung geführt werden müssen; und wir hoffen darauf in Hinblick auf die Perspektiven aller Fortschrittskräfte, die auf weltweiter Ebene agieren. Und schließlich hoffen wir darauf in Hinblick auf den Weltfrieden. Aber die Hoffnung allein genügt nicht: die europäischen und weltweiten Fortschrittskräfte müssen alles tun wollen und auch wirklich tun, um diesen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen, womit sie auch dazu beitragen, in Osteuropa neue Energien freizusetzen.

Seit Jahren setzen wir uns vorbehaltlos für die Erneuerung und den Aufschwung der demokratischen und sozialistischen Linken in Westeuropa ein. Das meinen wir, wenn wir von der Perspektive einer neuen europäischen Linken sprechen, und wir haben bereits erklärt, daß wir uns für einen integralen Bestandteil dieser europäischen Linken halten. (...)

VI.

Auf den Sektions- und Provinzkongressen hat die große Mehrheit der Delegierten ein Dokument verabschiedet, in dessen Mittelpunkt diese Leitgedanken stehen: der eines starken Reformismus, der die grundlegenden Widersprüche der augenblicklichen wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Entwicklung ausmacht und mit konkreten und schrittweisen Vorschlägen und Instrumenten eingreift, die Kettenreaktionen in Gang setzen können und also nicht nur marginale Verbesserungen, sondern einschneidende Veränderungen erwirken können.

Und der Gedanke einer Demokratie, die durch ihre effektive Leitung neue Antworten auf die Widersprüche liefern kann, die nach und nach in der Gesellschaft selbst auftauchen. So wird das Demokratieprinzip zu einem klaren programmatischen Wert. Es stellt ein konkretes politisches Programm dar. Und unser sozialistisches Engagement weist nicht mehr auf ein Projekt hin, das in einem anderen geschichtlichen Moment realisiert werden kann. Es muß nicht mehr den Moment des Kampfes für die Demokratie von dem der Verwirklichung der Emanzipationsziele trennen. Im Gegenteil: Der Kampf für die Demokratie, für die vollkommene und integrale Durchsetzung der Bürgerrechte, für einen Staat, der den Bürger nicht nur gegen die Einmischungen des Staates selbst schützt, sondern auch gegen Willkür, Manipulation und repressive Interventionen von Seiten der anderen Machtzentren, die es in der Gesellschaft gibt; dieser Kampf beinhaltet schon an sich, auf Grund seiner Inhalte, die Keimzellen einer erneuerten Gesellschaft, eines Staates, der wirklich den Bürgern gehört. (...)

Was die Alternative in diesem Sinne qualifiziert, ist, daß sie die Priorität der Programme gegenüber den politischen Lagern, so wie wir bereits auf dem 17. Parteitag in Florenz sagten, mit dem präzisen Willen verbindet, das politische System an den Wurzeln zu verändern.

Hieraus ergibt sich ein grundlegendes Ziel: das Feld der Alternative aufbauen, das sich nur das Ziel stecken kann, eine Regierung aufzubauen, die eine Alternative zu den Koalitionen darstellt, die sich um die Democrazia Christiana (DC) gruppieren.

Wir sagen also ganz klar, daß es unser politisches Ziel ist, eine programmatische und Regierungsalternative in der Führung des Landes möglich zu machen — und das innerhalb eines neuen Systems der Alternierung (was natürlich etwas ganz anderes ist als der Wechsel verschiedener Kräfte an der Spitze der gleichen Koalition). Wenn wir daher heute die Aufgabe und die Verantwortung übernehmen, eine harte und konstruktive Opposition zu sein, wollen wir die politische Kraft sein, die die Überwindung der augenblicklichen Lage anstößt, die Druck ausübt, damit die anderen politischen Kräfte die derzeitigen sterilen Diskussionen und Streitigkeiten beenden und sich der großen Probleme bewußt werden, die wir vor uns haben. (...)

Von dieser klaren und entschlossenen Stellung aus wenden wir uns an alle reformerischen und reformistischen, laizistischen und katholischen Kräfte. Man muß nämlich notgedrungenenerweise über die alten Gewohnheiten und Positionen hinausgehen, man muß garantierte, aber heute wenig wirksame Rollen und Freiräume hinter sich lassen, um neue ethische Prioritäten, neue Entscheidungen und neue Programme durchzusetzen.

Aber hier liegt eine entscheidende Frage: Wird eine reformerische Politik nicht notwendigerweise eine harte Antwort und eine verbissene Reaktion hervorrufen?

Diese Frage hat sich Berlinguer immer gestellt. Und er fand darauf eine Antwort in der Strategie des Historischen Kompromisses. Diese Frage hat sicherlich auch heute ihren Wert. Aber die Antwort muß in eine andere Perspektive gestellt werden. Man muß die Antwort darauf in der Strategie der *Alternative* finden. Diesbezüglich sind zwei Elemente wesentlich:

1) Die Alternative muß auf einem Programmvorschlag aufbauen, der auf die Probleme antworten kann, die nicht nur die Kräfte betreffen, die sich von den linken Parteien und Bewegungen vertreten fühlen; sie will auf ein vielschichtiges Lager von Bestrebungen und Interessen antworten, auf die schwächsten Schichten der Gesellschaft, all diejenigen, die sich bestraft und ausgeschlossen fühlen, und die dynamischen Kräfte, die eine neue Lenkung der Veränderungsprozesse wollen; das Feld der Alternative muß sehr vielschichtig sein, muß ein breites Lager von laizistischen und katholischen Kräften vertreten. (...)

2) Alternative heißt nicht, die christdemokratische Zentralität durch die Zentralität einer anderen Partei zu ersetzen. Ihr Ziel ist es, eine Reform des Staates in Gang zu setzen, die die besten und lebendigsten Kräfte der Gesellschaft aufrüttelt, und eine Reform des politischen Systems, die die Möglichkeit einer Alternative in der Regierung des Landes begünstigt. Die Alternative will also keine »Regimeveränderung«, sondern setzt eher der Idee des Regimes ein Ende.

In diesem Sinne interessiert sie ein sehr breites Lager von sozialen, ökonomischen und kulturellen Kräften, die auch auf verschiedenen Seiten und miteinander in Konkurrenz stehen können. Die Alternative will eine neue Politik schaffen, die nicht nur aus der Verwaltung der Macht besteht, die hingegen Verhaltensweisen und stimmige, praktikable Programme definiert, und also die verschiedenen Kompetenzen und Spezialkenntnisse zur Verantwortungsübernahme und zur Initiative auffordert.

Wir meinen, daß dafür eine Reform des politischen Systems notwendig ist, die sich auch eine Änderung des Wahlgesetzes vornimmt. Wir meinen nämlich, daß es heute unabdingbar ist, dem Bürger die Möglichkeit zu geben, direkter über die Programme und die Regierungen zu entscheiden. Das ist der Kern der Reform des politischen Systems. Das ist nämlich der Weg, um die Lähmung zu durchbrechen, um die Politik transparenter zu machen, um eine effektive und tiefgehende Erneuerung der Parteien zu fördern, um die klare Garantie dafür zu liefern, daß die Alternative nicht ein neues verkalktes und unantastbares System schafft. (...)

VII.

In den Mittelpunkt unseres Programmvorschlages stellen wir das Problem der tiefgehenden Erneuerung der Rolle und der Funktionen des Staates. Wir meinen, daß es notwendig, lebensnotwendig ist, dem Staat neue Glaubwürdigkeit zu geben. Wir haben gesagt und sagen, daß das Land einen Staat braucht, der weniger verwaltet und mehr in der Lage ist, Regeln und Orientierungen für eine Pluralität von ökonomischen und sozialen, öffentlichen und privaten Subjekten zu liefern.

So brechen wir aus der alten und abgenutzten Diskussion über mehr Markt und weniger Staat aus und kehren das Problem um, indem wir sagen, daß wir einen besseren Staat und einen besseren Markt brauchen. Neue Regeln, neue Orientierungen brauchen sowohl die sozialen Sektoren und die Gebiete des Landes, die besonders von dem Wachstumsprozeß dieser Jahre profitiert haben, wie auch diejenigen, die am Rande gelassen wurden.

Der Staat muß unter Bedingungen der internationalen Konkurrenz einen Markt unterstützen, der zum Teil schon hochorganisiert ist, und ihn auf die Bedürfnisse des Landes ausrichten. Und das erfordert eine Unterstützung der klein- und mittelständischen Industrie, die Entwicklung neuer Technologien, das strategische Interesse für den landwirtschaftlichen Industriesektor, was auch wesentlich ist, um unsere Verschuldung zu verringern.

Und eine neue Rolle des Staates ist vor allem in den schwächsten Gegenden des Landes notwendig. Vor allem im Süden. (...) Wir werden dafür kämpfen, daß sich das ganze Land mit enormer Kraft für eine starke und gesunde Entwicklung des Südens mobilisiert. Wir sagen aber auch, daß man, wenn man wirklich in diese Richtung gehen will, eine Sache ganz klar vor Augen haben muß: Es muß klar sein, daß im Süden die unzureichende Entwicklung, der klientelare Etatismus und das Heranwachsen der kriminellen Mächte drei Phänomene sind, die sich gegenseitig unterstützen und nähren. Und auf diese Realität stützt sich die Macht des augenblicklichen politischen Systems.

In den Mittelpunkt einer reformerischen Aktion muß also eine radikale Reform des Staates gestellt werden, insbesondere seiner Rolle als Dienstleistungsorganisator. In der augenblicklichen Situation ist es nicht unbegründet, wenn man einen regelrechten Bankrott des Staates befürchtet. Die Verantwortlichen dieses Bankrotts klagen sich gegenseitig an und präsentieren sich gleichzeitig als arrogante Wächter einer Austerität, die will, daß diejenigen für das Fest zahlen, die gar nicht daran teilgenommen haben. (...)

Wir werden uns entschieden gegen ungerechte Maßnahmen wehren, wir werden die Rechte der Alten, der Kranken und die Rechte all derjenigen verteidigen, die ehrlich mit ihrer Arbeit leben. Wir ... ziehen uns also nicht gleichgültig vor dem wichtigen Problem des Staatshaushaltes zurück. Nein, auch auf diesem Gebiet ist unsere Position stimmig; es ist die Position einer Opposition, die regieren will, einer Opposition für die Alternative. Und dabei stellen wir gegen die ungerechte und impotente vermeidbare Austerität den Weg einer wirklichen reformerischen Sanierung. Wir stellen der chaotischen und kurzsichtigen Politik der Kürzungen eine wirkliche Sanierungspolitik entgegen — sowohl in bezug auf die Einnahmen, wie in bezug auf die Ausgaben. (...)

Wir meinen, daß man das falsche und irreführende Dilemma zwischen mehr oder weniger Ausgaben hinter sich lassen und hingegen auf die Qualität der Ausgaben einwirken muß. (...) Wir schlagen eine Reformstrategie vor, die weniger Bürokratie, aber mehr Dienstleistungen mit sich bringt. Mit dieser Behauptung schlagen wir sicherlich nicht eine Art Rückschritt vor, eine Rückkehr zu Formen eines »Minimalstaates«. Wir meinen zweifellos, daß bei der Verwaltung der Dienstleistungen mehr Raum für die Vereinigungen und Freiwilligenorganisationen bestehen muß und in gewissen Fällen auch für Privataktivitäten, wobei der Staat die Verantwortung hat, die Qualität und die soziale Ausrichtung der Dienstleistungen zu garantieren.

Aber es ist auch klar, daß ein Großteil der öffentlichen Dienstleistungen auch weiterhin öffentlich verwaltet werden muß. Das Problem ist also, das Öffentliche effizient zu machen, Parameter und Mechanismen einzuführen, die die Effizienz messen und aufzwingen können. (...)

IX.

Die DC ist weniger denn je die einzige Partei, die legitim mit dem katholischen Konsens rechnen kann. Also stellt sich das Problem der politischen Einheit der Katholiken völlig neu. Die Katholiken werden immer mehr verschiedene politische Bezugspunkte haben. Unterschiedliche Sensibilitäten, die es bereits jetzt in der katholischen Welt gibt, werden unterschiedliche politische Bezugspunkte haben.

Das Ende des Kollateralismus bringt auch eine neue Beziehung des gesamten politischen Systems Italiens zu der Kirche und den katholischen Organisationen mit sich. Was uns betrifft, so hoffen wir in diesem Sinne sehr, daß es bei der gegenseitigen Unterscheidung der Rollen möglich sein wird, immer intensiver bei den großen Problemen gemeinsamen Engagements zusammenzuarbeiten, bei der Durchsetzung einer Logik der Solidarität gegen die vielfältigen Tendenzen der Marginalisierung und der Gewaltausdrücke, die sich in unserer Gesellschaft zeigen. (...)

Wir meinen also, daß immer ein gegenseitiger Respekt notwendig ist, auch da, wo es unterschiedliche Positionen gibt, und daß wichtige Konvergenzen möglich sind zu den komplexen Themen der Menschenrechte — eines der wichtigsten Themen unserer Zeit —, zur Notwendigkeit einer Moralisierung des öffentlichen Lebens, einer Aufwertung der vielen Formen der Freiwilligenarbeit, die als ein wichtiger Sammelpunkt von moralischen Energien für die Regenerierung unserer Gesellschaft und der Institutionen angesehen werden müssen. (...)

Insgesamt sehen wir im katholischen Lager Zeichen einer sich in Bewegung befindlichen Realität, eines starken und wachsenden sozialen Engagements der katholischen Organisationen. Wir verfolgen die Analysen des demokratischen Katholizismus, der heute nach neuen Wegen forscht, aufmerksam. Da er oft über eine DC hinausgeht, die sich in einem konservativen Horizont verschließt, und gerade auf eine ideelle und politische Autonomie setzt, die wir voll respektieren, kann er sich bereits jetzt — und das scheint auch der Fall zu sein — darauf ausrichten, eine tiefgehende Reform des politischen Systems und der Parteien zu unterstützen. Wir meinen, daß die Verwirklichung der Bedingungen für eine Gegenüberstellung zwischen programmatischen Alternativen ein gemeinsamer Initiativschauplatz sein kann — und das unabhängig von der Stellung, die jeder in Zukunft in einem anderen politischen System einnehmen kann. (...)

X.

(...) Wir haben nicht nach Kampfzielen gesucht, um Unstimmigkeiten zwischen uns und den Sozialisten zu schaffen, über den Partito Socialista (PSI) kann man aber nicht das gleiche sagen. Und nachdem wir festgestellt haben, daß von sozialistischer Seite selten, sehr selten, ein Problem aufgeworfen wurde, um das man eine Einheit oder wenigstens die Hoffnung aller reformerischen und reformistischen Kräfte hätte bilden können, haben wir gefordert, daß man wenigstens ein Thema ausmache, bei dem diese Konvergenz möglich sei. (...)

Die Antworten der Sozialisten auf unsere einheitliche Initiative waren unsicher und widersprüchlich. Aber wir machen weiter. Das einzige, was man machen muß, ist ernsthaft für die Einheit und die Erneuerung der Reformkräfte zu arbeiten. Und die einzige Art, dies zu tun, ist, die Ernsthaftigkeit des Programmengagements zu überprüfen. Der einzige mögliche Maßstab ist der der reformerischen Stimmigkeit. (...)

Wenn man dieses Problem nicht löst, dann kann man auch die Einheit nicht beschleunigen und die Mißtrauensmomente nicht ausräumen. Wenn der Mittelpunkt der sozialistischen Hypothese eine einfache Entstrukturierungspolitik bleibt, die eine Hegemonie innerhalb des alten Bündnissystems anstrebt, wird man überhaupt keine Fortschritte machen. Denn dann wird der PSI immer nach neuen Gründen für den Wettstreit und den Konflikt suchen müssen, was auf Kosten der Einheit geht. So kommt man in einen Teufelskreis, der für die gesamte Linke schädlich ist, da solch eine Politik notgedrungenerweise zu neuen Streitigkeiten und Spaltungen führen und die Lösung der Probleme des Landes weiter hinausschieben würde.

Deswegen haben wir auf das Angebot einer Einigung für 1992 mit einer Herausforderung geantwortet, die nicht die Fristen, sondern die Methoden und die einzuschlagende Richtung betraf. Wir haben also geantwortet: Will man die Spaltungen wirklich überwinden? Will man wirklich eine Zusammenführung der italienischen Linken? Es stimmt, wir sagen, daß bezüglich der Vergangenheit schon ein weiter Weg zurückgelegt wurde. Das Problem sind eher die Spaltungen der Gegenwart.

Wenn man einen Termin gemeinsam erreichen will, dann kann man nicht die Richtung einschlagen, die diesem Termin selbst widerspricht. Deswegen haben wir das näherliegende Ziel angeführt: Der Termin der Alternative; und deswegen sagen wir, daß es Zeit für die Alternative ist, eine Alternative, die man mit einer reichen und breitgefächerten Pluralität von Erneuerungskräften verwirklichen muß. Man muß also damit beginnen, diese Sprache zu sprechen — eben nicht die der Anklagen und der Revanche —, wenn man wirklich Fortschritte machen will. (...)

Und so taucht das wirkliche Problem auf: Das wirkliche Problem ist, daß man nicht die Verslossenheit, das Sektierertum des PCI fürchtet, sondern im Gegenteil politische Offenheit. Man hat Angst, daß die Einheitsprozesse zu schnell voranschreiten. (...) Oder hat man Angst, daß die Alternative in Italien so eine Beschleunigung erfahren könnte, die für uns positiv, für andere aber immer verfrüht ist? (...)

Die Schlüssel der Alternative liegen nicht in den Händen dieser oder jener Partei und auch nicht in den Händen von Craxi. Sie liegen in den Händen der Wähler, und wir werden sie auffordern, diese Schlüssel so sicher und umsichtig wie möglich zu benutzen. (...)

Die Sozialisten haben zu viele gemeinsame Häuser: Einige sind hypothetisch, andere ideell und andere wiederum real. Es wäre gut, wenn sie wenigstens aus einem austreten würden, nämlich aus dem gemeinsamen Haus mit Forlani — und ich füge hinzu, daß es sich dabei nicht um ein Schlagwort meinerseits handelt, da gerade jene privilegierte politische Achse, auch wenn sie im Lichte einer andauernden Konfliktsituation aufrechterhalten und gesehen wird, im PSI neue Tendenzen bremst, die sich doch in der letzten Zeit gezeigt hatten und die wir mit unserer Bereitschaft zur Einheit Verfügbarkeit zu unterstützen versucht haben. (...)

Ihr, sozialistische Genossen, seid eine Partei und eine Führungsgruppe, die einen leidenschaftlichen Kampf für die eigene Autonomie geführt hat. Gut, aber Ihr müßt wissen, daß Ihr eine Partei und eine Führungsgruppe vor Euch habt, die ebenfalls und mit der gleichen Leidenschaft den Kampf für die eigene Autonomie führt.

Angefangen mit diesem gegenseitigen Respekt kann man zu diskutieren beginnen. Wenn wir uns so bewegen — und es heißt doch: klare Pakte, lange Freundschaft — können wir gemeinsam ein langes Stück Weg zurücklegen. Anderenfalls ist es aber besser, daß Ihr einen Moment haltmacht, um nachzudenken, wäre eine Bedenkzeit besser als jenes chaotische Hin und Her zwischen flüchtigen Öffnungen und plötzlichen Kriegserklärungen. (...)

XI.

In unserem Parteitage dokument und in unserer politischen Initiative der letzten Monate haben wir beschlossen, erneut entschieden das Problem der Rechte zu stellen. Dies ist eine wichtige und einnehmende Entscheidung. Die erste Zeit der sozialen und institutionellen Geschichte unserer Republik wurde tiefgehend durch unsere Initiativen für die Einhaltung der Verfassung gekennzeichnet. Wir wollen, daß auch die kommenden Jahre durch unser Verdienst ein starkes Zeichen der Freiheit und der Befreiung tragen. Wir wollen wirklich eine neue Rechte-Charta mit den Fakten, den Kämpfen und der politischen und parlamentarischen Aktion begründen.

Gerade die Tatsache, daß wir die Dimension der Rechte vernachlässigt haben, hat manchmal dazu geführt, daß wir schwach oder angesichts starker Konflikte sogar abwesend waren. Wir haben hingegen in der Welt der Arbeit an Stärke und Initiative zurückgewonnen, als wir den FIAT-Arbeitern unsere Stimme verliehen und dabei gerade von ihren verletzten Rechten ausgegangen sind.

Wir wollen mit unserer hartnäckigen Initiative verhindern, daß der richtige Kampf gegen die Drogen zu einer repressiven Utopie der Rechte der Bürger wird. Und es muß klar sein, daß der Kampf gegen die Drogen nicht der Kampf gegen die Opfer sein kann, sondern der Kampf gegen die Mörder, gegen die großen Todeshändler sein muß. (...)

In diesem Sinne wenden wir uns in erster Linie an die Arbeiterbewegung und an die Welt der Arbeit. Die Arbeiterbewegung, aber ich würde sagen die ganze Welt der Arbeit, hat in den letzten Jahren Niederlagen erfahren. Heute zeichnen sich aber die Bedingungen für einen Aufschwung ab. Deswegen muß man mutig eine neue Kampfsaison eröffnen. Angefangen mit den Arbeitsbedingungen. Das Problem, für das man sich mit all seinen Kräften einsetzen muß, ist das der Kontrolle der Arbeitnehmer über die Entscheidungen und die Arbeitsbedingungen.

Das Engagement für die Respektierung der Rechte der Arbeitnehmer in den Fabriken, das für eine neue Verhandlungs- und Kontrollmacht der Arbeitnehmer ist ein Ziel, das einen großen demokratischen Wert hat. Und es ist ein Ziel, das nicht nur die Arbeiter angeht, sondern auch die Angestellten, die Techniker, die Manager, die Kader ...

In den Mittelpunkt unserer Perspektive müssen wir natürlich auch das europaweite Thema der Arbeitszeitverkürzung stellen, das als große Gesamtreform der Produktionsweise angesehen werden muß, mit dem Ziel, anders zu arbeiten, damit alle arbeiten.

Auf diesem Weg wird es möglich sein, ein neues Kapitel der Industriebeziehungen zu eröffnen, der Industriedemokratie und der Wirtschaftsdemokratie: ein Kapitel, das in unserer programmatischen Ausarbeitung eine zentrale Rolle spielen wird. In diesem Sinne haben wir unsere letzte Initiative bei FIAT geführt.

Wir sehen das Unternehmen absolut nicht als etwas an, das uns feindlich gesinnt ist, als etwas, das dem Prozeß des demokratischen Wachstums fremd ist. Unsere Herausforderung beinhaltet sehr wohl das Thema einer neuen Unternehmenskultur; diese Herausforderung betrifft die Regelung der Modernisierungsprozesse in den Betrieben, aber allgemeiner an allen Arbeitsplätzen unseres Landes. (...)

Wir wenden uns mit dem Bewußtsein an die italienischen Frauen, daß wir als Partei und auf der Grundlage der Ausarbeitung unserer Genossinnen eine wichtige und mutige Entscheidung getroffen haben, daß wir also die einzige politische Kraft sind, die den Geschlechterunterschied als Gesamtkriterium der eigenen Sicht der sozialen und menschlichen Beziehungen übernommen hat.

Diese Entscheidung ist von solch einer kulturellen, programmatischen und politischen Tragweite, daß sie von uns im Augenblick keine weiteren Fortschritte auf dem Gebiet der Orientierung und der Beziehung zur Bewegung für die Befreiung der Frau verlangt, sondern eine konstante Suche nach der notwendigen Stimmigkeit. Ich halte es für notwendig, dies ganz demütig zu sagen, da ich damit sagen will, daß wir wissen, wie groß der Schritt ist, den wir in unseren Prinzipien gemacht haben, daß wir aber auch wissen, wie groß der Graben noch ist, den wir praktisch auffüllen müssen. (...)

Die effektive Übernahme der weiblichen Differenz als Prisma, durch das man die gesamte Organisation der Gesellschaft betrachten muß, stellt uns das erste und wichtigste Kohärenzproblem, das uns alle auf die Probe stellen wird, damit es nicht zu einer formalen Verhaltensweise wird. Diese Übernahme fordert also einen politischen Kampf und eine programmatische Stimmigkeit. Das heißt, daß wir für die volle und effektive soziale Anerkennung der sexuellen Differenz in der Arbeit, die Bereicherung aller menschlichen und sozialen Beziehungen, für die Organisation der ganzen Gesellschaft kämpfen müssen, angefangen mit dem zentralen Problem der Arbeitszeiten und der Zeiten insgesamt, für eine radikale Änderung des Lebensstils, der Verhaltensweise und der Entwicklungsmöglichkeiten. — Gleichzeitig wenden wir uns an die Realität der Frauen, an jene große Kraft, die mit der Modernisierungsbewegung wächst und mit dem Bewußtsein, daß diese Bewegung der wirkliche Brennpunkt der neuen Epoche der nicht gewalttätigen Revolutionen sein kann, gerade weil es eine Kraft ist, die gleichzeitig ein aktives Subjekt im Modernisierungsprozeß darstellt, und eine Kraft, die seinen spontanen Auswirkungen radikal kritisch gegenübersteht.

Wir begrüßen den schönen Sieg, den die Frauen mit dem Gesetz gegen die sexuelle Gewalt erzielt haben. Es ist ein Sieg der kommunistischen Frauen, die ihre Positionen entschlossen verteidigt haben und die gleichzeitig immer nach der Einheit mit den anderen Frauen gesucht haben. Dank ihnen hat sich in der italienischen Gesellschaft die Meinung durchgesetzt, daß die Vergewaltigung ein Verbrechen gegen die Person ist und in diesem Sinne ein Angriff gegen die gesamte Gesellschaft darstellt. (...)

Die Frauenbewegung entwickelt eine neue Politik, die konkreter und mehr mit den Werten der Person verbunden ist; sie kann jene transversalen Zusammenhänge schaffen, die jene versprengte Linke ans Licht bringen können, die es in unserem Land gibt. Deswegen ist sie eine wesentliche Komponente der Alternative, eine Komponente, die die Partei auch durch die wichtige Neuigkeit der Vertretungsquoten aufwerten wollte, die sich wie alle Normierungsmaßnahmen heute als eine Notwendigkeit darstellen, um einen historischen Stillstand zu durchbrechen und umzukehren, um einer physiologischen Lösung des Problems des Ausgleichs auf allen Ebenen den Weg zu bahnen. (...)

XII.

(...) Wir wollen einen Organismus ins Leben rufen, der die Kennzeichen dessen trägt, was man in anderen Ländern Schattenregierung nennt. Die wesentliche Neuigkeit besteht darin, daß dieser Vorschlag sich absolut nahtlos in die vorher dargelegte neue Sichtweise einfügt, die wir vom Staat, seinen Funktionen und seinen Beziehungen zu den Bürgern und den Parteien haben. (...) — So wie wir allgemein behaupten, daß man die Regierungsfunktion von der Projektfunktion der Parteien trennen muß, meinen wir auch, daß die Parteien selbst in ihrer Organisationsweise die Funktion der Ausarbeitung von programmatischen und Regierungsvorschlägen (kurzfristige und solche, die die Legislaturperiode betreffen) von der Aufgabe trennen müssen, politische Positionen festzulegen, Projekte auszuarbeiten und Bewegungen ins Leben zu rufen, die in einem engen Zusammenhang mit den tiefgehenden Spannungen der Gesellschaft und der Gesamtheit der Vorschläge der Bewegungen stehen, die es in der Gesellschaft gibt. In diesem Sinne soll die Schattenregierung Verbindungskanäle zwischen unserer Politik, den Intellektuellen, den Kompetenzen und den Spezialkenntnissen schaffen.

Sie will nicht die Regierung von morgen vorwegnehmen, sondern muß unsere Programmalternative konkret machen und unterstützen. Wir wollen damit unsere Opposition einschneidender und den alternativen Charakter unserer politischen Initiative konkreter machen. Und wir wollen klare Kontrollverantwortlichkeiten und Gegenvorschläge in bezug auf die Entscheidungen der amtierenden Regierung und ihrer Minister festlegen. Deswegen müssen der Schattenregierung politische Führer unserer Partei und Intellektuelle und Spezialisten angehören — solche, die Mitglied unserer Partei sind, aber auch Unabhängige. Das ist eines der Signale, die zeigen, wie wir die neue kommunistische Partei aufbauen wollen. (...)

Wir haben die moralische und intellektuelle Lehre Gramscis und seine kritische Lehre im Rücken, und wir meinen, daß man mit seinen sozialistischen Idealen im Einklang steht, nicht weil man Träger dieser oder jener Tradition ist, sondern weil man, wie es Berlinguer sagte, neue Hypothesen aufbaut. Einige denken, daß sich all das in der Änderung unseres Namens ausdrücken sollte. Damit wäre dann alles geklärt und gelöst. Wir bekreuzigen uns nicht vor dem Teufel, und wir hängen auch keinen Knoblauch ans Fenster, um zu verhindern, daß die Vampire kommen und unser Blut aussaugen. Der Vorschlag der Namensänderung einer Partei könnte auch etwas Ernsthaftes, etwas sehr Ernsthaftes sein. Wenn eine Partei auf Grund von enormen Veränderungen und Fakten, die also das gesamte politische Panorama verändern, frei und nicht auf Druck von außen hin beschließen sollte, gemeinsam mit anderen eine neue politische Gruppe ins Leben zu rufen, dann würde es sich um etwas Ernsthaftes handeln, das weder die Vernunft noch die Ehre einer politischen Organisation beleidigen würde. Aber heute liegen die Dinge anders. Der Name, den wir tragen, ruft nicht nur eine Geschichte ins Gedächtnis, sondern deutet auch auf eine Zukunft hin, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Dieser Ausdruck, der die edelste und höchste Anerkennung der menschlichen Freiheit ist, wurde von einem großen Menschen geprägt, an dem sich die II. Internationale inspierte: Vom Autor des Kommunistischen Manifests. (...)

Sebastiano Ghisu

Der PCI als Teil der europäischen Linken

Partei und Programmatik seit dem 18. Parteitag

»Der Parteitag des PCI«, so Giampaolo Pansa, ein bekannter Journalist der Tageszeitung *La Repubblica*, »ist bei Tagesanbruch dieses 19. Juni beendet worden.« An diesem Tag war, nach den schweren Niederlagen der letzten Jahre, der Erfolg der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) bei den Europawahlen gewiß. Denn die konnte in der Tat ihren Stimmenanteil nicht nur halten, sondern vergrößern.¹ Der negative Trend wird von einer Gegentendenz überlagert.

Die Wahlergebnisse vom Juni markieren einen Schritt in Richtung einer Lösung der tiefen Krise, die der PCI in den vorangegangenen Jahren erlebte, in gewissem Sinn den zweiten nach dem im März dieses Jahres abgehaltenen 18. Parteitag. Die Europawahlen zeigten ferner, daß sich die auf Bekämpfung der Kommunisten gerichtete Politik der Sozialistischen Partei (PSI) nicht ausgezahlt hat. Sie lohnt sich weder für die Linke im ganzen noch für den PSI im besonderen.

So gesehen scheint in Italien das Ziel einer linken Alternative heute nicht mehr so weit entfernt zu sein wie etwa vor einem Jahr. Insgesamt, wenn man die Grünen und die anderen Organisationen mitzählt, hat die Linke die Mehrheit. Da vor allem die sozialistische Parteileitung eine linke Alternative auf nationaler Ebene vorläufig nicht in Kraft setzen wird und eine Zusammenarbeit mit der Christdemokratischen Partei vorzieht, ist diese Mehrheit nur eine potentielle. Die Ursache dafür ist in den Augen des Sekretärs des PSI, *Bettino Craxi*, eindeutig: Es gäbe keine wesentliche Veränderung in der Kommunistischen Partei, sie bleibe der Tradition des Altkommunismus verhaftet und sei daher weiterhin unzuverlässig und regierungsunfähig. Craxis Schlußfolgerung: Mit einer großen KP, die im Grunde »kommunistisch« bleibt, sei in Italien keine Alternative möglich.² Die Führung des PSI strebt folglich an, den PCI zu schwächen und als stärkste Partei der italienischen Linken³ zu ersetzen. Diese Politik ist gerade in den letzten Europawahlen gescheitert.

Grundsatzdiskussion

Ist es wirklich so, daß der PCI keine Erneuerung in den eigenen Reihen durchgesetzt hat? Oder könnte, wie die Sozialisten verlangen, diese Erneuerung durch eine Änderung des Parteinamens glaubwürdiger wirken? Gerade weil die Krise des PCI keine äußerliche ist, war sich die Parteispitze bewußt, daß es nicht um eine einfache Namensänderung gehen konnte. Ein solcher Schritt wäre übrigens, wie der Generalsekretär *Achille Occhetto* in seiner Rede an den 18. Parteitag sagte, grundsätzlich denkbar⁴; vielleicht sogar unausweichlich, wenn die Einheit der Linken einen organisatorischen Ausdruck erhielte. Aber das Problem ist schwerwiegender. Angesichts der Krise der Partei und der zunehmenden Angriffe der Sozialisten, angesichts der Gefahr, den

Einfluß auf die Zivilgesellschaft zu verlieren, war allen aktiven Mitgliedern klar, daß die Partei eine umfassende und tiefgreifende Erneuerung braucht.

Vor dem Parteitag ging es deshalb darum, neue Konzeptionen und Strategien der sozialen Veränderung zu formulieren, der Partei eine dynamischere Struktur zu geben und eine die Einheit der Linken fördernde Politik zu entwerfen, die imstande ist, die vierzig Jahre währende Hegemonie der konservativen Christdemokratie zu brechen und so eine wirkliche Alternative zu bieten. In der Partei begann folglich eine breite Diskussion über die Richtung, die der PCI einschlagen sollte, um der Krise zu entgehen. Der fünftägige 18. Parteitag im März 1989 bildete nicht nur das wichtigste Moment dieser Diskussion, vielmehr mußten sich dort die Debatten der vorherigen Monate zu einer Gesamtreform der Partei verdichten und konkretisieren.

Man kann nicht sagen, daß die Ergebnisse des Parteitages für alle Führer und Mitglieder selbstverständlich waren und sind. Einig war die Partei in der Feststellung, daß eine Wende absolut nötig wurde. Es ist Occhetto's Verdienst, die verschiedenen Meinungsströmungen innerhalb der Partei zusammengeführt zu haben. Lediglich der sich mit *Armando Cossutta* identifizierende Flügel hat als einziger auf dem Parteitag ein alternatives Dokument vorgestellt.⁵ Sowohl der sogenannte rechte Flügel, zu dem der Verantwortliche für die internationale Politik der Partei, *Giorgio Napolitano*, zählt, als auch die an der Basis am stärksten verankerte Strömung um *Pietro Ingrao* haben den von Occhetto ausgearbeiteten Leitantrag und seine Rede an den Parteitag praktisch vorbehaltlos unterstützt.

Schwerpunkte des neuen Parteiprogramms

Kern des neuen Programms des PCI⁶ ist die Betonung der die heutige Wirklichkeit kennzeichnenden Grundwidersprüche, vor allem des dramatischen Widerspruches zwischen der Natur und einer bestimmten industriellen und technologischen Entwicklung: Erstmals in der Geschichte befinden wir uns vor einer »möglichen Vernichtung der menschlichen Zivilisation.« Hinzu kommt, daß »die Ressourcen, die zur Verhinderung des physischen Verfalls des Erdballs erforderlich sind, ...möglicherweise nicht ausreichen werden, wenn das internationale Wettrüsten nicht endgültig gestoppt wird.« Die Zerstörung der Natur, die Gefahr eines Nuklearkrieges sowie die immer größer werdende Kluft zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern haben die schon der kapitalistischen Ökonomie innewohnende Interdependenz der Welt noch sichtbarer gemacht.

Weitere soziale Widersprüche haben in den letzten Jahrzehnten ihre Bedeutung erwiesen. Damit sind vor allem der Geschlechterwiderspruch und die weibliche Identität gemeint, deren Relevanz mit der allgemeinen Verstärkung der *individuellen* Subjektivitäten, mit der Vertiefung des Bewußtseins ihrer Bedürfnisse und ihrer Rechte zusammenhängen. Demgegenüber reichen die traditionellen Diskurse der kommunistisch und sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung nicht mehr aus. Auch die Erfahrungen der sozialistischen Ländern verdeutlichen, daß die Lösung der Probleme nicht einfach »in der Veränderung der Eigentumsformen innerhalb des alten industrialistischen

Systems« zu finden ist: »Die Kraft des Sozialismus besteht in der Fähigkeit, dem Markt Ziele zu geben, die nicht in seinen Mechanismen ihren Ursprung haben.«⁷ Es geht also darum, eine »demokratische Aneignung der Produktions- und Entwicklungsziele« (Hervorhebung S.G.) durchzusetzen, wobei »man auf den Akkumulationsprozeß selbst nicht verzichten kann. Nötig ist jedoch, diesen Prozeß in radikal neuen Formen zu organisieren.«

Ziel einer erneuerten Linken muß es sein, eine globale Demokratisierung der Gesellschaft durchzuführen, weil »die Demokratie nicht ein Weg zum Sozialismus, sondern der Weg des Sozialismus ist.« Der Rechtsstaat und die Regeln der parlamentarischen Demokratie sind also aus Sicht des PCI unverzichtbar, um eine emanzipierte Gesellschaft aufzubauen. Das bedeutet umgekehrt auch, daß es absolut keinen Ort gibt, an dem die integrale Demokratisierung nicht eingeführt werden könnte: Demokratie und Rechtsstaat dürfen nicht vor den Betriebstoren haltmachen!

Ferner »darf man nicht den Kampf für mehr Lohn dem Kampf für mehr Macht entgegensetzen«, da die Niederlagen der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren bewiesen haben, daß »der Umverteilungsprozeß über die Löhne nicht zu trennen ist von dem der Macht.« Auch die Rechte am Arbeitsplatz müssen durch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit nach den Bedürfnissen der einzelnen Arbeiter gewährleistet werden. Der PCI setzt sich daher konsequent für die Verkürzung der Arbeitszeit ein.

Innerparteiliche Demokratie und Öffnung der Partei

Einer der wichtigsten Aspekte in der gesamten Erneuerung des PCI ist die endgültige Beseitigung des demokratischen Zentralismus. Einer der Grundzüge dieser traditionellen Organisationsform — die offene Abstimmung bei der Wahl der leitenden Organe — wurde vom 18. Parteitag beseitigt. Ein anderes wichtiges Moment des neuen Partei-statuts ist das Recht der Mitglieder, »für den freien Ausdruck und die Zirkulation der Meinungen die Räume und Instrumente der Partei... zu benutzen; es ist daher verboten, sich mit Räumen, Informationsorganen und anderen nicht von der Partei finanzierten Instrumenten auszustatten, wenn sie zur Unterstützung von internen Gruppierungen benutzt werden.« Das Statut stärkt die Mitgliederrechte vor allem bei der Auswahl der Kandidaten der Partei für Wahlen.⁸ Man will auch die Beziehungen zu den Wählern, die keine Parteimitglieder sind, festigen. An Parteitag oder Mitgliederversammlungen dürfen jetzt auch Nicht-Mitglieder mit Rederecht (aber ohne Stimmrecht) teilnehmen. Ferner werden laut Statut Initiativ-Zentren gegründet, die sich mit besonderen Fragen beschäftigen und allen Bürgern offen sind. So ist etwa vorgesehen, Parteitage zu einem bestimmten Thema zu organisieren.

Insgesamt ist die Struktur der Partei dynamischer und leichter geworden. Einerseits wurde die Kontrolle von unten verstärkt, andererseits wurden den exekutiven Instanzen im Vergleich zu den entsprechenden Komitees größere Spielräume gegeben. Die Öffnung nach außen ist ein Grundzug des neuen PCI. Sie hängt mit der Überzeugung zusammen, daß die Linke eine extrem plurale Entität ist, die sich als solche nicht in eine starre politische Struktur einpassen läßt.

Die Einheit der Linken und die EG

Die so verstandene Einheit der Linken bleibt das Hauptziel des PCI. Sowohl die Subjekte als auch die Formen dieser Einheit bzw. der Einheitspolitik werden jetzt präziser artikuliert. »Unsere Haltung zu Europa, zur Perspektive eines vereinten Europa«, so Occhetto in seiner Rede, »lassen uns von einem europäischen Weg zum Sozialismus sprechen. Gerade in diesem Kontext halten wir es für nötig, eine breitere Einheit mit allen Kräften der Linken und des Fortschritts auf der Basis einer klaren Entscheidung für Europa zu verwirklichen«. *Giorgio Napolitano* schreibt in seinem gerade erschienenen Buch über die Zukunft der Linken und Europas, was die Führung des PCI unter der »europäischen Linken« versteht: Es sind »soziale, kulturelle und im breitesten Sinne politische Kräfte, die sich nur zum Teil mit den großen organisierten und im Parlament vertretenen Parteien identifizieren und die immerhin eine komplexe Dialektik von Rollen, realen Bewegungen, Interessen und Positionen in Bewegung setzen (animare)«. ⁹

Pietro Ingrao gab in seiner Rede auf dem Parteitag dieser Einheit politische Farben: »...ich denke an ein rot-grünes Bündnis als einem Hauptziel. Jedoch ein Bündnis zwischen Kräften und politischen Handlungsformen, die prozeßhaft und genetisch verschieden sind und die diesen Unterschied behalten.« Es geht also darum, die Pluralität der Linken zu bewahren und sie nicht in eine parteiorganisierte Form¹⁰ aufzulösen. Der wichtigste Punkt ist, daß es dieser pluralen europäischen Linken gelingt, hegemonial zu werden und als treibende Kraft die politische sowie die ökonomische Integration der EG-Länder zu leiten, damit die Interessen der BürgerInnen (und nicht etwa die der Großkonzerne oder des Finanzkapitals) an vorderster Stelle stehen.

Der PCI hat von diesem Standpunkt aus die Vorbehalte vieler kommunistischer Parteien gegen die europäische Integration als unverständlich und unannehmbar bezeichnet. »Ein Marxist«, so Occhetto in einer Pressekonferenz im vergangenen April in Barcelona, »darf nicht den Internationalismus an das Großkapital verschenken.« In der Tat geht der PCI davon aus, daß in der ganzen Welt schon längst eine starke, von wenigen Konzernen beherrschte Internationalisierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte im Gange ist. Es ist nicht die Aufgabe der Linken, diesen Prozeß zu stoppen, sondern ihn kontrollierbar zu machen, indem, dieser Internationalisierung entsprechend, demokratische Instanzen geschaffen werden.¹¹ Innerhalb der EG ist es eine vordringliche Aufgabe, dem Europäischen Parlament gesetzgeberische Kompetenzen zu verleihen, die dann allmählich die der nationalen Parlamente ersetzen können, und gleichzeitig mit der Schaffung einer Europäischen Regierung zu beginnen, die dem Parlament selbst verantwortlich ist.

Aber wir dürfen, wie es im Europa-Programm der italienischen Kommunisten heißt, »Europa nicht als ein starres Modell denken. Eine Gemeinschaft wird gebaut, kein zentralisierter Staat.« Die Ersetzung der nationalen Prärogativen durch höhere Instanzen muß von einer Dezentralisierung der Macht begleitet sein, damit die Interessen und die Identitäten der verschiedensten Regionen Europas, vor allem die der schwächsten, systematisch berücksichtigt werden. Im Europa-Programm wird auch klar die Forderung

erhoben, allen Ausländern, auch denen, die nicht aus EG-Ländern kommen, das passive und aktive Stimmrecht bei Kommunalwahlen zu verleihen. Der PCI befürwortet die Schaffung multikultureller Gesellschaften in Europa.

Die europäische Gemeinschaft muß der Raum einer künftigen Wirtschaftsdemokratie sein: Die Rechte der Arbeiter, etwa die auf Mitbestimmung, müssen gesetzlich garantiert werden. Notwendig ist eine Harmonisierung der Arbeitsgesetzgebungen, des Bildungswesens und der Gesundheitssysteme auf höherem Niveau. Das Recht der Frauen auf freie Entwicklung ihrer Identität, auf Arbeit und auf Selbstbestimmung müssen zum Bestandteil einer jeden Gesetzgebung werden. Ferner sind Maßnahmen zu treffen, um einen ökologischen Umbau der Industrie und der Landwirtschaft durchsetzen zu können.

Soweit es die Finanzpolitik betrifft, ist der PCI für die Schaffung einer von nationalen Banken und politischen Institutionen autonomen Zentralbank, unter deren Leitung die europäische Währungsunion eingeführt wird. Das setzt eine Harmonisierung der unterschiedlichen Zins- und Mehrwertsteuersätze sowie die gemeinsame Einführung der Quellensteuer voraus. »Die europäischen Linkskräfte müssen kämpfen, um zu verhindern, daß die Steuereinnahme hauptsächlich das Arbeitsinkommen belastet.«

Das Projekt eines demokratischen Sozialismus, das der *neue* PCI vorantreibt, ist zweifellos noch jung. In den nächsten Jahren werden wir sehen, ob es gültig und wirksam ist. Es hat mit Erfolg die erste Probe bestanden.

Anmerkungen

- 1 Was selbst den konservativsten Kommentatoren in Italien klar war, verschwieg die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. In ihrer Ausgabe vom 20. Juni 1989 verglich sie die Ergebnisse der Europawahlen dieses Jahres mit jenen von 1984, als der PCI unter dem Eindruck des Todes von *Enrico Berlinguer* die stärkste Partei Italiens wurde. Gegenüber den letzten Nationalwahlen von 1987 indes gewann der PCI 1 Prozent hinzu, während die Sozialisten 0,5 Prozentpunkte zulegten. Die von der *FAZ* beifällig kommentierte Absicht Craxis, den PCI zu schwächen oder sogar zu überholen, wurde von den Wählern abgelehnt, indem sie *insgesamt* die Linke stärkten.
- 2 Diese Interpretation und die Rechtfertigung der Zusammenarbeit mit der Christdemokratie sind innerhalb des PSI nicht mehr unumstritten. Wichtige Politiker dieser Partei (u.a. der Umweltminister Giorgio Ruffolo und der Arbeitsminister Rino Formica) offenbarten bereits vor den Wahlen ihre Vorbehalte. Die führende Rolle Craxis ist in der Partei zwar nicht in Frage gestellt, doch scheint seine Politik viele Sozialisten nicht mehr ganz zu überzeugen.
- 3 Der PCI verfügt über eine Parteiorganisation mit 1,4 Millionen Mitgliedern und ist bei Wahlen (im Juni mehr als 27 Prozent der Stimmen) fast doppelt so stark wie der PSI.
- 4 Wobei er gleichzeitig erklärte: »Der Name, den wir tragen, ruft nicht nur eine Geschichte wach, er ruft auch nach einer Zukunft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. (...) Unser Name war und ist immer noch ein glorreicher Name, der respektiert werden soll.«
- 5 Cossutta, der Vorsitzender der *Associazione Culturale Marxista* ist (die u.a. die Zeitschrift *Marxismo oggi* veröffentlicht), vertritt eine vor allem in den norditalienischen Arbeiterstädten starke Parteiströmung, die der gegenwärtigen Führung vorwirft, den Marxismus und den Sozialismus

- preisgegeben zu haben. Statt der internationalen kommunistischen Bewegung weiterhin einen privilegierten Platz in der Politik des PCI einzuräumen, habe die Führung mit ihr gebrochen. Cossutta deswegen als Altstalinisten zu bezeichnen, wie das von der internationalen Presse oft getan wird, ist gleichwohl falsch und ungerecht. Er gehörte z.B. Ende der fünfziger Jahre in Mailand zusammen mit *Rossana Rossanda* zu den engagiertesten Erneuerern der Partei. — Cossuttas politische Plattform (*Ein neuer Kurs für den Sozialismus*) konnte bei den Unterbezirksparteitagen, die dem Parteitag vorausgingen, nur 4 Prozent der Stimmen erhalten. Trotz der Meinungsverschiedenheiten unterstützte Cossutta auf dem Parteitag Occhetto als Generalsekretär der Partei.
- 6 Dieses Programm steht im wesentlichen in der Rede Occhetos an den 18. Parteitag, die auch als Basis für die Diskussion diente. Die Rede beruht auf einem vom Generalsekretär verfaßten politischen Dokument, das vor dem Parteitag zunächst vom Zentralkomitee (ZK) und dann von der Basis auf Sektionsversammlungen und Unterbezirksparteitagen beraten und abgestimmt wurde. Ich zitiere im folgenden, wenn nicht anders präzisiert, aus dieser Rede Occhetos.
- 7 In einem Interview mit der Parteizeitung *L'Unità* vom 4. September 1988 äußerte Occhetto: »Wir haben bereits den traditionellen Etatismus der Arbeiterbewegung in Frage gestellt. Jetzt müssen wir uns innerhalb einer Konzeption bewegen, in der der Staat grundsätzlich in der Fähigkeit besteht, einer Pluralität von privaten und öffentlichen Subjekten Regeln zu liefern. Wir brauchen also einen Staat, der mehr soziale Rechte gewährt und weniger verwaltet«.
- 8 Die von den Parteiorganen vorgeschlagenen Kandidaten für die Provinz- und Stadträte sollen künftig einer Art von Vorwahlen unter Mitgliedern und kommunistischen Wählern unterworfen werden. Laut Art. 20 ist ferner über wichtige umstrittene Fragen eine Abstimmung unter den Mitgliedern vorgesehen.
- 9 Giorgio Napolitano: *Oltre i vecchi confini. Il futuro della sinistra e l'Europa*. Milano 1989, S. 145.
- 10 Allerdings wird ein Zusammenschluß der beiden großen Parteien der italienischen Linken von den Führungen von PCI und PSI langfristig nicht ausgeschlossen. Dagegen wandte sich Cossutta, der auf dem Parteitag sagte: »Die Einheit ist nötig und möglich, die Integration nicht«, und die Delegierten fragten: »Gibt es nach diesem Parteitag noch Raum für diejenigen, die, indem sie loyal gegen die sich entwickelnde Verwandlung der Partei opponieren, Kommunist bleiben wollen?«
- 11 »Europa kann also seine Rolle nicht als 'dritte Macht' durchsetzen, sondern nur, indem es zur Schaffung eines wirklich multipolaren und pluralistischen weltregierungsähnlichen Systems von internationalen Beziehungen und allmählich fortgeschritteneren Formen der Solidarität beiträgt.« (Napolitano, a.a.O., S. 76f. — siehe Anm. 8) Das schließt auch die Auflösung der in Europa existierenden Blöcke ein.

Sabine Kebir

Antonio Gramscis Zivilgesellschaft

Demokratietradition im PCI

Das Näherrücken von Linksparteien verschiedener Couleur ist im zusammenwachsenden Europa eine politische Notwendigkeit geworden. Der Besuch des Generalsekretärs des PCI Achille Occhetto in der Bonner SPD-Zentrale Ende Januar dieses Jahres kann kaum noch als eine Sensation bezeichnet werden: Beide Parteien stehen schon lange in Erfahrungsaustausch. Auch die Aufsehen erregenden Äußerungen Occhetos zur »Aneignung« des politischen Demokratie-Ideals der Französischen Revolution durch die italienischen Kommunisten dürften letztlich doch nicht überraschen; der PCI kann auf eine kontinuierliche Geschichte der kritischen Aneignung von Demokratieformen zurücksehen, die in den Augen anderer kommunistischer Parteien bis vor kurzem als »bürgerlich-kapitalistisch« angesehen wurden.

Diese Tradition geht bereits auf Antonio Gramsci (1891-1937), den ersten bedeutenden Führer des PCI, zurück. Er erkannte schon zu Beginn der zwanziger Jahre, daß das kapitalistische System in Mittel- und Westeuropa nicht durch eine ähnlich staatsstreichartige Revolution zu beseitigen war, wie sie in Rußland stattgefunden hatte. Der moderne kapitalistisch-parlamentarische Staat wäre nicht durch einen Gewaltstreich hinwegzufügen, weil seine Herrschaft selbst nicht — wie Gramsci es im alten Rußland unterstellte — vorwiegend Gewaltherrschaft war. Er stützte sich vor allem auf die »Zivilgesellschaft« (*società civile*), »welche ohne 'Sanktionen und ohne genaue Verpflichtungen' wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt« (Antonio Gramsci: Quaderni Carcere, Turin 1975, S.1566). Zur Zivilgesellschaft sind nach Gramsci Organisationen wie Kirche, Gewerkschaften und Parteien zu zählen, in die einzutreten eine freie, »private« Entscheidung der Individuen ist. Und: »Die Presse ist der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was indirekt oder direkt die öffentliche Meinung beeinflußt oder beeinflussen kann, gehört ihr an: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und der Straßennamen.« (Gramsci, Marxismus und Kultur, Hamburg 1983, S.96)

Gramsci sah in den unterentwickelten Gesellschaften wie der russischen nicht nur Unterentwicklung der Industrie, sondern auch der Zivilgesellschaft, die er »embryonal« und »gefroren« nannte: Im alten Rußland fehlten »die legale politische Freiheit« und die »religiöse Freiheit« (Gramsci 1975, S.1666): der Staat als koerzitives Machtinstrument der Herrschaft war allmächtig. Es fehlte aber auch der gesamte Bereich der in West- und Mitteleuropa entstandenen laizistischen Volkskultur, die Massenzeitschriften zum Beispiel mit ihren trivialen »Fortsetzungsromanen«, Elemente der Zivilgesellschaft, die für Gramsci einen wesentlichen Faktor der Bewußtseinsbildung der großen Mehrheiten darstellten. Mit ihren überwiegend affirmativen »Ideologien« war die Zivilgesellschaft im »Westen«, wie Gramsci sagte, zum entscheidenden Bollwerk

des kapitalistischen Systems geworden. Der ehemals auch in diesen Gesellschaften allmächtige Apparat der täglichen Gewalt sei, so beobachtet Gramsci, hinter die Zivilgesellschaft zurückgetreten. Er werde nur punktuell, gegen marginale Oppositionsgruppen bzw. in schweren Krisen kurzfristig auch einmal gegen die gesamte Gesellschaft aktiv. Den auf gesellschaftliche Veränderung drängenden Kräften stünde eine Epoche des »Stellungskrieges« bevor, in denen sie nach und nach wichtige Positionen der Zivilgesellschaft besetzen müßten. In gängige politische Terminologie übersetzt, meint Gramsci hier, daß es in entwickelten westlichen Gesellschaften unmöglich sei, Sozialismus ohne bewußten Konsens der Bevölkerungsmehrheit zu verwirklichen.

Gramscis frühe Einsicht in den notwendigerweise demokratischen Prozeß einer Transformation der westlichen Gesellschaften zum Sozialismus kamen zustande unter dem Eindruck des in Italien schon 1922 an die Macht gelangten Faschismus. Dieser zerschlug nicht nur die Parteien und Gewerkschaften der Arbeiterklasse, sondern 1926 sogar das ganze parlamentarische System; die in Italien ähnlich mühsam wie in Deutschland errungenen »Freiheiten« der Zivilgesellschaft wurden wieder abgeschafft, vom »Staat« geschluckt. Für den faschistischen Philosophen Giovanni Gentile waren, wie Gramsci beobachtete, »Hegemonie und Diktatur ununterscheidbar. Gewalt ist sofort auch Konsens: man kann die politische Gesellschaft [=bei Gramsci Synonym von »Staat«; Anm.d.Verf.] von der Zivilgesellschaft nicht unterscheiden: es existiert allein der Staat und natürlich der regierende Staat usw.« (Ebd., S.691)

Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der »Zivilgesellschaft« im Faschismus kam Gramsci als einer der ersten kommunistischen Marxisten zu der Einsicht, daß sie von der Linken nicht als »bürgerlich« verunglimpft, sondern verteidigt und weiterentwickelt werden müßte bis hin zu einer Situation, in der »die politische Gesellschaft von der Zivilgesellschaft absorbiert« werden könne. Mit dieser Überzeugung sah Gramsci bereits zu Beginn der dreißiger Jahre voraus, daß der Faschismus nicht durch eine »Diktatur des Proletariats« abgelöst werden könne, sondern nur durch eine »Verfassunggebende Versammlung«, in deren Rahmen die Linke um den Konsens für ihre politischen Ziele zu ringen habe. Den historischen Entwicklungen entsprechend, haben Gramscis Nachfolger den Dialog mit den »bürgerlichen« Demokratietraditionen fortgesetzt, bis hin zu Enrico Berlinguers »Historischem Kompromiß«, dem Vorschlag der gemeinsamen Regierungsverantwortung von Kommunisten und Christdemokraten, einer Art »Großen Koalition« auf italienisch. Zu dieser war es freilich nicht gekommen, ihr Protagonist auf der anderen Seite erlitt den Märtyrertod: Aldo Moro. Gegenüber der Tollkühnheit des »Historischen Kompromisses« nehmen sich Occhetos Anleihen bei der Französischen Revolution eher »besonnen« und »realistisch« aus.

Seine Einsicht, daß es im Kampf der Linken nicht nur um die Erringung von »Gleichheit«, sondern auch um Vermehrung von »Freiheit« gehen muß, teilt er mit Gorbatschow. Im achten Jahrzehnt nach ihrer Revolution beginnt auch die sowjetische Führung zu realisieren, daß die Entwicklung einer modernen »Zivilgesellschaft« kein bürgerlicher Nonsens ist. In China ist die »Zivilgesellschaft« zur Zeit blutig umkämpft.



Thema: Heimkehr in die Fremde – Jüdische Remigration

Detlev Claussen · Alex Demirovic · Ursula Homann
Ernst Loewy · Joachim Meynert

Diskussion: Bremer Programm der SPD
Rüdiger Altmann · Peter Glotz · André Gorz · Oskar Negt

Streitgespräch Günter Rohrmoser – Konrad Schacht:
Krise der Union

Günter Kunert: Über Primo Levi

Ludvík Vaculík:
Im Dezember des August-Jahres

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
In der Raste 20–22, 5300 Bonn 1

Besprechungen

Maimann, Helene (Hrsg.): Die ersten hundert Jahre. Die österreichische Sozialdemokratie 1888-1988. Verlag Christian Brandstätter, Wien 1988 (br., 368 S., 68,- DM)

Das Buch, das hier vorgestellt wird, kann und will keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie vermitteln. Vielmehr werden in gut 70 Kurzbeiträgen in manchmal — im wahrsten Sinne des Wortes — »bunter« Reihenfolge die unterschiedlichsten Themen aus Geschichte und Gegenwart, aus Politik-, Kultur-, Alltags- und Geistesgeschichte beleuchtet. Daß dabei keiner strengen Chronologie gefolgt wird, macht den Band nur lebendiger, interessanter. Die fast 400 Seiten dieses voluminösen Werkes sind durchgängig reich und oft farbig bebildert, wobei das Bildmaterial weitgehend den Exponaten entspricht, die auf einer gleichnamigen Ausstellung im Industriedenkmal Wiener Gasbehälter zu sehen sind. Herausgekommen ist dabei jedoch kein Ausstellungskatalog im herkömmlichen Sinne, sondern die Anlage des Bandes geht weit über eine bloße Kommentierung von Exponaten hinaus.

Es wäre vermessen, wollte man hier auch nur annähernd den Inhalt der Einzelbeiträge — womöglich noch kritisch kommentiert — wiedergeben. Die Herausgeberin hat es geschafft, quer zu allen politischen Strömungen diejenigen zu beteiligen, die sich als WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen in irgendeiner Weise mit Geschichte und Gegenwart der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigen. Das schon allein bürgt für die inhaltliche Qualität der Beiträge.

Unternehmen wir nun einen kurzen Streifzug (wobei die Auswahl notwendig willkürlich ausfallen muß). Eine knappe Einführung in hundert Jahre Parteigeschichte gibt der Klubobmann der sozialistischen Parlamentsfraktion Heinz Fischer. Unter der Kapitelüberschrift »Heimat Sozialdemokratie« finden sich lokale und Sozialstudien über eine ländliche Facharbeitersiedlung bzw. das Leben der LandarbeiterInnen wie eine einfühlsame Schilderung der Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Jugendorganisation. Wolfgang Maderthaler entfaltet das Werden der Sozialdemokratie zur Massenpartei. Siegfried Matzl beleuchtet das vergebliche Werben um die Bauern, Brigitte Lehmann holt die Pionierinnen der Arbeiterbewegung hinter dem Schleier der Geschichte hervor, und nochmals Maderthaler gibt einen glänzenden Einblick in die Bedeutung des Familien- und Freundeskreises Victor Adlers für die frühe österreichische Arbeiterbewegung, den »Adlerhorst«. Hier begegnen uns der Parteigründer Victor Adler (der »Hofrat der Revolution«, wie er sich selbst nannte) ebenso wie sein Sohn Friedrich, der spätere Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale — oder Engelbert Pernersdorfer, wenn man so will, ein österreichischer Bernsteinianer, genannt der »Bier-Zeus«.

Letzteres Thema, d.h. die Arbeiterabstinentenbewegung, fehlt allerdings als eigenständige Bearbeitung im folgenden Kapitel, gleichwohl sind gerade die kulturellen Aktivitäten der österreichischen Arbeiterbewegung ansonsten in nahezu all ihren Facetten

ausgebreitet. Wer etwas über das Umfeld des Autromarxismus der zwanziger Jahre lesen möchte, sollte unbedingt in den Beitrag von Fallend/Reichmayr über das »Psychologische Wien« hineinschauen. Geradezu liebevoll geschrieben ist der persönliche Beitrag von Anton Staudinger über »Orchökafé und Meraloa Brodsubbm« (Übersetzung liefert die Redaktion auf Anfrage). Unter dem Stichwort »Brüche und Kontroversen« wird ein weiter Bogen gespannt. Drei Beiträge sollten neugierig machen: »Die ungeliebten Brüder: Anarchisten und Sozialdemokratie« (Helmut Konrad), »Wie aus einem Sozi ein Nazi wurde« (Christian Fleck) und »Vom Gegensatz zur Nähe? Sozialdemokratie und Grüne« (Werner Pleschberger/Kurt Reisnegger).

Im Kapitel »Sozialdemokratie und Moderne« wird es nicht nur bunt, sondern auch ein bißchen durcheinander, aber, wie gesagt, es macht nichts. Auf ein Interview mit Bruno Kreisky über die siebziger Jahre folgen Klaus Novys unermüdliches (und wichtiges) Erinnern an die Genossenschaftsbewegung sowie zwei kenntnisreiche und ausgezeichnet illustrierte Beiträge über das Rote Wien bzw. über die Baugeschichte der österreichischen sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Schließlich landen wir bei den »Nächsten hundert Jahre(n)«. Manfred Matzka mahnt hier die nichteingelösten Grundwerte an, vier Autoren entwickeln die Vision einer Sozialdemokratie 2018 (mit unterschiedlichen visionären Fähigkeiten). Daß es die Partei nur dann noch geben werde, wenn sie »gescheit, glaubwürdig und menschlich« sein wird, ist gut gemeint, aber reißt niemanden vom Hocker. Und ob Fred Sinowitz und Franz Vranitzky, die in zwei kurzen Gesprächen zu Wort kommen, den Weg für weitere hundert Jahre weisen, da mag so mancher Zweifel angebracht sein.

Hilfreich ist, daß dem Band eine gut zehneitige Zeittafel von 1848 bis 1988 (wodurch wir auch erfahren, daß die österreichische Sozialdemokratie natürlich schon ein Stück älter ist, als es das Datum des Vereinigungsparteitags von Hainfeld markiert) sowie eine ausführliche Auswahlbibliographie angefügt sind. Was Helene Maimann und ihre MitarbeiterInnen hier vorgelegt haben, ist ein Prachtband, der sein Geld schon wegen der hervorragenden Ausstattung wert ist. Uli Schöler (Bonn)

Jacoby, Edmund (Hrsg.): Lexikon Linker Leitfiguren. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M., Olten, Wien 1988 (br., 422 S., 39,- DM)

Lösche, Peter, Michael Scholing und Franz Walter (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Colloquium Verlag, Berlin (West) 1988 (br., 408 S., 29,80 DM)

Wem geht es nicht so, daß er in einem Buch oder Aufsatz, das/der in irgendeiner Weise etwas mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zu tun hat, auf einen Namen stößt, über den man/frau (noch) nichts weiß, aber gerne kurz und knapp etwas mehr erfahren möchte; über biographischen Hintergrund, (partei-)politische Zugehörigkeiten und theoretische Positionen? Aber wohin soll man da greifen, was kann man sich (zu erschwinglichem Preis) ins Regal stellen? Die mit sozialdemokratischem (Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Hannover 1960) bzw. kommunistischem Schwerpunkt (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon, Berlin/DDR 1970) erschienenen Standardsammelbiographien sind längst

vergriffen. Gleiches gilt für Werner Blumenbergs Bändchen (Kämpfer für die Freiheit, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1977), in dem eh nur die »großen« Namen abgehandelt sind, sowie für den zweiten Band von Hermann Webers KPD-Geschichte, der einige hundert Einzelbiographien enthält. Das dreibändige (und wohl am weitesten ausgreifende) Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 (München, New York, London, Paris 1980/1983) ist im Preis für den Normalverbraucher unerschwinglich. Das Lexikon des Sozialismus (Köln 1986) hat einen anderen Anspruch, vermittelt Theorien, weniger Biographisches. Was also tun?

Mittlerweile ist erste Abhilfe geschaffen worden. Die Büchergilde Gutenberg hat in der bekannt guten Ausstattung zu einem vernünftigen Preis ein »Lexikon Linker Leitfiguren« vorgelegt, das für gut 200 Namen auf knappem Raum fundierte biographische Einführungen liefert. Kritikern, die sich eng an den Organisationsrahmen der alten Arbeiterbewegung halten, dürften gleichwohl möglicherweise die Haare zu Berge stehen, wird hier doch manches gemischt, was nur in weitestem Sinne etwas mit »Arbeiterbewegung« zu tun hat. Der Begriff »links« ist also sehr weit gefaßt, man ist dem Zeitgeist ein Stück näher gerückt, und das ist gut so. Der Herausgeber stellt eingangs zu Recht fest, daß der Auswahl damit notwendigerweise etwas Zufälliges anhaften muß. Das ließ sich wohl nicht vermeiden. Wir könnten hier natürlich Namen an Namen reihen, um zu zeigen, wer alles vergessen worden ist, aber das wäre wahrscheinlich Geschmackssache. Schade ist nur, daß die Frauen arg unterrepräsentiert sind. Hier hätte man den Ansatz »Leitfigur« vielleicht etwas anders begreifen sollen, denn das wird man oder frau ja auch dadurch, daß insbesondere sie endlich dem historischen Vergessen entrissen wird, und das hätte in weit stärkerem Maße auch ein Anliegen dieses Bandes sein können.

Wer sich noch an Prominentenresolutionsen der siebziger Jahre erinnert, wird gleich das Namenspaar »von Abendroth bis Zwerenz« vor sich haben, wenn die Sache Niveau hatte. Nun, das Lexikon hört bei Arnold Zweig auf, dokumentiert aber auch mit dieser Einrahmung die breite Herangehensweise: Wir finden den linken Hochschullehrer wie den politischen Schriftsteller. Wer den ersten Beitrag von Joachim Perels über Wolfgang Abendroth liest, bekommt einen Eindruck davon, daß hier zumeist auf hohem Kenntnisstand eine Bearbeitung der jeweiligen *Leitfigur* erfolgt ist.

Natürlich können wir hier nur Streiflichter einblenden, um zu zeigen, was in dem Band geboten wird. Er gewinnt seinen besonderen Reiz gerade dadurch, daß Namen aufeinanderfolgen, die zum Teil wahrscheinlich noch nie zusammengedacht worden sind bzw. denjenigen, der das Buch durchstöbert, auf die Idee neuer Lesevergnügen bringen können. Natürlich folgen alle Adlers alphabetisch hintereinander, wobei ein eigenes Portrait des Psychologen Alfred neben den drei österreichischen Sozialdemokraten einen guten Kontrast geboten hätte. Neben der amerikanischen Folkloresängerin Joan Baez begegnet uns der russische Anarchist Bakunin. August Bebel wird gefolgt von Ludwig van Beethoven, wobei der Autor dessen Charakterisierung als »linke« Leitfigur selbst problematisiert. Der KPO-Chef Heinrich Brandler geht dem (früheren) SAPler Willy Brandt voraus; zwei unterschiedliche Karrieren! Während das Paar Ernesto Cardenal und Fidel Castro schon eher langweilig ist, könnte man bei Charles

Chaplin und Daniel Cohn-Bendit neu zum Nachdenken kommen. Wir finden den Maler Otto Dix neben der Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, den Popsänger Bob Dylan neben dem Wissenschaftler Albert Einstein. Oder wie wär's mit Franz von Assisi und Sigmund Freud?

Natürlich haben Gustav Heinemann und Jimi Hendrix eigentlich nichts miteinander zu tun, repräsentieren zwei völlig unterschiedliche Generationen und Kulturen. Und dennoch markieren beide auf ihre Weise einen Aufbruch im gleichen Jahr 1969: Heinemann durch seine Wahl zum Bundespräsidenten, Hendrix durch seine »vietnamisierte« Version von »The Star Spangled Banner« in Woodstock. Zwei andere Sänger folgen direkt aufeinander, der eine noch als Heros im Pop-Geschehen (Mick Jagger), der andere von der chilenischen Junta ermordet und nahezu vergessen (Victor Jara). Auch die »Kirchensektion« wird mit der Reihenfolge Jesus, Joachim von Fiore und Johannes XXXIII. gut bedient. Die Mischung aus sozialistischen Klassikern und Pop und Kultur des 20. Jahrhunderts erreicht erst bei den folgenden Buchstaben ihren Höhepunkt: Lenin und John Lennon, Karl Marx eingerahmt von Bob Marley und den Marx-Brothers. Schändung von Säulenheiligen? Ich find's eher spannend! Die Reihe interessanter Paare ließe sich fortsetzen (Jim Morrison/Erich Mühsam, Picasso/Plechanow ...). Wir wollen es hier dabei bewenden lassen.

Bis auf einen letzten Hinweis. Manchmal übertrifft sich der Zufall eben selbst. Auf das Portrait Herbert Wehners folgt das von Peter Weiss. Wem es noch nicht bekannt ist. Der »Zuchtmeister« der SPD-Bundestagsfraktion und der deutsch-schwedische Schriftsteller haben mehr miteinander zu tun, als die Nähe im Alphabet. Wehner spielt (unter Pseudonym) eine wichtige Rolle in Weiss' Romantrilogie »Die Ästhetik des Widerstands«. Wer eine Begründung dafür sucht, warum und wie Musik, Malerei, Literatur, Politik, Wissenschaft und Geschichte zusammengehören, miteinander verwoben sind, nicht mehr getrennt voneinander gedacht werden sollten (so wie es auch in diesem Lexikon nicht mehr geschieht), der findet sie in diesem unvergleichlichen Roman, angesichts dessen den Mitgliedern des Nobelpreiskomitees noch heute die Schamesröte ins Gesicht steigen müßte, daß sie ihm dafür den Nobelpreis verweigert haben.

Der zweite hier zu besprechende Band verfolgt ein anderes Ziel als das »Lexikon«. Mit siebzehn Einzelportraits von Persönlichkeiten der Weimarer Sozialdemokratie wird der Versuch unternommen, einem gängigen Klischee entgegenzuwirken: Dem, daß die SPD mit dem Tode August Bebels keine großen politischen Gestalten mehr hervorgebracht habe, keine mitreißenden Redner und machtbewußten Politiker mehr, sondern nur noch schwächliche, blasse, phantasiearme, kleinbürgerliche Funktionäre. Die Widerlegung des Klischees, soviel kann vorweg gesagt werden, ist sicherlich gelungen. An Hand des Beitrags von Helga Grebing über Fritz Sternberg läßt sich der wesentlichste Unterschied zum Lexikon schon ablesen. Hier hatte sie weit mehr Platz zu seiner Darstellung als dort, wo sie ihn ebenfalls vorstellte. Überschneidungen gibt es auch bezüglich Siegfried Aufhäuser und Rudolf Hilferding, wobei allerdings die jeweiligen Autoren andere sind. Von den restlichen vierzehn Weimarer SozialdemokratInnen kommen noch ganze drei im Namensverzeichnis des Lexikons vor (Breitscheid,

Sender und Siemsen). Die anderen galt es also wirklich »vor dem Vergessen (zu) bewahren«.

Die Art und Weise, wie dies geschieht, ist jedoch sehr unterschiedlich. Einige Autoren verarbeiten in großer Dichte und auf Grund eines breiten Quellenmaterials größere eigene Studien zu einer biographischen Skizze. Das Gegenstück sind Beiträge, die sich auf eine andere (Fremd-)Bearbeitung stützen, mit zum Teil entsprechend geringem Ertrag. August Rathmann schreibt über Eduard Heimann als seinem politischen Weggefährten, was von vornherein Authentizität garantiert, aber auch mangelnde Distanz zum Beschriebenen einschließt. Andere, wie die Autoren über Arkadij Gurland, haben ihren biographisch Vorgestellten noch als Hochschullehrer gekannt. Persönliche Bekanntschaft steht auch bei dem Beitrag Susanne Millers über Tony Sender bzw. dem Werner Korthaases über Siegfried Aufhäuser zu vermuten. Diese Unterschiede gilt es bei der jeweiligen Lektüre zu beachten.

Versuchen wir einen knappen Überblick, der naturgemäß nicht alle Beiträge erfassen kann. Der letztgenannte Beitrag ist außerordentlich kenntnisreich geschrieben. Er zeichnet den persönlichen und politischen Werdegang Aufhäusers gut lesbar nach, entwickelt dessen Übergang von bloßer Angestellteninteressenvertretung zur (linken) Sozialdemokratie. Aufhäuser kann wohl als derjenige gelten, der die Bedeutung der Gewinnung und Organisierung der Kopfarbeiter auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie am klarsten begriffen hatte und in der Umsetzung einer solchen Politik am weitesten vorgedrungen ist. Der Weg Rudolf Breitscheids »vom linksbürgerlichen Publizisten zum sozialdemokratischen Parlamentarier« weist Parallelen zu dem Aufhäusers auf. Beide treffen sich schließlich in herausgehobenen Positionen innerhalb der USPD. Breitscheids allmähliches Übergehen zu radikaleren Positionen in der USPD wird vom Autor (Detlef Lehnert) jedoch großzügig übergangen, was wohl — neben anderen Nachlässigkeiten — der Tatsache geschuldet ist, daß er sich nicht auf eigene Quellenuntersuchungen stützt, sondern augenscheinlich nur die einzig vorliegende Dissertation über Breitscheid herangezogen hat. Dessen Erleichterung über die Abspaltung der »linksradikalen Demokratieverächter und Propagandisten der 'Diktatur des Proletariats'« (43) ist mehr die des Autors denn die Breitscheids, denn der bekannte sich (wie fast die gesamte USPD) selbst zur Diktatur des Proletariats und geißelte (wiederum anders als Lehnert meint) die bloße bürgerliche Demokratie als schlechte Verhüllung der Kapitalistenherrschaft. Seine Differenzen mit den innerparteilichen Linksradikalen werden bei Lehnert nicht wirklich erkennbar. Auch im Teil über die Endphase der Weimarer Republik erfahren wir weniger über Breitscheids Vorstellungen von der Einheitsfront als über die Auffassung des Autors, daß »rückwirkende Beschwörungen einer antifaschistischen Wunderwaffe namens 'Einheitsfront' in doppelter Weise die historische Realität« verkennen (48).

Der Beitrag von Michael Scholing über Georg Decker leidet an ähnlichen Schwächen. Bearbeitete Quelle ist ein Jubiläumsbändchen über den exilierten Menschenwisten, dessen Inhalt zusammenfassend referiert wird. Die Herausgeber müssen sich schon die Frage gefallen lassen, warum nicht gleich der entsprechende biographische Beitrag daraus von Boris Nikolaevsky einfach übernommen wurde. Mangelnde

Kenntnis der russischen Revolutionsgeschichte und der menschowistischen Partei werden mit Formelaussagen (»ausgesprochen undogmatische Position«, 61) zugedeckt. Man hätte gerne erfahren, warum Decker, der sich 1906/07 innerlich von den Bolschewiki getrennt hatte (60), erst 1922 seine Bindung an die Sowjetherrschaft löste (62) und welche Rolle er für die menschowistische Auslandsleitung spielte, die bereits ab 1922 (und nicht »um die Mitte der zwanziger Jahre herum«, ebd.) in Berlin angesiedelt war. Für die Endphase der Weimarer Republik gilt nahezu das Gleiche wie für Lehnert Gesagte. Der Autor, in seinen früheren Aufsätzen leidenschaftlicher Verfechter eines Linkssozialismus, mißbraucht einen biographischen Beitrag zur Dokumentation seiner Abkehr von solchen Positionen, und schmeißt mit Pauschalurteilen nur so um sich. Illusionen über den Faschismus hatte gerade die Linke in der SPD (belegt wird dazu nichts), und die KPD war bis 1933 und darüber hinaus gar keine antifaschistische Kraft (71). Da wird innerhalb von drei Seiten jeweils das glatte Gegenteil behauptet und dazu noch Decker unterschoben. Einmal konnte (»freilich«) von Diktatur 1930 noch keine Rede sein (69), andererseits gabe es, »wie Decker 1930 ohne weiteres bekannte«, eine bürgerliche Demokratie nicht mehr (71). Was war es also? Wenn wir ferner lesen, daß die SPD am Ende von Weimar zwar Deckers durchweg überzeugende Ratschläge nicht immer befolgt hat, er im großen und ganzen aber mit der politischen Linienführung seiner Partei durchaus zufrieden sein konnte (75), dann spricht nicht Decker, sondern Scholing zu uns, der seinen Frieden mit dem SPD-Kurs Anfang der dreißiger Jahre gemacht hat. Der Grund: »Der demokratische Sozialismus stand tatsächlich auf verlorenem Posten.« (75) Fazit: Die beiden wohl schlechtesten und am wenigsten fundierten Beiträge des Bandes!

Von ganz anderer Qualität ist hingegen die biographische Abhandlung von Emig und Zimmermann über Arkadij Gurland. Hier werden keine eigenen Urteile dem Beschriebenen unterschoben, sondern es wird mit sicherem Gefühl für das Wesentliche der Werdegang dieses bedeutenden linkssozialistischen Einzelgängers und theoretischen Kopfes aufgefächert. Sein eigenständiger Beitrag zu verschiedenen theoretischen Fragen im Einflußspannungsfeld zwischen Rosa Luxemburg, Paul Levi, den Austromarxisten und den Exilmenschewiki wird auf knappem Raum geschildert, mit ausreichenden weiterführenden Hinweisen versehen, die dem Neugierigen das Weiterlesen ermöglichen. Vom linken zum rechten Sozialdemokraten: Ernst Heilmann wird von Peter Lösche portraitiert. Wir begegnen dem enthusiastischen Kriegsbefürworter mit seinen nationalchauvinistischen Parolen wie der privaten Bohëmenatur und dem Organisator eine straffen Parlamentsarbeit. Lösches wohlwollendes Urteil, »kaum ein anderer sozialdemokratischer Führer war in der Verteidigung der Republik und sozialdemokratischer Prinzipien so standfest und zugleich erfolgreich wie er« (105), erscheint uns zumindest in bezug auf die Prinzipien einer genaueren Untersuchung wert. Auch die Charakterisierung, bei ihm (dem »ungekrönten König von Preußen«) und der preußischen Landtagsfraktion sei *nichts* von dem politischen Immobilismus zu spüren gewesen, der angeblich für die Weimarer Sozialdemokratie so kennzeichnend gewesen sei (113), erscheint angesichts des Umgehens mit dem sogenannten »Preußenschlag« 1932 etwas übertrieben.

Rathmanns Beitrag über Eduard Heimann ist mit der Wärme des politischen Freundes geschrieben und vermittelt einen guten Eindruck über Leben und Werk dieses bedeutenden ethisch-sozialistischen Theoretikers. Wir können es aus heutiger Sicht so formulieren: Würden sich die ethisch-sozialistisch orientierten Teile unserer Partei auf den Eduard Heimann der Weimarer Periode besinnen, würden sie einen erheblichen Linksruck vollziehen. Zu dieser positiven Würdigung und einer Wertschätzung einiger seiner Schriften kann man auch dann kommen, wenn man die Feststellung Rathmanns nicht teilt, Heimanns »soziale Theorie« sei »die einzige, umfassend begründete, in sich schlüssige realistisch-programmatische Theorie der sozialistischen Bewegung, die nach dem völligen Versagen des orthodoxen Marxismus gegenüber der Wirklichkeit je geschrieben wurde« (131). Heimanns sozialpolitische Arbeiten gilt es in ihren schöpferischen Anteilen erst noch wiederzuentdecken.

Nahezu uneingeschränkt empfehlenswert sind auch die beiden Beiträge über Paul Hertz von Ursula Langkau-Alex und Rudolf Hilferding von Walter Euchner (bei letzterem ungeachtet seines Schnitzers mit der Zusammenfassung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien bzw. der Sozialistischen Arbeiter-Internationale« [178] bzw. einer unreflektierten Unvermeidlichkeitserklärung des Panzerkreuzerbaus [183]). Zu den schon auf Grund der Quellenbearbeitung dichtesten Studien gehören die über Hermann Liebmann (Dietmar Klenke), Hendrik de Man (Kersten Oschmann), Siegfried Marck (Franz Walter) und Anna Siemsen (Ralf Schmölders). Klenke hat — wie in seiner Dissertation über die Weimarer SPD-Linke — ein facettenreiches Bild entworfen, das Vorbildcharakter für ähnliche Arbeiten haben kann. Die Arbeit von Oschmann ist stark von dem Bemühen geprägt, die umstrittene Persönlichkeit de Mans (dessen Wendungen bis hin zu einer quasi-Kollaboration mit den Nazis ging) ein Stück zu rehabilitieren. Ich teile nicht alle Urteile, gleichwohl ist der Beitrag lesenswert. Interessant sind seine Überlegungen über die politischen Grenzgänger (242ff.), die »linken Leute von rechts« (O.E. Schüddekopf), wobei sein Urteil aber wiederum unter der kaum belegbaren These von einer tieferen geistigen Verwandtschaft zwischen marxistischer und faschistischer Ideologie leidet. Derartige Einschränkungen sind für die Arbeiten von Walter und Schmölders nicht zu machen. Für beide, Marck wie Siemsen, gilt, daß hier das Bewahren vor dem Vergessen längst überfällig war.

Bei den verbleibenden Beiträgen handelt es sich um SozialdemokratInnen, über die meist schon längere Arbeiten vorliegen, auf die dabei zurückgegriffen werden konnte, wobei man insbesondere von den Bearbeiterinnen (Dertinger, Miller, Grebing) solide und kenntnisreiche biographische Studien gewöhnt ist. Aus anderen Gründen ist dabei der Beitrag über Karl Schröder von Interesse: Hier läßt sich der Werdegang einer schillernden Figur verfolgen, deren politische Heimat die unterschiedlichsten Parteien und Gruppen waren: SPD, Spartakusbund, KPD, KAPD, SPD, Rote Kämpfer, SED. Sollte das nicht alleine schon neugierig machen?

Auch wenn der eine oder andere Beitrag kritisch bewertet wurde: Der Band ist ein »Muß« für jeden, der sich intensiver mit der Weimarer Sozialdemokratie beschäftigen möchte. Und dennoch wäre es gut, wenn er erst der Anfang wäre, denn solche »Köpfe« hat es noch eine ganze Reihe gegeben.

Uli Schöler (Bonn)

Teichler, Hans Joachim und Gerhard Hauk (Hrsg.): Illustrierte Geschichte des Arbeitersports. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin (West), Bonn 1987 (256 S., br., 30,- DM)

Den Arbeitersport kann man als den »wichtigsten, wenn auch weitgehend ignorierten und am wenigsten verstandenen Bestandteil der Arbeiterkultur« (Robert Wheeler) bezeichnen. Nach den ersten umfangreichen Veröffentlichungen von Timmermann und Ueberhorst zur Organisationsgeschichte folgten zahlreiche Arbeiten zu verschiedenen Aspekten dieses Teils der organisierten Arbeiterbewegung, eine Literaturübersicht von Teichler findet sich in Heft 15 (1985) der Zeitschrift »Sportwissenschaft«.

Nach einem »Gedankenaustausch« zum Thema »Arbeitersport und Arbeiterkultur« auf der Tagung der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft im März 1985, legten Ende 1987 Hans Joachim Teichler und Gerhard Hauk die »Illustrierte Geschichte des Arbeitersports« vor. Zusammengestellt aus über 30 Einzelbeiträgen (Bernett, Dierker, Nitsch, Noltenius, Peiffer, Pfister u.a.) mit etwa 320 Fotos und Abbildungen ist es das Ziel der Herausgeber, »einen Eindruck vom Entstehungsprozeß, der vielfältigen Praxis und den besonderen Leistungen« (7) dieses für das Denken, Fühlen und Handeln von Arbeitern so wichtigen Lebensbereiches zu vermitteln.

Der Aufbau des Sammelbandes läßt zur Beantwortung der Frage nach den Motiven für die Teilnahme am Arbeitersport eine große Breite von Herangehensweisen erkennen. Berücksichtigt werden soziale, politische, sporthistorische Ereignisse und Strukturen ebenso wie »Mentalitäten« oder regionale Unterschiede, um sich dem Erfahrungsbereich des Vereins- und Verbandslebens sowie einzelnen Sportarten zu nähern. Auf diese Weise entsteht eine in kritisch-distanzierter Sympathie verfaßte und in sechs Themenkomplexe gegliederte Collage zum Arbeitersport: von den Vorläufern und Anfängen im Vormärz der 1840er Jahre bis zur — unter Einbeziehung der internationalen Sportfeste — demokratischen Sportbewegung der Gegenwart.

Durch die einzelnen Themenkomplexe zieht sich als roter Faden die »Abhängigkeit von der hegemonialen Kultur« mit ihren Werten, Normen, Moralvorstellungen und Traditionen. Dieser vorherrschenden Kultur suchte die Arbeiter(sport)bewegung ihre eigenen Vorstellungen und Ziele entgegenzusetzen. Aus dieser Konstellation begründet sich das Spannungsfeld von Ausgrenzung, Abgrenzung und Anpassung, das bei allen Brüchen und Widersprüchen als eine Kontinuitätslinie sichtbar wird.

Großteils werden bekannte Themen, Thesen und Probleme zum Arbeitersport zusammengefaßt. In diesem Sinn beschränken sich z.B. die Behandlung der Naturfreunde (Zimmer) oder des ArbeiterRadfahrerbundes (Beduhn) mit einer weitgehend ereignisgeschichtlichen Darstellung in eher romantisierender Sichtweise. Die dabei interessante Frage, weshalb gerade diese Organisationen, im Unterschied zu anderen Zweigen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB), nach 1945 wieder entstehen konnten und bis heute existieren, findet hingegen kein besonderes Interesse.

Dagegen zeigen die Abhandlungen zu regionalen Schwerpunkten (z.B. Schönberger) und über manche Sportarten — Fußball und Turnen (Hauk), aber auch zur Schwerathletik und zur »Nacktkörperkulturbewegung« (Spitzer und Spitzer/Grote) — warum

Affinitäten zur »Hegemonialen Kultur« bestanden — auch wenn diese nicht näher beschrieben werden.

Den Arbeitersportlern fiel es (nicht nur) in ländlichen Gebieten trotz abgegrenzter sozialer und politischer Lager schwer, sich aus dem traditionell gewachsenen Netz von persönlichen, verwandtschaftlichen, nachbarschaftlichen oder betrieblichen Beziehungen zu lösen, zumal diese in jährlich wiederkehrenden Manifestationen (Kirchweih, Feuerwehrfest oder Mitgliedschaft aller im einzigen lokalen Musikverein) reproduziert wurden. Die Konflikte gingen bis hinein in die Körperhaltungen und Moralvorstellungen. Miteinander konkurrierende Aspekte des (Arbeiter)Sports geraten so in den Blick: das spielerische Ausgelassensein der Sportspiele ringt mit dem Formalistischen des Turnens, hedonistische mit asketischen Körperbildern. Einstellungen zu Nacktheit und Sexualität wie auch zum professionellen Sportgeschehen bleiben nicht ausgeklammert.

Hauk stellt das Bemühen der Arbeitersportler um Gleichberechtigung und Anerkennung (wie Hauk es explizit darstellt) als wesentliches Motiv für die Übernahme »kollektiver Vorstellungen«, z.B. von Disziplin und Ordnung, dar. Wurde dadurch, daß sich der Arbeitersport auf diese »Kommunikationsformen« einließ und sie sogar teilweise verinnerlichte, 1933 vielleicht eine notwendige Eigeninitiative, so fragt Hauk, wesentlich blockiert?

Mit dem Versuch »neuere« Herangehensweisen der Sozialgeschichte, die mit Begriffen wie »Erfahrung«, »Deutungsmuster« oder »Generationen« verbunden sind, in die Forschung zum Arbeitersport einzubringen, gehen Teichler und Friedemann dem Verhalten und den Erlebnissen von Arbeitersportlern in der Zeit des Faschismus nach, um in ihren Erzählungen und Berichten Verbindungslinien zu heutigen Haltungen bzw. Kontinuitäten und Brüche kollektiver und individueller Wertmuster nachzuzeichnen. Wie schwer das sein kann, zeigt der offenbar noch nicht ganz ausgereifte Rückgriff Friedemanns auf unterschiedliche »Generationen«, deren Konturen sich doch zu sehr ineinander vermischen. Und auch die Herleitung von Thesen aus den in der Regel zu kurzen Interviewpassagen erscheinen ebenfalls nicht immer schlüssig. Möglich, daß diese Ungenauigkeiten einer Straffung des Inhalts auf nur vier Seiten geschuldet sind — schade um den interessanten Ansatz.

Einen stärkeren Eindruck von der Atmosphäre des »Vereinsalltags« als die Texte, vermitteln die zahlreichen Fotos und Abbildungen. Eine zwar methodisch schwierige exemplarische Bildanalyse wäre als Hilfestellung für die LeserInnen den Versuch wert gewesen. Noch eine Bemerkung zur Text-Bildgestaltung: Sie ist bei der Masse der Abbildungen und durch die Dreispaltigkeit mit einer so kleinen Schrifttype zu gedrängt und unübersichtlich angelegt.

Die Anschaulichkeit und Dichte der Texte ist offenbar der Vielzahl von Beiträgen und der Breite des Spektrums geopfert worden. Als Ergebnis bleiben in der Mehrzahl nur thesenhafte Handbuchartikel. Dennoch ist der Band gerade als Überblick über das Spektrum des Arbeitersports nicht nur für »Einsteiger« in das Thema, sondern für alle Interessierten an der Arbeiterbewegung eine lebendige und anregende Lektüre.

Christian Dütsch (Berlin/West)

Pelinka, Peter, und Manfred Scheuch: 100 Jahre AZ. Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung. Europa Verlag, Wien, Zürich 1989 (202 S., br.)

Jahrzehntlang bildete die eigene Presse nicht nur ein Mittel der Agitation, sondern geradezu eine Existenzform der Arbeiterbewegung. 1929 verfügte die SPD über 128 selbständige Tageszeitungen und weitere 75 Kopfbblätter mit einer Gesamtauflage von etwa 1,3 Millionen Exemplaren. Der Neubeginn unter wiedergewonnener Pressefreiheit nach 1945 wurde bald abgelöst durch den sich beschleunigenden Niedergang in den sechziger und siebziger Jahren. Für die zeitgemäße Erneuerung sozialdemokratischer Printmedien fehlten journalistische Konzepte, politischer Wille oder Geld (bisweilen auch alles zusammen). Den vorläufig letzten Beweis hierfür lieferte hierzulande erst im Frühjahr 1989 die Liquidierung des *Vorwärts*, Flaggschiff und Symbol zugleich.

Und in anderen europäischen Ländern? In Österreich gab es bis vor kurzem — Mitte September verkaufte die SPÖ 90 Prozent des Blattes an einen Werbefachmann — ein sozialdemokratisches Parteiorgan, das weiter als Tageszeitung erscheint und insofern dem deutschen *Vorwärts* schon seit langem überlegen war: die *Neue AZ*. Die unschuldige Abkürzung verbirgt einen programmatischen, selbstbewußten Name. Unter dem Titel »Arbeiter-Zeitung« erschien vor 100 Jahren — zunächst einmal wöchentlich — am 12. Juli 1889 die erste Nummer eines neuen Organs der österreichischen Sozialdemokratie.

Zwei Autoren haben zum hundertsten Jahrestag dieser Zeitungsgründung, die sich der (Neu-)Formierung der österreichischen Sozialdemokratie im gleichen Jahr verdankte, einen interessanten Band zur sozialistischen Pressegeschichte vorgelegt. *Manfred Scheuch*, Chefredakteur von 1970 bis September 1989, behandelt die Entwicklung der *Arbeiter-Zeitung* seit ihrer Neuherausgabe 1945; die Zeit bis März 1938, als die seit 1934 in der Illegalität wöchentlich erscheinende Zeitung mit dem deutschen Einmarsch in Österreich eingestellt werden mußte, behandelt *Peter Pelinka*, seit Anfang der achtziger Jahre Redakteur und seit neuestem stellvertretender Chefredakteur der *AZ*.

Die rasche Entwicklung der Arbeiterbewegung Wiens weckte das Bedürfnis nach einem dauerhaften Zeitungsprojekt, das den politischen Zusammenhang zwischen den Parteimitgliedern herstellen konnte. Die selbstgesetzte Aufgabe: »... ein wahres Bild jener gewaltigen sozialen Umwälzung darzubieten, die sich vor unseren Augen vollzieht, der die Mächtigen und Reichen mit Zittern und Bangen, der die Armen und Unterdrückten mit hoffendem Herzen und freudiger Erwartung folgen.« (*Arbeiter-Zeitung* vom 12.7.1889, zit. S.15) Victor Adler, der immer mehr zum unumstrittenen Führer der Partei vor dem Weltkrieg wurde, leitete das Blatt, bildete die ersten zehn Jahre lang »Kopf und Herz« (S.29) des Projekts. Die *Arbeiter-Zeitung* wurde zu einem Kristallisationskern der österreichischen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei zur Massenpartei.

Anfang 1895 erfolgte die riskante Umstellung auf tägliches Erscheinen — der Schritt gelang: Schon Ende Januar betrug die Auflage wochentags 15000 Exemplare. Friedrich Engels sandte seinem Freund Victor Adler »unser aller besten Glückwunsch

zum raschen Erfolg«, mit gelassener Kritik: »Du hast ganz recht, bis jetzt ist das Blatt noch ein bisschen zu ernst, etwas mehr Humor, besonders auf der ersten Seite ... könnte nicht schaden.« (MEW 39, S.398) Wichtigster politischer Redakteur des Tageblatts neben Adler war der Handelsgehilfe Friedrich Austerlitz. 1901 übernahm er auch formell die Funktion des Chefredakteurs, die er bis zu seinem Tode 1931 inne hatte. In der Ersten Republik wurde er, zugleich Parlamentsabgeordneter und Parteivorstandsmitglied, »der führende Journalist des Landes« (S.33). Unter seiner Schriftleitung entwickelte sich die »Arbeiter-Zeitung« nach dem Krieg zur politisch wichtigsten und auflagenstärksten Tageszeitung Österreichs.

Die Befreiung vom Hitlerfaschismus ermöglichte die »Wiedergeburt« (S.115) des Blattes, das nach elf Jahren am 5. August 1945 erstmals wieder in Österreich erschien. Zum Chefredakteur berief die SPÖ Oscar Pollak, der aus dem britischen Exil heimkehrte. Die Kontinuität schien gewährleistet, da Pollak als Nachfolger von Austerlitz die »Arbeiter-Zeitung« schon von 1931 bis Februar 1934 geleitet hatte und die austromarxistische Tradition beschwor. Tatsächlich bedeuteten die neuen Verhältnisse des Kalten Krieges und der SPÖ-Regierungsbeteiligung für das Blatt, daß »die reine Kampffunktion nicht mehr vorhanden war und ... die Menschen ... einem Entideologierungsprozeß ausgesetzt waren« (S.148).

Mit dem Staatsvertrag über Österreich 1955 begann der sichtbare Niedergang der Parteipresse, die über eine Monopolstellung verfügt hatte. Die Auflagenzahl der »Arbeiter-Zeitung« sank seitdem kontinuierlich; erst die Umstellung auf Kleinformat unter dem Titel *Neue AZ* stoppte den Abwärtstrend. 1988 legte die Geschäftsleitung, von der Redaktion und auch vom Parteivorsitzenden Vranitzky unterstützt, Pläne vor, aus der *Neuen AZ* ein unabhängiges, der SPÖ nahestehendes Blatt zu machen; als Zentralorgan war die Zeitung nicht länger zu halten. Im Herbst dieses Jahres war es soweit: Hans Schmid und mit ihm die größte österreichische Werbeagentur erwarben die Mehrheitsbeteiligung an der *Neuen AZ*, und Chefredakteur wurde ein populärer, parteiloser Fernsehmoderator. Als Parteizeitung zwar am Ende, ist ihr doch auch als unabhängiger linker Tageszeitung am Beginn der zweiten hundert Jahre Erfolg und Anstößigkeit zu wünschen.

Frank Heidenreich (Berlin/West)

Über die Autorinnen und Autoren

Dütsch, Christian, geb. 1959; 1. Staatsexamen in den Fächern Sport und Geschichte. Mitarbeiter an verschiedenen lokalhistorischen Projekten der Berliner Geschichtswerkstatt

Ghisu, Sebastiano, geb. 1961; Dr.phil.; Arbeitsgebiete: Politische Philosophie, Geschichte des Marxismus, Mitglied des PCI

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung u.a.: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (1983). Mitglied in SPD, GEW und *spw*-Redaktion

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angestellter, Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Mitglied der SPÖ und stellv. Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Mitherausgeber der *spw*

Ingersleben, Sigurd von, geb. 1944; Dr.phil.; Soziologe, Publizist. Veröffentlichungen zu Wirtschafts- und Medizintheorie; Drehbücher, Rezensionen, Mitglied in SPD, ÖTV und *spw*-Redaktion

Kebir, Sabine, geb. 1949; Dr.phil.; Lehrtätigkeiten an den Universitäten Oran und Algier. Seit 1988 freie Schriftstellerin in Berlin (West). Veröffentlichungen u.a.: *Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis* (1980), Übersetzung: *Gramsci und die Kultur* (1983/1987), *Ein akzeptabler Mann? Bertolt Brechts Liebesbeziehungen* (1987)

Kremer, Uwe, geb. 1956; Dr.rer.phil., wiss. Mitarbeiter an der Universität Bielefeld. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik, Mitglied in AWO, GEW, VVN

Mappes-Niediek, Norbert, geb. 1953; Fachjournalist für Medizin, Gesundheits- und Sozialpolitik. Mitglied in SPD und IG Medien

Möbbeck, Susi, Bundesvorsitzende der Jungsozialisten in der SPD

Occhetto, Achille, Generalsekretär des PCI

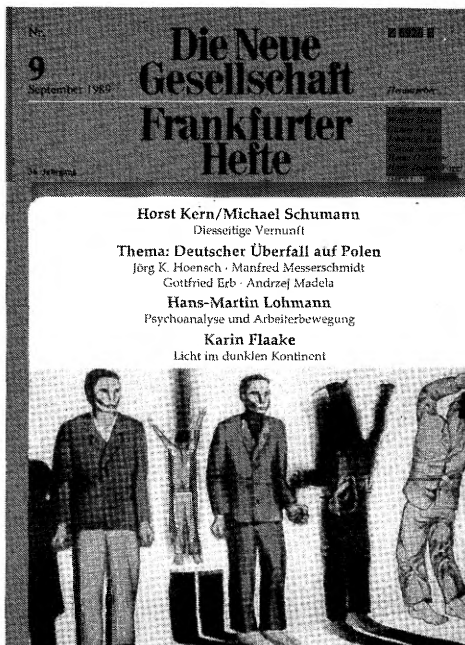
Pelinka, Peter, geb. 1951; Redakteur der Arbeiterzeitung (AZ) Wien, Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ

Pfarr, Heide, geb. 1944, Senatorin für Bundesangelegenheiten in Berlin (West)

Roth, Richard, Veröffentlichungen: *Rentenpolitik in der Bundesrepublik. Zum Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Gestaltung eines sozialstaatlichen Teilbereichs 1957-1986* (Marburg, 1989)

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand, Mitglied in SPD und ÖTV

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. Mitglied des Fachausschusses I (Berlin, Deutschland, Internationales) beim LV der Berliner SPD. Mitglied in SPD, ÖTV, AWO. Redakteur und Geschäftsführer der *spw*. Referent der Senatorin für Bundesangelegenheiten in Berlin (West). Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980)



Thema Heft 9: **Deutscher Überfall auf Polen**

Jörg K. Hoensch · Manfred Messerschmidt
Gottfried Erb · Andrzej Madela

Hans-Martin Lohmann

Psychoanalyse und Arbeiterbewegung

Thema Heft 10: **Kriminalität und Politik**

Ulrich von Alemann · Heinrich Boge · Reimer Gronemeyer
Lothar Jung · Trutz Graf Kerksenbrock · Rolf Uessler

Gespräch mit Norberto Bobbio

Die gefährdete Utopie der Demokratie

Ernst Tugendhat

Die Hilflosigkeit der Philosophen

Die NG/FH erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 66,-
zuzüglich Versandkosten.

Probeheft und Bestellung bei:

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
In der Raste 20-22, 5300 Bonn 1

P

en

S
A
S

ber
en-
aa-
im
ck-
us
es



Ideologie, Kultur,
Medien, Neue Rechte,
Rassismus

Argument

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften

Herausgegeben von Nora Räthzel
Mit einem Vorwort von
Gustav Klaus

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen. Statt im Strom des »Postmarxismus« mitzuschwimmen, hat er die Marxsche Theorie den Fragen einer sich ausdifferenzierenden und erneuernden kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault — und über diese hinausgehend — um- und ausgebaut.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus er-

machensismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

240 S., br., DM 28,—

Weitere Titel zum Thema:

Noam Chomsky

Die Fünfte Freiheit

*Über Macht und Ideologie
Vorlesungen in Managua*
176 S., br., DM 24,—

Theorien über Rassismus

*Hrsg. von Otger Atrata,
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht
und Cornelia Wolf*
AS 164, ca. 170 S., DM 18,50
(DM 15,50 für Stud.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument